

## Über die Änderungen und Probleme der Wirtschaft Polens nach dem Oktober 1956

Von Prof. Dr. Bronisław Oyrzanowski, Krakau\*

In einer der letzten Folgen des Europa-Archivs konnten wir nach langer Pause wieder einen Aufsatz aus Polen veröffentlichen. (Vgl. Jerzy Kowalewski: „Die polnische Haltung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland“, 5—6/1958, S. 10 567—10 575.) Wir freuen uns besonders, in dieser Folge einen weiteren Beitrag bringen zu können, der diesmal aus der lebendigen Erfahrung der polnischen Wirklichkeit geschöpft ist und uns ein tieferes Verständnis der für ganz Europa so bedeutsamen Ereignisse des Oktober 1956 ermöglicht. Wir hoffen, den Gedankenaustausch in dieser Form fortführen zu können.

Co.

### 1. Allgemeine Bemerkungen

Die wirtschaftlichen Erfolge Polens in den Jahren 1945 bis 1956 im Vergleich zum Jahre 1938 lassen sich nicht ableugnen. Die zehnfache Vergrößerung der Produktion von Metallbearbeitungsmaschinen, dreifache Vergrößerung der Stahlproduktion, fast zweifaches Anwachsen der Zuckerproduktion und die Erzielung der Vorkriegsproduktion der vier Getreidearten auf einer um ein Viertel kleineren Landesfläche — das sind Tatsachen, die für sich selbst sprechen. Von den wirtschaftlichen Errungenschaften legt auch das ständige Anwachsen des Nationaleinkommens, durchschnittlich um rund 8 vH jährlich, ein entsprechendes Zeugnis ab. Dieser Aufstieg war durch große Investitionen, die in manchen Jahren bis zu 30 vH des Nationaleinkommens ausmachten, sichergestellt. Diese Investitionen waren jedoch mit einer großen Belastung der Bevölkerung verbunden; der Anstieg des Konsums hatte keine größeren Fortschritte aufzuweisen. Es ist anzunehmen, daß das polnische Volk mit Rücksicht auf die künftigen Interessen des Landes bereit gewesen wäre, diese Lasten noch viele Jahre zu tragen, hätte sich nicht auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik eine Reihe von Fehlern und Unzulänglichkeiten in den Verwaltungsmethoden der Nationalwirtschaft während der zwölfjährigen Nachkriegszeit gezeigt. Diese Fehler und Unzulänglichkeiten riefen in dem Volke die Ueberzeugung wach, daß der größte Teil dieser Errungenschaften bei einer gleichzeitigen,

bedeutenden Hebung des Lebensstandards hätte verwirklicht werden können und daß eine Reihe von Maßnahmen zwecks Beschleunigung der Entwicklung des Landes und Hebung des Lebensstandards hätte ergriffen werden müssen. Erst der Oktober des Jahres 1956 hat es ermöglicht, diese Änderungen in Angriff zu nehmen.

Um die Änderungen und Probleme der Wirtschaft Nachoktober-Polens entsprechend zu würdigen, muß man sich über zwei Tatsachen genau Rechenschaft ablegen: erstens — wiewohl man eine Änderung des Wirtschaftsmodells verlangte, so sollte diese im Rahmen der Verhältnisse der sozialistischen Wirtschaft erfolgen; zweitens — sowohl die öffentliche Meinung als auch die Nationalökonomten waren sich bewußt, wo das Uebel steckt, sie verstanden es, die Mängel und Fehler der bisherigen Wirtschaftsmethoden aufzuzeigen, sie hatten jedoch keine klare Vorstellung, wie sich das neue, verbesserte Modell gestalten sollte.

Unter diesen Umständen kann es uns nicht wundernehmen, daß der Bau des neuen Wirtschaftsmodells Polens — das heißt die Einführung einer Reihe von Änderungen in der Art und Weise der Verwaltung der Wirtschaft sowie die Änderungen in der Wirtschaft selbst — verhältnismäßig langsam, nach genauer Ueberprüfung und Erörterung eines jeden Schrittes, vonstatten gehen. Deswegen treten auch die erwarteten Folgen später zutage, als man sich das wünschen

\* Prof. Dr. Bronisław Oyrzanowski (geb. 1913) ist Leiter des Lehrstuhls für Nationalökonomie und Ökonomiepolitik an der Jagellonischen Universität in Krakau. Er studierte an der Hauptschule für Planung und Statistik in Warschau, an der London School of Economics in London und an dem Staatlichen Ökonomieinstitut in Moskau. Im Jahre 1947 ist er mit der Bildung eines Rayonbüros der Planungskommission, das die drei Woiwodschaften Krakau, Rzeszów und Kielce umfaßte, beauftragt worden. Er nahm teil an den Besuchen der polnischen Nationalökonomten in Frankreich im Jahre 1955, in Italien auf dem Internationalen Kongreß der National-

ökonomten im Jahre 1956 und in Großbritannien im Jahre 1957. Im Jahre 1957 wurde er zum Mitglied des Rates für Ökonomie beim Ministerrat berufen. Im Jahre 1957 gründete er in Krakau zusammen mit einer Gruppe Nationalökonomten die ökonomische Monatsschrift *Myśl Gospodarcza*, bei der er den Posten eines der Redakteure einnimmt. Im Jahre 1958 organisierte er in Krakau die Arbeitsstätte der Anstalt für Ökonomische Wissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Gegenstand der Untersuchungen dieser Arbeitsstätte bilden Entwicklungsfragen der rückständigen Länder und Regionen.



möchte. Dieses langsame Tempo der Wandlungen, das zwar bei der Bevölkerung, die ungeduldig eine sofortige und völlige Besserung der wirtschaftlichen Lage erwartet, vorübergehend Mißtrauen erregen könnte, bewahrt uns andererseits vor vielen kostspieligen Irrtümern, die beim schnellen und nicht durchdachten Handeln entstehen müßten.

Die Forderung nach Aenderungen betraf vor allen Dingen:

- a) die Sicherstellung der ständigen Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung, bei gleichzeitiger Entwicklung der Wirtschaft, die bedeutende Investitionen benötigt;
- b) die Ausmerzungen der wirtschaftlichen Verschwendung, die eine Folge der nicht genügend hohen Arbeitsproduktivität darstellt;
- c) die Entwicklung aller Wirtschaftszweige, die eine gleichgewichtige Struktur der Produktions- und Konsumgüterindustrien sichern;
- d) die Leistungssteigerung der Unternehmen — sowohl durch eine gewisse Verselbständigung den

Ministerien gegenüber als auch durch materielle Beteiligung der Werktätigen an den Ergebnissen ihrer Tätigkeit;

- e) die Zulassung der privaten Initiative in den Fällen, wo sie durch ihre Tätigkeit im Bereich des Kleingewerbes, des Handwerks, der Landwirtschaft und des Handels bessere Ergebnisse zeitigen könnte als die Staatsproduktion.

Da diese Wandlungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen verschiedene Richtungen eingeschlagen haben, scheint es am zweckmäßigsten zu sein, wenn man sie hinsichtlich jedes Wirtschaftsbereichs gesondert betrachtet, und zwar:

- a) Aenderungen in der Verwaltung der Nationalwirtschaft als Ganzes;
- b) Aenderungen in der Verwaltung der Industrie sowie die wichtigsten Probleme in diesem Bereich;
- c) Aenderungen in der Landwirtschaft;
- d) Aenderungen im Handel und Handwerk;
- e) einige Probleme der finanziellen Situation.

## 2. Änderungen in der Verwaltung der Nationalwirtschaft als Ganzes

Bis Oktober 1956 war die Verwaltung der Nationalwirtschaft in der Staatlichen Planungskommission der Wirtschaft (PKPG), die über 2000 Mitarbeiter beschäftigte, stark zentralisiert. Die PKPG befaßte sich mit Hilfe der Ministerien (insgesamt waren es 37, darunter 27 Wirtschaftsministerien) sowie der zentralen Verwaltungen, die den Ministerien unterstanden, mit der operativen Verwaltung der Unternehmen. Diese bildeten im Grunde genommen keine wirtschaftlichen Einheiten, sondern spielten vielmehr die Rolle von Aemtern, die nur die zentralen Aufträge auszuführen hatten. Viele Indizes für die einzelnen Unternehmen, wie die Art der Produktion, ihre Größe und Qualität, die Leistungsfähigkeit der Maschinen, die Menge der verbrauchten Rohstoffe je Einheit des Produktes, die Zahl und Qualifikation der Arbeitskräfte, die Höhe der Löhne u. dgl., wurden nicht nur von den zentralen Verwaltungen und Branchenministerien bestimmt, sondern oft unmittelbar von der PKPG selbst.

Die grundsätzlichen Aenderungen in dieser Beziehung — die noch keinesfalls beendet sind — hatten vornehmlich zum Ziele, der Planungskommission beim Ministerrat, die an die Stelle der ehemaligen PKPG getreten ist, das Recht der unmittelbaren oder mittelbaren operativen Verwaltung zu entziehen und sie zu einer Institution zu machen, zu deren Kompetenz gehört:

- a) der Entwurf von Plänen auf lange Sicht (gegenwärtig für die Jahre 1961 bis 1975;

- b) der Entwurf von Jahresplänen;
- c) die Kontrolle der Ausführung der Jahrespläne.

Die Handhabung der Verwaltung durch die Planungskommission hat im großen und ganzen aufgehört. Dieser Tatbestand ist u. a. durch den Personalabbau dieser Institution bis auf ungefähr ein Drittel des bisherigen Beschäftigungsstandes zum Ausdruck gekommen. Daß der Planungskommission das Recht der operativen Verwaltung der Produktion entzogen und dieses Recht auf die Ministerien übertragen wurde, bedeutet jedoch nicht die Vergrößerung der Kompetenzen der Ministerien. Auch in diesen sind nämlich die Funktionen der operativen Verwaltung in großem Maße beschränkt worden, was in der Liquidation von 13 Branchenministerien seinen Ausdruck gefunden hat. Die zentralen Verwaltungen bestehen noch weiter, aber ihre Tage sind gezählt, und an ihre Stelle soll eine bedeutend kleinere Anzahl von territorialen Branchenorganisationen treten, die den Namen „Vereinigungen“ tragen werden.

Zu gleicher Zeit ist beim Ministerrat ein Wirtschaftsrat und ein Rat der Technik ins Leben gerufen worden, dem die namhaftesten Spezialisten unter den Nationalökonomern und Technikern aus verschiedenen Wirtschaftszweigen angehören, die bisher keinen größeren Einfluß auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens des Landes besaßen.

## 3. Änderungen in der Industrieverwaltung und die wichtigsten Probleme in diesem Bereich

Die Beschränkung der operativen Verwaltungsfunktion der Planungskommission sowie der Ministerien bedeutet allein noch keine volle Selbständigkeit

der Unternehmen. Einen Teil der operativen Verwaltungsfunktionen der Planungskommission und der Ministerien haben die zentralen Verwaltungen über-



nommen, einen Teil dieser Funktionen jedoch übernehmen die Unternehmen selbst. Wie ich bereits oben hervorgehoben habe, werden in den nächsten Monaten die Vereinigungen den Platz der zentralen Verwaltungen einnehmen. Die Anzahl dieser Vereinigungen wird aber um vieles geringer sein, sie werden hinsichtlich der Angestelltenanzahl nur kleine Institutionen darstellen, und schließlich werden sie viel mehr den Charakter einer Organisation der Unternehmen tragen, auf deren Tätigkeit die einzelnen Unternehmen ihren Einfluß ausüben werden, nicht aber übergeordnete Ämter bilden, wie das bei den zentralen Verwaltungen der Fall war.

Obwohl die Staatsunternehmen eine größere Selbstständigkeit besitzen als früher, erhalten sie weiterhin von oben gewisse grundsätzliche Indexzahlen, deren Anzahl jedoch bedeutend begrenzt worden ist. Es sind dies solche Indexzahlen, wie: a) der Wert der Warenproduktion zu Verkaufspreisen, b) die Größe der Produktion der wichtigsten, der zentralen Verteilung unterliegenden Mangelartikel, c) die Summe des Lohnfonds im allgemeinen, d) der planmäßige Gewinn, e) die Höhe der Gewinneinzahlungen in die Staatskasse, f) die Höhe des staatlichen Investitionsfonds, g) die obere Grenze der Ersatzinvestitionen. Außerdem ist der Fonds der Unternehmensentwicklung gebildet worden mit der Bestimmung, die Umlaufmittel und die Investitionen des Unternehmens zu finanzieren.

Wenn es auch auf den ersten Blick scheinen mag, daß eine derartige Erweiterung der Funktionen des Unternehmens nicht gerade bedeutend sei, so ist die wirkliche Situation dennoch anders. Wie ich schon erwähnt habe, können die Unternehmen eine unabhängige Lohnpolitik führen, sie können z. B. die Belegschaft verkleinern und ihre Löhne erhöhen, sie können die sogenannten „Lohnschornsteine“ abschaffen, das heißt Löhne, die im Verhältnis zu anderen Löhnen zu hoch sind, wenn man die Qualität und die Schwierigkeit dieser Arbeiten in Erwägung zieht. Abgesehen von der Produktion von Waren, die im Vergleich zur Nachfrage immer noch nicht in genügender Menge produziert werden, kann der Betrieb beliebig Waren produzieren und wird lediglich durch die Notwendigkeit beschränkt, ein gewisses Produktionsminimum zu erzielen und die geplante Höhe des Gewinns zu erlangen. Das Unternehmen kann ferner — wie bereits gesagt — aus eigenen Mitteln Investitionsarbeiten durchführen.

Eines der grundsätzlichen Mittel, die Unternehmen zu verselbständigen und das Interesse aller Werktätigen an den Erfolgen ihrer Tätigkeit zu wecken, bildet die Schaffung von Arbeiterräten (Gesetz vom 19. November 1956, siehe Anhang). Diese Räte befassen sich natürlich nicht mit der Verwaltung des Unternehmens, spielen jedoch in gewisser Hinsicht eine ähnliche Rolle wie die Aufsichtsräte in den kapitalistischen Unternehmungen. Zahlenmäßig sind die

Räte nicht begrenzt. In großen Unternehmen zählen sie sogar bis 120 Personen. Der Direktor des Unternehmens ist Mitglied des Rates von Amts wegen, und zwei Drittel der Mitglieder sollen Arbeiter sein. Der Direktor ist für die Erfüllung der ihm obliegenden Pflichten sowohl vor seinen übergeordneten Behörden als auch vor dem Rat verantwortlich. Zur Kompetenz des Rates gehört die Bestimmung der Entwicklungsrichtung des Unternehmens, vor allem aber die Entscheidung, zu welchem Zweck der Teil des mit der Tätigkeit des Unternehmens verbundenen Gewinns verwendet werden soll, sowie die Bestimmung des Gewinnanteils, der den sogenannten Werkfonds bildet. Der Werkfonds ist teils für Prämien der Belegschaft und teils für Wohnungsbau, Kinderkrippen und dergleichen bestimmt. Neben den Arbeiterräten sind in den Unternehmen natürlich auch noch Werkkräfte der Gewerkschaften tätig. Diese beiden Räte arbeiten zusammen in Fragen der Löhne und der sozialen Angelegenheiten. Die Ergebnisse der Tätigkeit der Arbeiterräte sind in vielen Fällen sehr positiv, was natürlich von den sozialen und wirtschaftlichen Kenntnissen der Mitglieder des Rates abhängt. Ein enormes Verdienst der Arbeiterräte besteht darin, daß sie es ermöglichen, mit Hilfe ihrer Vertreter die Belegschaft an der Tätigkeit des Unternehmens und an seiner Entwicklungsrichtung nicht nur dank Festsetzung des unmittelbaren materiellen Anspruchs zu interessieren.

Da man die Ergebnisse der Verwirklichung einer Reihe von Desideraten hinsichtlich der Organisation der Unternehmen nicht genau vorhersehen konnte, hat man sogenannte *wirtschaftliche Experimente* angewandt, die darauf beruhen, daß für die Dauer von zwei Jahren ein experimentelles Statut des Unternehmens genehmigt wird. Zu derartigen Experimenten haben sich 60 Unternehmen gemeldet, für die in 46 Fällen die vorgeschlagenen Desiderata genehmigt wurden. Diese Unternehmen gehören verschiedenen Wirtschaftszweigen an, und man kann unter ihnen sowohl große Kombinate als auch ganz kleine Betriebe antreffen.

Die Experimente betreffen hauptsächlich folgende Fragen:

- a) den Grad der Abhängigkeit des Unternehmens vom Zentralplan und den übergeordneten Behörden;
- b) die Interessierung der Belegschaft an der Tätigkeit des Unternehmens durch ein entsprechend angeordnetes Lohn- und Prämiensystem (im Rahmen eines allgemeinen, maximal beschränkten Lohnfonds);
- c) die Art der Verteilung des Unternehmensgewinns;
- d) die Einführung der Unterscheidung zwischen zentralisierten Investitionen, über die der Staat, der sie finanziert, bestimmt, und dezentralisierten Investitionen, die teils durch den Staat, teils durch das Unternehmen, welches in einem gewissen Maße über die Investitionen entscheiden kann, finanziert werden;



- e) die Aufhebung der Umsatzfondsnormierung (die früher vom Staat reguliert war) und die Verzinsung des vom Staate erhaltenen Umsatzfonds;
- f) die Möglichkeit einer freien Wahl der Versorgungsquellen und Absatzmärkte;
- g) die Bestimmung der Preise von Waren, die in genügender Menge produziert werden.

In vielen Fällen hat die Einführung der Experimente sehr gute Ergebnisse gezeitigt, welche die Grundlage für die Einführung von verschiedenen Aenderungen in der bisherigen Verwaltungsweise aller Unternehmen bildeten. Sie haben zugleich die Vermeidung vieler Fehler und erfolgloser Beschlüsse ermöglicht. Angesichts einer Reihe von Wirtschaftsgesetzen aus der vorhergehenden Zeit, die ohne genügende Vorbereitung erlassen wurden — was zu enormen Verlusten führte —, bedeutet allein schon der Gedanke des Experimentierens in einzelnen Unternehmen einen großen Schritt vorwärts auf der Suche nach den besten organisatorischen Lösungen, noch bevor Gesetze erlassen werden, die für alle Unternehmen gelten sollen.

Nach Besprechung der Aenderungen in der Organisation der Unternehmen wollen wir zu gewissen grundsätzlichen Industrieproblemen, die in Polen nach dem Oktober 1956 aufgetaucht sind, Stellung nehmen.

Der *Kohlenbergbau* bildet eines der Hauptprobleme unserer Wirtschaft. Denn abgesehen davon, daß er Brennstoff für unsere Energiewirtschaft, unsere Industrie und unser Transportwesen sowie Rohstoffe für unsere chemische Industrie liefert, macht er einen recht bedeutenden Posten in unserem Export aus. Bis einschließlich 1956 war die Kohlenproduktion von Jahr zu Jahr in einem ziemlich schnellen Wachstum begriffen, doch im Jahre 1957 ist der ständige Anstieg aufgehalten worden. Es war dies die Folge eines bedeutenden Rückganges der Arbeitsproduktivität, der trotz Einführung von Lohnerhöhungen im Bergbau zu Anfang des Jahres 1957 zutage getreten ist. Es gibt mehrere Gründe für diesen Tatbestand. Erstens ist die Sonntagsarbeit der Bergleute in sehr großem Ausmaß (bis auf zwölf Sonntage im Jahr) beschränkt worden, und gegenwärtig wird diese Arbeit gänzlich abgeschafft, ferner hat man die Zufahrten zu den Arbeitsstellen im Bergwerk in die Arbeit mit eingerechnet, und schließlich ist die zuweilen angewandte freiwillige Arbeit des Militärs aufgehoben worden. Zweitens hat das allzu schnelle Arbeitstempo in den Bergwerken in den Jahren bis 1957 (oft drei Schichten) eine entsprechende Vorbereitung des Bergwerks zur weiteren Ausbeutung unmöglich gemacht, was auch eine übermäßige Verlängerung des Transports in der Kohlengrube selbst mit sich brachte. Drittens verlangten die dem Bergbau gestellten Aufgaben noch größere Investitionen, als sie bis Oktober 1956 gemacht worden waren. Dies waren die drei Hauptgründe, die bewirkten, daß das vorher ziemlich rasche Anwachsen der Kohlenproduktion im Jahre

1957 gehemmt wurde. Von den getroffenen Maßnahmen in Form von entsprechender Vorbereitung der Flöze zur Ausbeutung sowie entsprechenden Investitionen erwartet man bereits in diesem Jahr sichtbare Ergebnisse.

*Steinkohlenproduktion  
Statistik der Kohlenförderung für die Jahre  
von 1949 bis 1957*

|        |      |              |
|--------|------|--------------|
| 1949 — | 74,1 | Mill. Tonnen |
| 1955 — | 94,5 | „ „          |
| 1956 — | 95,1 | „ „          |
| 1957 — | 94,1 | „ „          |

Das zweite Problem unserer Industrie ist die ungenügende Entwicklung der *Energiewirtschaft* und der ständige Fehlbetrag der Produktion von elektrischer Energie. Dieses Defizit machte sich im Jahre 1957 besonders stark bemerkbar im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme einer Reihe von Industrieanlagen mit großem Energieverbrauch (z. B. der Aluminiumhütte) und dem allzu langsamen Anstiegstempo der Erzeugung von elektrischer Energie, was mit dem verhältnismäßig niedrigen Investitionsaufwand für den Bau von Elektrizitätswerken in Verbindung stand.

*Produktion der elektrischen Energie*

|        |    |          |
|--------|----|----------|
| 1949 — | 8  | Mrd. kWh |
| 1955 — | 18 | „ „      |
| 1956 — | 19 | „ „      |
| 1957 — | 21 | „ „      |

Da die für die Entwicklung der Energiewirtschaft bestimmten Investitionsausgaben an die zweite Stelle nach den Investitionsgeldern für den Ausbau des Bergbaus gerückt wurden, wird sich zweifelsohne das Mißverhältnis zwischen der schnell ansteigenden Nachfrage nach elektrischer Energie und ihrer nicht genügend anwachsenden Produktion verringern.

Das dritte grundsätzliche Problem, das nach dem Oktober in seiner ganzen Größe an den Tag trat — eine Folge der falschen Politik des vorhergehenden Zeitraumes —, war die entschieden zu geringe Entwicklung der *chemischen Industrie*. Polen, das gute Rohstoffe für diese Industrie besitzt, wie Kohle, Salz, Schwefel, hat in den vieljährigen Plänen 1947 bis 1949 und 1950 bis 1955 ihre genügende Entwicklung nicht zu sichern verstanden. Die Folgen dieser Vernachlässigung haben nicht lange auf sich warten lassen, denn die Kosten des Imports großer Mengen von chemischen Artikeln und Textilrohstoffen belasten ganz bedeutend unseren Import und beschränken den Konsum.

Die Bedeutung der chemischen Industrie wird gegenwärtig voll erkannt, und ihr Ausbau wird entsprechend unseren finanziellen, technischen und Importmöglichkeiten verwirklicht werden.

Weiterhin müssen die ungenügende Auswechslung der verbrauchten Maschinen und der Ausrüstung sowie die allzu geringe Anzahl neuerbauter Fabriken der *Textilindustrie* hervorgehoben werden, ein Um-



stand, der uns nötigt, auch auf diesem Gebiet die Investitionen bedeutend zu vergrößern.

Großen Schwierigkeiten begegnen wir auch im *Bauwesen*. Das Industriebauwesen, groß angelegt in der Zeit des Sechsjahrplanes 1950 bis 1956, erforderte vor allen Dingen enorme Mengen Zement und Rüstungsstahl. In diesem Zeitabschnitt gestaltete sich das Wohnungsbauwesen nicht zufriedenstellend, und es war nicht in der Lage, eine dem Wachstum der Bevölkerung entsprechende Anzahl von Wohnräumen zu gewährleisten.

Der Oktober hat zwar die volle Anerkennung und das volle Verständnis für das Problem einer schnellen Entwicklung des Wohnungsbauwesens mit sich gebracht, aber auch hier ist man auf große Schwierigkeiten gestoßen, die eine Folge der Engpässe in der Baumaterialindustrie waren: vornehmlich Mangel an Ziegelsteinen, die das Industriebauwesen in einem viel geringeren Maße benötigte. Es wurde zwar eine Reihe neuzeitlicher Ziegeleien gebaut, doch ihre Anzahl war angesichts des Anstiegs der Nachfrage sowie der Schließung vieler kleiner Feldziegeleien, deren Produktionskosten sich infolge der unverhältnismäßig großen Menge benötigter Kohle zu hoch stellten, immer noch viel zu klein. Erst die letzters zutage tretende Sättigung des Weltmarktes mit Kohle und die daraus folgende Beschränkung der Kohleausfuhr aus Polen hat eine erneute Inbetriebsetzung der kleinen Ziegeleien ermöglicht, was vorübergehend eine gewisse Linderung der Bauschwierigkeiten bedeutet; es ist jedoch klar, daß nur ein rascher Aufbau großer, billig produzierender, neuzeitlicher Ziegeleien diese Situation auf die Dauer zu verbessern imstande ist.

Im Gegensatz zu den Schwierigkeiten, denen wir in den oben angeführten Industriezweigen begegnen, weisen die in dem vorhergehenden Zeitabschnitt entwickelten Industrien, wie das *Hüttenwesen* und der *Maschinenbau*, ein schnelles Anstiegstempo auf. Im Hüttenwesen tritt dies nicht nur in dem bedeutenden

Anwachsen der Stahlproduktion und der Vergrößerung der produzierten Sortimente — vornehmlich der Bleche — zutage, sondern auch in der verringerten Menge des verbrauchten Schrotts.

#### Stahlproduktion

|      |   |     |              |
|------|---|-----|--------------|
| 1949 | — | 2,3 | Mill. Tonnen |
| 1955 | — | 4,4 | " "          |
| 1956 | — | 5,0 | " "          |
| 1957 | — | 5,3 | " "          |

Da die Produktion von Maschinen aus Stahl erst nach rund 20 Jahren ein Anwachsen der Schrottmenge bewirkt und erst in letzter Zeit schnell zugenommen hat, können wir im Laufe der nächsten Jahre keinen genügend großen Anfall von Schrott erwarten. Wenn wir in Erwägung ziehen, daß unsere Vorkriegsstahlhütten fast ausschließlich auf Schrottbasis arbeiteten, so können wir den jetzigen Uebergang zur Stahlproduktion, die hauptsächlich auf durch Hochöfen erzeugtem Rohstahl basiert (die Leninhütte verbraucht außer dem eigenen keinen anderen Schrott zur Stahlproduktion), als einen großen Erfolg betrachten. Ähnlich großen Errungenschaften begegnen wir bei der Produktion neuer Maschinen, vornehmlich der Karusselldrehbänke, die sich im Lande und im Auslande einer großen Nachfrage erfreuen.

Die Mehrzahl der genannten Schwierigkeiten unserer Industrie entstand, wie ich bereits vorhin hervorgehoben habe, weil der Staat im vergangenen Zeitabschnitt nicht einsah, daß eine genügend schnelle Entwicklung vieler für unsere Wirtschaft wichtiger Zweige notwendig sei. Diese Schwierigkeiten können nur beseitigt werden, wenn größere finanzielle Mittel für den Ausbau dieser Wirtschaftszweige bereitgestellt werden sowie auf dem Wege von Aenderungen in der Organisation und Verwaltung, die eine Vergrößerung der Arbeitsproduktivität und eine bessere Anpassung aller Industrieunternehmen an die Bedürfnisse des Landes sichern müßten.

#### 4. Änderungen in der Landwirtschaft

Der Oktober 1956 hat der Landwirtschaft eng miteinander verbundene Aenderungen dreifacher Art gebracht, und zwar: erstens eine Aenderung in der landwirtschaftlichen Struktur, die auf der Auflösung vieler Produktionsgenossenschaften und der Mehrzahl der Gemeinde-Maschinenstationen (GOM) beruht; zweitens Aenderungen im Verhältnis zwischen Staat und Landwirtschaft, die auf einer bedeutenden Beschränkung der Soll-Lieferungen beruhen; drittens das schnelle Anwachsen der landwirtschaftlichen Produktion.

In der Zeit vor dem Oktober herrschte die Tendenz vor, den Bauern gegenüber administrativen Druck auszuüben, um sie zur Schaffung von Produktionsgenossenschaften zu veranlassen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sowohl der Ackerbau als auch die

Viehzucht in Ein-, Zwei- oder Drei-Hektar-Wirtschaften nicht rationell und ergiebig betrieben werden können und daß diesen gegenüber große Wirtschaften ganz entschieden im Vorteil sind. Doch die individuell arbeitenden Bauern, die selbständig zu Wirtschaften gewohnt sind, sind außerstande, so ohne weiteres den aus der Schaffung von Produktionsgenossenschaften fließenden Nutzen einzusehen oder diese gemeinsam und produktiv zu leiten. Zu alledem kam noch hinzu, daß die Ausstattung der Genossenschaften mit Maschinen, Wirtschaftsgebäuden u. dgl. viel zu wünschen übrig ließ. Unter diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, daß die wirtschaftlichen Ergebnisse der ersten Produktionsgenossenschaften nicht die besten waren, was natürlich auf die Bauern abschreckend wirken mußte. Unterdessen



wurde in vielen Woiwodschaften und Kreisen auf die Bauern ein starker administrativer Druck ausgeübt, damit sie neue Genossenschaften gründeten. Die einen wehrten sich gegen diesen Druck, andere aber fügten sich und bildeten Genossenschaften, wiewohl sie von der Richtigkeit dieser Entscheidung nicht überzeugt waren. Unter diesen Umständen haben die Produktionsgenossenschaften, die eine Vergrößerung der landwirtschaftlichen Produktion und eine Herabsetzung der Produktionskosten herbeiführen sollten, in der Praxis oft solche Resultate nicht zeitigen können.

Die Entwicklung des Genossenschaftswesens im vergangenen Zeitabschnitt ergibt folgendes Bild:

*Anzahl der Produktionsgenossenschaften*

|   |             |
|---|-------------|
|   | 1950 — 635  |
|   | 1955 — 9076 |
| Juni 1956 — 9975 (10 vH landwirtschaftl. Nutzfläche)    |             |
| Dezember 1956 — 1534 (1 vH landwirtschaftl. Nutzfläche) |             |
| März 1957 — 1752  |             |
| Juni 1957 — 1850  |             |

Diese Daten illustrieren folgende Tatsachen: erstens einen plötzlichen und gewaltigen Rückgang der Anzahl der Produktionsgenossenschaften unmittelbar nach dem Oktober 1956, als sich rund 83 vH aller Genossenschaften auflösten; zweitens einen allmählichen, aber unaufhörlichen Anstieg der Anzahl der Genossenschaften seit dieser Zeit. Der ersten Welle der Auflösung von Genossenschaften, die man unter dem administrativen Druck ins Leben gerufen hatte, folgte eine gewisse Besinnung. Viele Bauern kamen — nach einer verhältnismäßig kurzen Zeit des erneuten Wirtschaftens auf eigene Faust — zu der Ueberzeugung, daß die genossenschaftliche Großwirtschaft doch von Nutzen sei, und reaktivierten bereits aufgelöste Genossenschaften. Die gegenwärtig bestehenden Produktionsgenossenschaften zeitigen gute Erfolge, ein Umstand, der die Ueberlegenheit der Großwirtschaft über die einzelnen Bauernwirtschaften voll und ganz bestätigt. Fundierte Schlüsse wird man natürlich erst nach Jahresfrist ziehen können, wenn die Ergebnisse der Produktionsgenossenschaften nach der Ernte von 1958 mit den Resultaten aller Genossenschaften nach der Ernte von 1956 sowie mit den Resultaten der Tätigkeit der individuellen Bauernwirtschaften verglichen werden können. Die Zunahme der reaktivierten oder neugegründeten Genossenschaften um 300 im Jahre 1957 ist nicht groß im Vergleich zu dem Anstieg des Vorjahres, der sich auf rund 1500 Genossenschaften belief. Der Anteil der Genossenschaften an der ganzen landwirtschaftlichen Nutzfläche ist nach dem Oktober von 10 vH auf 1 vH zurückgegangen (der Anteil der Staatsgüter beträgt gegen 14 vH) — trotzdem kann man mit gutem Gewissen sagen, daß die Genossenschaften, die bestehen geblieben sind, völlig zu Recht bestehen und Bauern vereinigen, die sie aus freien Stücken gegründet haben und sich über den aus der Führung von Großwirtschaften fließenden Nutzen genau

Rechenschaft ablegen. Der Bruch mit den Methoden des Druckes und der gänzliche Uebergang zu den Methoden der Ueberzeugung von der Ueberlegenheit der genossenschaftlichen Großwirtschaft über die individuelle Kleinwirtschaft müssen allmählich zu dauerhaften und guten Ergebnissen in der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion führen.

Im Laufe des Jahres 1957 sind die Gemeinde-Maschinenstationen aufgelöst und die Maschinen an die individuell arbeitenden Bauern und die Genossenschaften verkauft worden. Diese Gemeinde-Maschinenstationen (GOM) sind nicht mit den Staatlichen Maschinenstationen, welche auf eigene Wirtschaftsrechnung übergehen, zu verwechseln.

Das zweite wichtige Ereignis in der Landwirtschaft war die Aufhebung eines Teils der Soll-Lieferungen und die Erhöhung der für die landwirtschaftlichen Produkte sowohl im Rahmen der noch bestehenden Soll-Lieferungen wie auch beim freien Aufkauf gezahlten Preise. Die Soll-Lieferungen von Milch sind für alle Landwirtschaften und die von Kartoffeln und Getreide für Wirtschaften bis zu 2 ha abgeschafft worden. Für die übrigen Wirtschaften wurden die Soll-Lieferungen von Kartoffeln, Getreide und Fleisch noch beibehalten, aber auch über ihre Aufhebung wird diskutiert. Die Soll-Lieferungen dienten zwei Zielen: einerseits ermöglichten sie dem Staat die Durchführung einer genaueren Planung in der Landwirtschaft und stellten die notwendige Lebensmittelmenge für die Städte zu seiner Verfügung; andererseits spielten sie die Rolle der Landwirtschaftssteuer, da für die Soll-Lieferungen die Preise viel niedriger angesetzt waren als für die Waren auf freiem Markte. So kostete z. B. 1 Liter Milch im Rahmen der Soll-Lieferungen 0,88 Zloty, außerhalb der Soll-Lieferungen erhielt der Bauer 2,15 Zloty für einen Liter, und für 2,50 Zloty wurde er weiterverkauft. Die Aufhebung des Milchsolls erfolgte aus zwei Gründen: erstens verschlangen die großen Kosten für die Kontrolle dieser Lieferungen oft den ganzen Unterschied zwischen dem Milchpreis auf freiem Markte und dem Preise für das Milchsoll; zweitens herrschte die Meinung vor, daß die Erhöhung des den Bauern gezahlten Milchpreises das Angebot der Milch vergrößern würde, und diese Annahme hat sich voll bestätigt, denn die Menge der zur staatlichen Milchannahmestelle gelieferten Milch ist um 20 vH gestiegen. Die Preise für die übrigen Soll-Lieferungen sind erhöht worden. Früher schwankten sie zwischen 25 und 33 vH der Marktpreise, gegenwärtig betragen sie rund 50 vH der Marktpreise.

Die oben besprochenen Aenderungen in der Landwirtschaft — die Steigerung der Rentabilität der Produktion auf Grund der Preiserhöhung und Begrenzung der Soll-Lieferungen, das Aufhören des administrativen Drucks auf die Bauern, der sie veranlaßte, Produktionsgenossenschaften zu gründen, und außerdem die Vergrößerung der Menge des den



individuell arbeitenden Wirtschaften verkauften Kunstdüngers und die Versorgung des Dorfes mit Baumaterial — scheinen bereits ihre Resultate in Gestalt des Anwachsens der landwirtschaftlichen Produktion gezeitigt zu haben.

*Statistik der landwirtschaftlichen Produktion*

| Jahr      | 4 Getreidearten | Kartoffeln | Zuckerrüben |
|-----------|-----------------|------------|-------------|
| 1950—1955 | 12,7            | 117        | 187         |
| 1955      | 14,3            | 100        | 186         |
| 1956      | 13,7            | 140        | 177         |
| 1957      | 15,0            | 127        | 224         |

## 5. Änderungen im Handwerk und Handel

Die Möglichkeit, eine Genehmigung zur Gründung von Kleingewerbeanlagen und Handwerkstätten sowie Handelsläden zu erhalten, hat die Entstehung einer großen Menge von Privatunternehmen zur Folge gehabt. Im Laufe des Jahres 1957 hat sich die Anzahl der privaten Industrieunternehmen von 5000 auf 10 000 erhöht; die Anzahl der Handwerkstätten ist um 12 000 und die der privaten Handelsläden von 15 000 auf 28 000 gestiegen.

Leider hat die nicht immer zweckmäßige Einkaufspolitik der staatlichen Unternehmen für Produkte des privaten Kleingewerbes dazu geführt, daß dieser Teil der privaten Initiative sich am schwächsten entwickelte. Indessen könnten solche kleinen privaten Anlagen in unserer Wirtschaft eine bedeutende Rolle spielen, nicht nur indem sie große Staatsunternehmen mit gewissen Kleinteilen beliefern, sondern auch indem sie dem Markte attraktive, mangelnde Konsumtionsartikel zuführen; hinzu kommt, daß sie infolge größerer Mechanisierung billiger produzieren könnten als die Handwerker. Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Kleingewerbes und des Handwerks taucht natürlich das Problem der knappen Rohstoffe auf; beispielsweise wäre es gänzlich verfehlt, an einen kleinen Produzenten Baumwolle zu verkaufen, die in einem billiger arbeitenden großen Unternehmen verarbeitet werden kann. Es gibt jedoch eine Reihe von Gebieten, auf denen das private

Zu großem Optimismus für die Zukunft berechtigen die ziemlich großen durch die individuell arbeitenden Bauern bewerkstelligten Investitionen, nicht allein in dem Bereich des Bauwesens, sondern auch was den Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen, Pferden u. dgl. anbelangt. Charakteristisch für die Sachlage sind das Steigen der Pferde- und Viehpreise sowie der Anstieg der Bodenpreise (von 15 600 Zloty pro ha im Jahre 1950 auf 19 700 Zloty pro ha im Jahre 1957) und die Zunahme der Bodenumsätze.

Kleingewerbe eine wichtige, ergänzende Rolle spielen könnte.

Eine größere Entwicklung als in dem privaten Kleingewerbe macht sich unter den Handwerkstätten, vornehmlich im Bereich der Produktionsdienste, wie z. B. im Schuhmacherhandwerk, der Schlosserei u. dergl., bemerkbar. Viele Handwerker, die bisher in Staatsfabriken und in Genossenschaften beschäftigt waren, haben ihre Arbeit niedergelegt, um wieder eine eigene Handwerkstätte zu gründen.

Doch die größte Zunahme von neueröffneten Unternehmen und die größte Belebung beobachten wir im Handel, d. h. an einer vom allgemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkt am wenigsten wünschenswerten Stelle. Die entstehenden Privatläden sind vornehmlich ganz kleine Kramläden, die sich oft in unmittelbarer Nähe der großen Staatsläden derselben Branche festsetzen und sich fast ausschließlich auf Galanterie, Sweater und kosmetische Artikel beschränken, die meistens von Auslandspäckchen herrühren.

Allgemein genommen, kann man sagen, daß die wiederauflebende Privatinitiative eine für das Land verhältnismäßig am wenigsten wünschenswerte Richtung eingeschlagen hat, mit der Losung: große und schnelle Gewinne bei einem möglichst geringen Kapitalaufwand.

## 6. Finanzprobleme

Eine der Ursachen für die Änderungen des Oktober war das niedrige Lohnniveau. Es ist also nicht verwunderlich, daß die Erhöhung einer Reihe der niedrigsten Löhne sowie die Steigerung der Löhne bei denen, die unter besonders schweren Bedingungen arbeiten mußten, zu einer der brennendsten Angelegenheiten wurde. Diese Maßnahme mußte natürlich eine Vergrößerung der Staatsausgaben ohne entsprechende Zunahme der Warenmasse und der Dienstleistungen hervorrufen. Eine ähnliche Wirkung hatte die Erhöhung der Preise der auf dem Lande von seiten des Staates aufgekauften Waren. Unter diesen Bedingungen mußte der Geldumlauf

wesentlich vergrößert werden, wodurch eine gewisse Möglichkeit der Inflation geschaffen wurde, zu der es jedoch bis jetzt nicht gekommen ist.

Womit ist die Tatsache zu erklären, daß es — wie gesagt — trotz einer so erheblichen Vergrößerung des Geldumlaufs nicht zu einer Inflation gekommen ist? Dieser Tatbestand kann erklärt werden erstens durch den überplanmäßigen Anstieg der Industrieproduktion, zweitens durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die ein Anwachsen des Angebotes von landwirtschaftlichen Artikeln zur Folge hatte, das sich größer gestaltete, als man es auf Grund der Steigerung der landwirtschaftlichen Pro-



duktion hätte erwarten können; es war dies das Ergebnis der Einschränkung des eigenen Konsums seitens der Bauern, angesichts der größeren Möglichkeit, Ackerboden und Landmaschinen zu kaufen sowie Häuser zu bauen. Drittens ist der Import der Konsumartikel vergrößert worden. Viertens schließlich sind die Bargeldreserven gestiegen, was eine Verringerung der Geschwindigkeit des Geldumlaufs von 12,8 auf 11,2 Umsätze pro Jahr zu bedeuten hat. Diese Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit war eine Folge der Schaffung von Bargeldreserven durch eine Reihe von Leuten, die sich damit die Gründung von Läden, Handwerkstätten und Industriewerkstätten ermöglichen wollen.

Obwohl diese vier Faktoren einer bedeutenderen Steigerung des Geldumlaufs und der Vergrößerung der Nachfrage von seiten der Bevölkerung entgegenwirkten, so waren sie dennoch nicht imstande, diese Erscheinungen ganz aufzuheben. Die Ueberschüsse der Kaufkraft sind erst durch die Verringerung der Warenvorräte im Handel bis unter den Dreimonatsbestand ausgeglichen worden.

Im Jahre 1957 hat sich die Wirtschaftslage gebessert, dank den von der UdSSR und den Vereinigten Staaten erhaltenen Anleihen, deren größter Teil zum Ankauf von Rohstoffen für die Konsumgüterindustrien, wie z. B. Baumwolle oder Getreide, bestimmt worden ist. An die Stelle der Zunahme von Kassenreserven, welche die finanzielle Situation unsicher machten, weil sie die Möglichkeit gaben, im Falle einer Panik das Geld von einem Tag auf den anderen auf den Markt zu werfen, ist in sehr großem Maße die Zunahme von Ersparnissen in der Allgemeinen Sparkasse getreten.

#### *Spareinlagen der Allgemeinen Sparkasse (PKO)*

|          |                         |
|----------|-------------------------|
|          | 1955 — 1274 Mill. Zloty |
|          | 1956 — 2230 „ „         |
| Januar   | 1957 — 2637 „ „         |
| November | 1957 — 5120 „ „         |

Gegenwärtig hat die Summe der Spareinlagen bereits 6000 Mill. Zloty überschritten.

Diese rasche Zunahme der Spareinlagen ist vor allen Dingen der zielbewußten Aktion der Regierung zu verdanken, welche Möglichkeiten für Prämien oder zweckdienliche Ersparnisse geschaffen hat. Legt

man z. B. auf ein Sparkassenbuch 6000 Zloty und nimmt dafür keine Zinsen entgegen, so kann man zweimal jährlich an einer Autoverlosung (1 Auto auf 1000 Besitzer von Sparkassenbüchern) teilnehmen. Diese Aktion ist durch Gerüchte über einen angeblichen Geldumtausch erleichtert worden, die zusätzlich eine bedeutende Zunahme der Spareinlagen bewirkten, da man erwartete, daß die Spareinlagen, wie bei den früheren Geldwechselaktionen, bei der Umrechnung viel günstiger abschneiden würden als das Bargeld.

Schließlich ist es zu einer gewissen Preissteigerung gekommen, die ziemlich groß war, soweit es sich um dauerhafte Konsumgüter, die vornehmlich Luxuscharakter tragen, wie z. B. Autos, handelt (der Preis des Personenkraftwagens „Warszawa“ ist von 80 000 Zloty auf 120 000 Zloty gestiegen). Außer den Luxusartikeln wurden nur die im Verhältnis zu den Preisen anderer Artikel unverhältnismäßig niedrigen Preise (z. B. 55 Zloty für 1 kg Süßrahmbutter gegenüber 34 Zloty für 1 kg Speck) oder Preise von Waren, die weit unter ihrem Kostenniveau lagen, von der Preissteigerung betroffen.

Die finanzielle Situation gelangt allmählich unter Kontrolle, vor allem auch in Anbetracht eines ziemlich großen Abbaus der Angestellten in der Administration (der Personalstand wurde um 38 000 Stellen gekürzt) und der Ueberstellung dieser Arbeitskräfte zu den Produktionsberufen.

Im Verlauf des Jahres 1957 ist der Geldumlauf von 17,4 Mrd. Zloty auf 19,6 Mrd. Zloty angewachsen, d. h. um vieles weniger als im Jahre 1956; der Lohnfonds ist von 107 auf 122 Mrd. Zloty und das Geldeinkommen der Landbewohner von 47 auf 56 Mrd. Zloty angestiegen. Der ganze Anstieg von insgesamt 24 Mrd. Zloty soll natürlich nicht bedeuten, daß um eine solche Summe das reale Einkommen gewachsen ist, denn wie ich bereits hervorgehoben habe, hat zugleich die Steigerung einer Reihe von Preisen stattgefunden. Durchschnittlich jedoch sind die Geldeinkünfte der Bevölkerung um 16 vH angestiegen, wobei das Einkommen der Bevölkerungsgruppen, deren Arbeit am niedrigsten bezahlt wurde und die ihre Arbeit unter den schwierigsten Verhältnissen zu verrichten hatten, bedeutend stärker gewachsen ist.

### Zusammenfassung

Die Zusammenfassung dieses kurzen Artikels ist keine leichte Sache. Wollte man dies aber in einer zwar vereinfachten, jedoch höchst bündigen Form tun, so könnte man sagen:

1. In dem bestehenden sozialistischen System — hauptsächlich in der Industrie, aber auch in dem Bauwesen, der Landwirtschaft u. dgl. — ist eine Aenderung der Verwaltungsmethoden im Gange, die eine wesentliche Verselbständigung der Unter-

nehmen sichert, obwohl sie in dem zuständigen Bereich die zentrale Planung nicht aufgibt. Die Rentabilität der Unternehmen wird zur unerläßlichen Bedingung ihres Bestehens, was mit einer besseren Anpassung der Produktion an die Struktur der Nachfrage und an die Anforderungen der Konsumenten verbunden ist, als dies bisher der Fall war.

2. Ueberall dort, wo die kapitalistische oder Kleinwaren-Privatwirtschaft zur Ergänzung der volks-



eigenen Wirtschaft beiträgt und bessere Ergebnisse als die letztere zu verzeichnen hat, ist sie zugelassen worden, d. h. in der Landwirtschaft, dem Klein-gewerbe, dem Handwerk und dem Handel.

3. Im Rahmen der Möglichkeiten, die durch das nicht allzu hohe Nationaleinkommen und die Notwendigkeit großer Investitionen begrenzt werden,

wird eine Erhöhung der Reallöhne, vornehmlich in den bisher verhältnismäßig niedrig bezahlten Arbeitszweigen, gesichert. Eine weitere Lohn-erhöhung muß von der Steigerung der Arbeits-produktivität, die wir bereits auf einer Reihe von Gebieten beobachten können, abhängig gemacht werden.

## Anhang

### 1. Beschluß des Ministerrats Nr. 704 vom 10. November 1956 in der Angelegenheit der Vergrößerung der Berechtigungen der staatlichen Industrieunternehmen (Auszug)

(Monitor Polski\*, Nr. 94/1956)

Zum Zwecke der Vergrößerung der Berechtigungen der staatlichen Industrieunternehmen beschließt der Minister-rat folgendes:

#### § 1

In dem Bereich der Planung und der Produktion sind die staatlichen Industrieunternehmen berechtigt:

- 1) die ausführlichen technisch-industriell-finanziellen Pläne in allen Indexzahlen, sowohl den quantitativen wie den qualitativen, die auf Grund von Jahresindexzahlen der durch die übergeordnete Einheit für das Unter-nehmen auf der Grundlage eines Gutachtens des Un-ternehmens festgesetzten Planaufgaben bearbeitet wor-den sind, zu bestimmen und zu genehmigen; von den durch die übergeordneten Einheiten festgesetzten In-dexzahlen werden von dem Jahresplan umfaßt:
  - a) der Wert der Warenproduktion zu Verkaufspreisen, darin der Wert der für den Markt bestimmten Produktion;
  - b) die Größe der Produktion der wichtigsten Sorti-mente gemäß der Entscheidung der übergeord-neten Einheit, sichergestellt durch die Zuteilung des zentral verteilten Materials;
  - c) die Summe des Lohnfonds als Ganzes (zusammen mit dem Fonds für Aushilfskräfte);
  - d) Gewinn (oder Verlust);
  - e) die Höhe der Gewinneinzahlung zum Staatshaus-halt (oder die Höhe der Dotation zur Deckung der Verluste);
  - f) die Höhe der Dotation aus dem Staatshaushalt für die limitierten Investitionen;
  - g) die obere Grenze für Ersatzinvestitionen;
  - h) die obere Grenze des Umsatzfonds im allgemeinen;
- 2) die Operativpläne (vierteljährliche — monatliche) der Unternehmen zu genehmigen;
- 3) bei Mangel der Deckung mit Aufträgen bestimmter Sortimente des Planes ist das Unternehmen von der Ausführung des Planes des gegebenen Sortiments be-freit;
- 4) von den volkseigenen Betrieben und staatlichen In-stitutionen sowie dem Handwerk Aufträge auf Liefe-rung von in den Plan nicht einbezogenen Erzeugnis-sen aus eigenem oder des Auftraggebers Material oder aus Produktionsabfällen, oder auf Dienstleistungen,

sofern ihre Ausführung ohne Nachteil für die Reali-sation des Planes erfolgen kann, entgegenzunehmen;

- 5) die Nebenproduktion von Marktartikeln ohne die Not-wendigkeit, besondere Organisationszellen schaffen zu müssen, in Betrieb zu nehmen;
- 6) Änderungen in der Konstruktion und Technologie der Erzeugnisse, insbesondere zwecks Erlangung einer Verbesserung ihrer Qualität und Wirtschaftlichkeit, zu genehmigen oder zu vollführen.

#### § 2

Im Bereich der Investitionen und Ersatzinvestitionen sind die staatlichen Industrieunternehmen berechtigt:

- 1) die Jahrespläne für die Limitinvestitionen auf Grund der planmäßig zugeteilten Finanzmittel und für die Hauptinvestitionen — ebenfalls nach den Richtlinien des Nationalwirtschaftsplanes — festzustellen;
- 2) den sachlich-finanziellen Bereich der nichtlimitierten Investitionen zu genehmigen.

#### § 3

Im Bereich der Organisation des Unternehmens, der Beschäftigung und der Löhne sowie der finanziellen An-gelegenheiten sind die staatlichen Industrieunternehmen berechtigt:

- 1) die ausführliche Organisation des Unternehmens zu bestimmen;
- 2) im Rahmen des Tarifvertrages und der obwaltenden Vorschriften die Arbeitsnormen, den Lohngruppen-katalog und die Prämienordnung zu bestimmen.

#### § 4

Auf den übrigen Gebieten sind die staatlichen Indu-strieunternehmen berechtigt:

- 1) an die staatlichen Unternehmen das überflüssige Ma-terial und Verbrauchsgegenstände zu verkaufen, sofern die zuständige Organisationseinheit für Absatz sie nicht eingekauft oder nicht binnen 2 Wochen einen Ab-nehmer aufgezeigt hat;
- 2) im Falle der Unmöglichkeit des Verkaufs an staatliche Unternehmen (Pkt. 1) kann das Unternehmen das überflüssige Material und die Verbrauchsgegenstände an Genossenschaften, Handwerker und Privatpersonen verkaufen; der Beschluß bezüglich des Verkaufs und des Preises hat durch einen Ausschuß zu erfolgen.

\* Polnischer Staatsanzeiger.



## 2. Gesetz vom 19. November 1956 über die Arbeiterräte (Auszug)

(Gesetzblatt der Volksrepublik Polen, Nr. 53/1956)

Zum Zwecke der Realisation der Initiative der Arbeiterklasse in dem Bereich ihrer unmittelbaren Teilnahme an der Verwaltung der Unternehmen wird folgendes beschlossen:

### Art. 1

In den staatlichen Industrie- und Bauunternehmen sowie den Staatsgütern werden Arbeiterräte berufen, wenn die Mehrzahl der in ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten dafür stimmt.

### Art. 2

1. Der Arbeiterrat verwaltet im Namen der Belegschaft das Unternehmen, welches zum allgemeinen Volkseigentum gehört.

2. Der Arbeiterrat handelt auf Grund der obwaltenden Rechtsvorschriften und der aus dem nationalen Wirtschaftsplan sich ergebenden Aufgaben, indem er bemüht ist, eine Entwicklung des Unternehmens, Vergrößerung der Produktion, Verbilligung der Erzeugnisse und Verbesserung ihrer Qualität sowie Verbesserung der Arbeits- und Daseinsbedingungen der Belegschaft zu erreichen.

3. Der Arbeiterrat faßt seine Beschlüsse im Rahmen der dem Unternehmen durch den Ministerrat übertragenen Berechtigungen.

### Art. 3

Zu dem Tätigkeitsbereich des Arbeiterrates gehört insbesondere:

- 1) die Begutachtung der Projekte der Jahresindexzahlen der Planaufgaben;
- 2) die Beschlußfassung über die Jahrespläne des Unternehmens auf Grund der aus dem Nationalwirtschaftsplan sich ergebenden Indexzahlen;
- 3) die Beschlußfassung über die Operativpläne des Unternehmens;
- 4) die Bestimmung der Struktur und des Organisationschemas des Unternehmens;
- 5) die Bestimmung der Entwicklungsrichtungen des Unternehmens;
- 6) die Bestimmung der grundsätzlichen Richtlinien bei der Leistungssteigerung der Produktion, insbesondere aber bei der Rationalisierung der technologischen Prozesse, der Verbesserung der Qualität und der Formgebung der Produktion, der Hebung der Arbeitsproduktivität, der Verbesserung der Sicherheitsbedingungen und der Arbeitshygiene, der Einsparung von Material und Brennstoff;
- 7) die Beurteilung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens und Genehmigung der Jahresbilanzen nach ihrer Annahme durch das zuständige Kontrollorgan;
- 8) die Beschlußfassung auf Grund des Gutachtens des Direktors über den Verkauf von überflüssigen Maschinen und Einrichtungen;
- 9) die Bestimmung der Arbeitsnormen, des Lohngruppenkatalogs und der Prämienordnung im Rahmen der Berechtigungen des Unternehmens sowie des Tarifvertrags;
- 10) die Beschlußfassung über die Bestimmung des dem Unternehmen zu Zwecken, die mit der wirtschaft-

lichen Tätigkeit des Unternehmens in Verbindung stehen, zufallenden Gewinnanteiles;

- 11) die Beschlußfassung über die Verteilung des Werkfonds oder des der Belegschaft zufallenden Gewinnanteiles;
- 12) die Festsetzung der inneren Dienstvorschriften des Unternehmens.

### Art. 4

1. Die Beschlüsse des Arbeiterrats, welche die Lohnfrage, den Werkfonds, die sozialen Angelegenheiten, die Sicherheit und Arbeitshygiene sowie die inneren Dienstvorschriften des Unternehmens betreffen, sollen im Einvernehmen mit dem Gewerkschaftsrat getroffen werden.

2. Im Falle des Mangels eines Einvernehmens hat die Belegschaft den Beschluß gemäß den Vorschriften des Statuts zu treffen.

### Art. 5

1. Der Arbeiterrat ist für seine Tätigkeit vor der Belegschaft des Unternehmens verantwortlich und hat ihr Bericht zu erstatten.

2. Die Termine und die Art und Weise der Abhaltung der berichterstattenden Versammlungen bestimmt das Statut des Arbeiterrates.

3. Angelegenheiten von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen, insbesondere aber die Verteilung des Werkfonds oder des der Belegschaft zufallenden Gewinnanteiles, sollen auf den Beratungen oder Versammlungen der Belegschaft geprüft werden.

4. In besonders begründeten Fällen kann der Arbeiterrat ein Referendum unter der Belegschaft durchführen.

### Art. 7

1. Der Arbeiterrat wird aus der Mitte der Arbeiter, Ingenieure, Techniker, Nationalökonomern und anderer Werkstätigen des Unternehmens gewählt.

2. Der Arbeiterrat soll sich nach Möglichkeit zu zwei Dritteln aus Arbeitern zusammensetzen.

3. Mitglied des Arbeiterrates ist von Amts wegen der Direktor des Unternehmens.

4. Die Wahl des Arbeiterrates findet auf dem Wege der geheimen Abstimmung gemäß der durch die Belegschaft festgesetzten Wahlordnung statt.

5. Die Wahlordnung hat die Amtsperiode des Arbeiterrates sowie die Möglichkeit und die Art und Weise der Abberufung des ganzen Rates oder seiner einzelnen Mitglieder vor Ablauf der Amtsperiode zu bestimmen.

### Art. 8

1. Der Arbeiterrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

2. Zum Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter kann weder der Direktor des Unternehmens noch sein Stellvertreter gewählt werden.

3. Das Statut des Arbeiterrates kann die Berufung seines Präsidiums durch den Arbeiterrat und die Uebertragung eines Teiles der Berechtigungen des Rates an dieses Präsidium vorsehen.

4. Mitglied des Präsidiums ist von Amts wegen der Direktor des Unternehmens.



**Art. 10**

Jeder Werk tätige des Unternehmens ist berechtigt, an der Sitzung des Arbeiterrates teilzunehmen.

**Art. 13**

1. Den Direktor des Unternehmens und seine Stellvertreter beruft und entläßt das zuständige Staatsorgan in Übereinstimmung mit dem Arbeiterrat.

2. Der Arbeiterrat ist berechtigt, in der Angelegenheit der Berufung und Abberufung des Direktors sowie dessen Stellvertreters einen Antrag zu stellen.

**Art. 14**

1. Der Direktor des Unternehmens leitet die Geschäfte des Unternehmens und trägt für sie die Verantwortung vor dem Gesetz, auch ist er vor dem Arbeiterrat und der übergeordneten Einheit verantwortlich.

2. Der Tätigkeitsbereich des Direktors umfaßt insbesondere:

- 1) die Organisation des Produktionsprozesses;
- 2) die Herausgabe von Anordnungen und Anweisungen, die mit der planmäßigen Tätigkeit des Unternehmens,

3. Der Beschluß des Ministerrates Nr. 460 vom 19. November 1957 in der Angelegenheit der Grundsätze der Gewinnverteilung sowie der Finanzierung der Umsatzfonds in den Organisationseinheiten, die den Ministern des Bergbaus und der Energiewirtschaft, der Schwerindustrie, der Chemischen Industrie, der Leichtindustrie, der Lebensmittelindustrie und der Erfassung, des Bauwesens und der Baumaterialindustrie, der Forstwirtschaft und der Holzindustrie sowie des Kleingewerbes und des Handwerks, die mit dem Zentralhaushalt in Verbindung stehen, unterstehen (Auszug)

(Monitor Polski, Nr. 94/1957)

**I. Die Gewinnverteilung und Finanzierung der Verluste**

**§ 1**

Sooft in diesem Beschluß von Gewinn oder Verlust der Ministerien oder der Zentralverwaltungen die Rede ist, so ist darunter der Gewinn- und Verlustsaldo der Zentralverwaltungen, die zu den Ministerien gehören, oder der Gewinn- und Verlustsaldo der den Zentralverwaltungen unterliegenden Unternehmen zu verstehen.

**§ 2**

1. Der planmäßige Gewinn der Ministerien, Zentralverwaltungen und Unternehmen wird aufgeteilt in:

- 1) Abschreibungen zugunsten des Werkfonds der Unternehmen;
- 2) Abschreibungen zugunsten der Entwicklung der Unternehmen;
- 3) Abschreibungen zugunsten der Reservefonds;
- 4) der zur Einzahlung zugunsten des Zentralhaushalts oder zugunsten der übergeordneten Einheit bestimmte Teil.

2. Der wirklich erzielte Gewinn wird gemäß den Vorschriften des § 5 Abs. 1 und 2 aufgeteilt.

**§ 3**

1. Das Ministerium teilt den Gewinn (§ 2) in Teile auf, die bestimmt sind für:

- 1) den Werkfonds in einer durch besondere Vorschriften festgesetzten Höhe;

den Beschlüssen des Arbeiterrates sowie den Anordnungen der übergeordneten Einheit zusammenhängen;

- 3) die Vertretung des Unternehmens nach außen und die Abgabe von Erklärungen in seinem Namen unter Beobachtung der in dieser Hinsicht bindenden Rechtsvorschriften;
- 4) die Beschlußfassung in den Personalangelegenheiten des Unternehmens.

**Art. 15**

1. Der Direktor des Unternehmens ist verpflichtet, die Ausführung des durch den Arbeiterrat gefaßten Beschlusses einzustellen, sofern er den Rechtsvorschriften oder dem geltenden Plan widerspricht; er hat jedoch unverzüglich den Arbeiterrat und die zuständige übergeordnete Einheit, welche die Entscheidung trifft, davon in Kenntnis zu setzen.

2. Gegen die Entscheidung der übergeordneten Einheit steht dem Arbeiterrat und dem Direktor des Unternehmens das Recht der Berufung bei dem Minister (Leiter des Zentralamtes) und im Falle eines territorialen Unternehmens bei dem Präsidium des zuständigen Nationalrates zu.

2) den Entwicklungsfonds der Unternehmen in Höhe des in der Einnahmen- und Ausgabenbilanz bestimmten Prozentsatzes von der ganzen Summe des Realisationswertes der Produktion und der Dienstleistungen der Produktions-, Bau-, Montage- und Dienstleistungsunternehmen, sowie der Handelsmarge (Provision, Kostenzusatz) der Warenumsatzunternehmen nach Abzug der Umsatzsteuer und der Steuer von den Dienstleistungen;

3) den Reservefonds in Höhe des in der Einnahmen- und Ausgabenbilanz bestimmten Prozentsatzes von der Summe der Abschreibungen zugunsten des Entwicklungsfonds der Unternehmen (Pkt. 2);

4) die Einzahlung zugunsten des Staatshaushalts in Höhe des planmäßigen Gewinns, verkleinert um die Abschreibungen von dem Gewinn, von denen in § 2 Abs. 1 die Rede ist.

2. Sofern der planmäßige Gewinn des Ministeriums im Jahre 1958 zur Deckung der Bedürfnisse, von denen in Abs. 1 Pkt. 1, 2 und 3 die Rede ist, nicht ausreicht — wird das Ministerium aus dem Zentralhaushalt eine ergänzende Zweckdotation erhalten; sofern bei der Aufteilung des wirklichen Gewinns, gemäß den Vorschriften des § 5 Abs. 1 und 2, der erzielte Gewinn zur Deckung der Bedürfnisse, von denen in Abs. 1 Pkt. 2 und 3 die Rede ist, ausreicht, unterliegt die ergänzende Zweckdotation der Rückerstattung.

3. Zur Deckung der Verluste erhalten die planmäßig mit Verlust arbeitenden Ministerien eine Dotation aus



dem Zentralhaushalt, unabhängig von der Zweckdotations, von der in Abs. 2 die Rede ist.

§ 4

1. Die Vorschriften des § 3, mit Ausnahme der Vorschrift des Abs. 1 Pkt. 3, werden entsprechend den Zentralverwaltungen und den Unternehmen gegenüber angewandt, mit dem Vorbehalt, daß:

- 1) die Unternehmen zugunsten der Zentralverwaltungen und die Zentralverwaltungen zugunsten der Ministerien Einzahlungen vornehmen entweder:
  - a) auf Grund von Gewinnabschreibungen, oder
  - b) auf Grund der Unterschiede zwischen den Fabrikpreisen und den Verrechnungspreisen (welche die planmäßigen Selbstkosten der Erzeugnisse, vergrößert um den planmäßigen Gewinn, umfassen);
- 2) die Unternehmen von den Zentralverwaltungen und die Zentralverwaltungen von den Ministerien erhalten können entweder:
  - a) Dotationen zur Deckung der Verluste sowie Zweckdotationen, oder
  - b) Ausgleichsdotationen zur Deckung der Unterschiede zwischen den Fabrikpreisen und den Verrechnungspreisen (welche die planmäßigen Selbstkosten der Erzeugnisse, vergrößert um den planmäßigen Gewinn, umfassen).

§ 5

1. Im Laufe der Ausführung des Planes werden die Ministerien, Zentralverwaltungen und Unternehmen die Aufteilung des wirklich erzielten Gewinns auf die einzelnen Teile in solchen Proportionen, in welchen die Aufteilung des planmäßigen Gewinns erfolgt ist, vornehmen.

2. Abhängig von dem in dem gegebenen Ministerium, der Zentralverwaltung und dem Unternehmen obwaltenden System der Abschreibungen zugunsten des Werkfonds kann der Finanzminister im Einvernehmen mit dem zuständigen Minister festlegen, daß die Gewinnaufteilung nach den in Abs. 1 bestimmten Grundsätzen, im Verhältnis zu dem nach Zurechnung der Abschreibungen zugunsten des Werkfonds verbleibenden Gewinn, erfolgen wird.

## II. Finanzierung der Umlaufmittel

§ 7

1. Die obere Grenze des Umsatzfonds (mit Ausnahme der Grenze auf den 1. Januar 1958) sowie ihre Vergröße-

rung oder ihre Verkleinerung im Laufe des Jahres bestimmen die Unternehmen im eigenen Bereich.

## III. Fonds der Unternehmenentwicklung

§ 9

1. Zugunsten des Fonds der Entwicklung der Unternehmen werden bestimmt:

- 1) ein Teil des Unternehmensgewinns oder die Zweckdotationen, von denen im § 3 Abs. 1 Pkt. 2 und Abs. 2 die Rede ist,
- 2) die Ueberschüsse der Umsatzfonds zu Jahresanfang derjenigen Unternehmen, von denen in § 8 Abs. 3\* die Rede ist.

2. Die Mittel der Entwicklungsfonds der Unternehmen werden in erster Linie verwendet zur Ergänzung des Fehlbetrages zu Anfang des Jahres oder des Anstiegs des eigenen Umsatzfonds im Laufe des Jahres in den festgesetzten Grenzen, unter Berücksichtigung der ständigen Passiva, und in den Unternehmen des Warenumsatzes in den festgesetzten Grenzen, verringert um 70 vH des Umsatzfonds für Waren. In zweiter Linie werden die Mittel des Entwicklungsfonds nach durch besondere Vorschriften festgelegten Grundsätzen verwendet.

3. Sofern die Bedürfnisse der Unternehmen im Bereich der Ergänzung des Fehlbetrages oder des Anstiegs des eigenen Umsatzfonds in den festgesetzten Grenzen zeitlich der Schaffung des Entwicklungsfonds der Unternehmen vorausgehen, kann die Bank den Unternehmen einen aus dem Entwicklungsfonds der Unternehmen zu begleichenden Kredit gewähren.

4. Die Bank kann außerdem den Unternehmen des Warenumsatzes Kredit einräumen in den Grenzen von 70 vH des Umsatzfonds für Waren.

## IV. Reservefonds

§ 10

1. Die Reservefonds werden in den Ministerien, und im Auftrage der Ministerien gleichfalls in den Zentralverwaltungen, in den Grenzen der für die Ministerien bestimmten Summen, gebildet. Die Ministerien sind verpflichtet, die Reservefonds auszusondern und den Zentralverwaltungen, die aus den Mitteln der untergeordneten Unternehmen finanziert werden, zu überweisen.

2. Die Reservefonds werden auf besondere Bankkonten eingetragen.

\*) Hier nicht wiedergegeben.



# Die Verstaatlichung der sowjetischen Landwirtschaft von 1917 bis heute

Von Demosthenes Nacu  
(Fortsetzung und Schluß)

## V. Die Beschleunigung des Verstaatlichungs-Prozesses

Die im September 1953 ins Werk gesetzte „Neue Agrar-Politik“ (der Aera *Malenkow*) erweckte erneut den Eindruck eines Nachlassens der kollektivistischen und der Verstaatlichungsbestrebungen in der Landwirtschaft. Das 1954 erschienene „Volkswirtschaftliche Handbuch“ der Sowjetunion wies jedoch in unzweideutiger Weise darauf hin, daß die vollkommene Verstaatlichung auf dem Agrarsektor keinesfalls aufgegeben worden sei. „Die Sowchosen“, so heißt es hier, „stellen die höhere Form der sozialistischen landwirtschaftlichen Organisation dar. Sie sind Staatsbetriebe. Ihr gesamter Besitz, sowohl an Produktionsmitteln wie an Erträgen, ist öffentliches Eigentum“<sup>44</sup>.

Angesichts dieses weiter verfolgten Zieles müssen die seitdem getroffenen Maßnahmen zur Erhöhung der Agrarpreise (1953), zur Lockerung der übertrieben zentralisierten Planwirtschaft (1954) und zur Aufhebung der Pflichtablieferungen für die Privatparzellen der Kolchosmitglieder, der Landarbeiter und der Angestellten (1957) vor allem als Mittel zur Beseitigung der Nahrungsmittelkrise und als Anreiz zur Entwicklung der Viehzucht — zwecks Auffüllung der Viehbestände der Sowchosen — gesehen werden.

Im gleichen Zeitraum wurde aber mehr im stillen eine Reihe von weiteren Maßnahmen zur beschleunigten Durchführung der Verstaatlichung der Agrarwirtschaft getroffen, indem einerseits die schon bestehenden Sowchosen erweitert wurden, andererseits die Kolchosen allmählich in Sowchosen umgewandelt wurden.

### a) Die Erweiterung der Sowchosen seit 1953

Aus den folgenden Zahlen geht klar diese Tendenz hervor<sup>45</sup>:

| Jahr:                              | 1952              | 1953              | 1955  | 1957  |
|------------------------------------|-------------------|-------------------|-------|-------|
| Zahl d. Sowchosen                  | 4742              | 4857              | 5134  | 5800  |
| bebaute Fläche in Millionen ha . . | 14,72             | 15,6              | 25,84 | 51,00 |
| vH der ges. Anbaufläche d. UdSSR . | 10,9 <sup>a</sup> | 12,0 <sup>b</sup> | 15,8  | 25,0  |
| a) 1950.                           |                   |                   |       |       |
| b) 1954.                           |                   |                   |       |       |

Die an den Staat im Jahre 1956 von den Sowchosen abgelieferte Getreidemenge betrug 10,9 Millionen Tonnen<sup>46</sup>, d. h. 20 vH der insgesamt an den Staat abgelieferten Menge<sup>47</sup>. Von diesen Lieferungen der Sowchosen entfielen 8,5 Millionen Tonnen auf erst

nach 1953 geschaffene Betriebe. Dagegen ist die 1956 von den zwischen 1917 und 1953 errichteten Sowchosen gelieferte Menge von 2,4 Millionen Tonnen kaum größer als die Ablieferung des Jahres 1940, obwohl die Anbaufläche 1940 geringer war als im Jahre 1956. Auch auf den anderen Agrarsektoren stieg der Anteil der Sowchosen im Verhältnis zu den globalen Ablieferungen an den Staat<sup>48</sup>:

|                   | 1953  | 1957  |
|-------------------|-------|-------|
| Fleisch . . . . . | 14 vH | 21 vH |
| Milch . . . . .   | 16 vH | 21 vH |
| Wolle . . . . .   | 15 vH | 27 vH |

Seit 1953 ist also eine beträchtliche Steigerung nicht nur der Anzahl und Nutzfläche der Sowchosen, sondern auch ihrer Produktivität festzustellen. Diese günstige Entwicklung ist zurückzuführen auf:

### 1. Die Schaffung von Sowchosen in für die Landwirtschaft neugewonnenen Gebieten:

Allein von 1954 bis 1955 wurden in Sibirien, im Ural, in Kasachstan und im Wolgabecken 425 neue Sowchosen gebildet, von denen jede durchschnittlich eine Nutzfläche von 20 000 bis 25 000 ha hat und ungefähr 400 bis 500 Arbeiter beschäftigt. Insgesamt sind diese Sowchosen mit 136 000 Traktoren, 55 Mähdreschern, 15 000 Lastwagen und Tausenden von anderen landwirtschaftlichen Maschinen und Werkzeugen ausgerüstet worden. Zu Beginn des Jahres 1956 wurden in diesen Sowchosen 1740 Millionen Rubel investiert<sup>49</sup>. Dagegen sind die Nutzflächen in den traditionell landwirtschaftlichen Gebieten, mit Ausnahme der Region der „Schwarzen Erde“, noch nicht wieder auf dem Stand von 1940 und liegen teilweise beträchtlich darunter. Diese Felder verwandeln sich mangels Pflege und rationeller Bebauung allmählich in unbrauchbaren Boden<sup>50</sup>.

### 2. Die Erhöhung der Nutzfläche der Sowchosen auf Kosten der Kolchosen:

Der Aufruf des ZK der Kommunistischen Partei und der Regierung an die Mitglieder der Sowchosen vom Frühjahr 1957<sup>51</sup> erwähnt die Uebertragung von „überschüssigem“ Boden, der bisher den Kolchosen gehörte, auf die Sowchosen. N. *Dia-konow* stellte hierzu im Juli desselben Jahres fest,



daß „ein Teil des Bodens der wirtschaftlich schwachen Kolchosen den bereits bestehenden Sowchosen zugeteilt wurde“.<sup>52</sup> Aus beiden Quellen wird jedoch nicht ersichtlich, um welche Größenordnungen es sich hier handelte und in welchen Gebieten diese Umwandlung vor allem stattgefunden hat.

### 3. Die Schaffung von neuen Sowchosen infolge einfacher Auflösung oder Umwandlung von Kolchosen:

Der oben zitierte Autor erklärte in einem Artikel über die Entwicklung der Landwirtschaft<sup>53</sup>, daß „in zahlreichen Republiken, Territorien und Regionen seit 1953 neue Sowchosen auf dem Boden gewisser wirtschaftlich schwacher Kolchosen geschaffen worden sind“. Obwohl der sowjetische Fachmann hier sowohl von Auflösung wie von Umwandlung der Kolchosen spricht<sup>54</sup>, sagt er nichts über die Methoden, mit denen sich dieser Prozeß vollzogen hat, und auch nichts über die Anzahl der betroffenen Betriebe. Er gibt jedoch den Grundwert der 1955 und 1956 aufgelösten und umgewandelten Kolchosen mit 165 Millionen Rubel an, so daß man diese Anzahl allein für die nicht zum Schwarz-Erde-Gebiet der Großrussischen Republik gehörenden Regionen auf zwischen 165 und 2000 schätzen kann<sup>55</sup>.

Wenn man die uns bekannten Angaben zugrunde legt, so kann die Verringerung der Kolchosen von 93 300 im Jahre 1953<sup>56</sup> auf 78 900 im Jahre 1957<sup>57</sup> hervorgerufen sein — neben einer möglichen Zusammenlegung kleinerer Betriebe — durch die Umwandlung von rund 10 000 bis 14 000 Kolchosen in Sowchosen. Die genauen Zahlen sind aus den sowjetischen Quellen nicht ersichtlich. Es ergab sich aber für die kommunistische Führung zweifellos die Möglichkeit, wenn nicht sogar die Notwendigkeit, diese Umwandlung in größerem Maßstab durchzuführen.

Angesichts der Erfolge dieser ersten, in aller Stille getroffenen Maßnahmen schrieb N. Diakonow, daß „die der Entwicklung der Sowchosen durch die Partei gegebene Richtung vollkommen berechtigt ist“ und daß diese „große Aussichten hinsichtlich der Festigung der Sowchosen und sogar der gesteigerten Bedeutung der Sowchosen für die Erzeugung und die Vorratshaltung der landwirtschaftlichen Güter eröffnet“. In diesem Sinne wird jetzt auch eine beträchtliche Ausdehnung der Sowchosen in den großen Industriegebieten betrieben, um so die Versorgung der Städte mit Gemüse und Kartoffeln sicherzustellen<sup>58</sup>.

In Zentralasien wurden 30 Sowchosen geschaffen, die auf einer Fläche von 300 000 ha hauptsächlich dem Gemüseanbau und der Wollgewinnung dienen. Die Entwicklung der Sowchosen in den Viehzuchtgebieten der Union ist gleichfalls beträchtlich vorangetrieben worden; die Bedeutung dieser neuen Betriebe läßt sich aus den großen Viehbeständen

ermessen, die der Staat ihnen zuteilen muß. Allein für die Periode von 1957 bis 1960 sollen diese Sowchosen von den Anwesen der Kolchosenarbeiter mindestens 1,5 Millionen Kälber erwerben, davon im Jahr 1957/58 300 000 Stück. In der ersten Hälfte des Jahres 1957 tätigten die Sowchosen bereits den Kauf von 161 000 Stück Rindvieh, und bis zum Jahresende soll diese Zahl auf 400 000 steigen<sup>59</sup>.

### b) Die beschleunigte Umwandlung der Kolchosen in Sowchosen seit 1953

Im Rahmen der neuen Agrarpolitik wurde eine Reihe von weiteren Maßnahmen eingeleitet, die darauf abzielten, die Kolchosen praktisch vollständig in die Hand des Staates zu überführen:

#### 1. Verstärkung der politischen Kader in den Kolchosen:

- a) Errichtung von Gruppen *politischer Instrukteure*, die von den örtlichen Parteistellen abhingen und die von den MTS aus sämtliche Tätigkeiten der Kolchosen leiten und überwachen sollten (1953);
- b) Besetzung aller verantwortlichen Posten der Kolchosen durch Parteimitglieder;
- c) Einsatz „politischer Organisatoren“ für die Kontrolle der Ernte und Vorratshaltung (1954);
- d) Entsendung von 30 000 zuverlässigen Parteimitgliedern und Vertrauensleuten aus den Städten in die Kolchosenarbeit, um so die lokalen Führungskräfte zu unterstützen, die der verstärkten politischen Kaderarbeit allein nicht gewachsen waren.

Gleichzeitig erhielten die MTS erweiterte Vollmachten und wurden insbesondere mit allen Aufgaben der Planung und der Organisation und Entlohnung der Arbeit beauftragt. Gegenüber dem Staat waren jetzt die MTS für den reibungslosen Produktionsablauf verantwortlich, so daß auch faktisch die Leitung der Kolchosen in ihre Hände überging<sup>60</sup>.

Dadurch, daß von 1955 ab auch die Vorratshaltung und die Verteilung (Pflichtlieferungen an den Staat, staatlicher Aufkauf und Zahlungen in Naturalien)<sup>61</sup> den MTS anvertraut waren, wurde in der Tat der gesamte Kolchosensektor den Leitern der MTS unterstellt. Theoretisch zumindest war so die Gewißheit gegeben, daß keine auch irgendwie geartete Tätigkeit der Kolchosen und der dort beschäftigten Arbeiter der Wachsamkeit der MTS entgehen konnte und daß die Parteidisziplin durch das dreifache Netz der technischen, politischen und Verwaltungskader aufrechterhalten wurde.

Dieses engmaschige System direkter Kontrolle wies jedoch zwei große Mängel auf: Einmal führte es zu einer beträchtlichen Verschwendung von Arbeitszeit und, infolge der großen räumlichen Entfernung zwischen MTS und Kolchosen, zu einem enormen Mehrverbrauch an Traktorentreibstoff und zu schneller



Abnutzung der Maschinen. Zum anderen wurde der Kontrollapparat stark aufgebläht (in den Kolchosen: Vorsitzender, Brigadenchefs, Gruppenchefs, Rechnungsführer usw.; in den MTS: Leiter, Technische Leiter, Verwalter, Brigadenchefs, Rechnungsführer usw.). In den Fällen, wo eine MTS nur 1 oder 2 Kolchosen „betreute“, führte die Existenz des doppelten Verwaltungsapparates zu einem unglaublichen Durcheinander, und dabei stellten diese Fälle durchaus keine Seltenheit dar, denn allein in der Großrussischen Republik gab es 1957: 110 MTS, denen nur je 1 Kolchose unterstellt war<sup>62</sup>.

Nikita Chruschtschow wies selbst auf die schwerwiegenden Folgen einer derart unglücklichen Kompetenzverteilung hin, indem er die großen Unterschiede des Erzeugerpreises zwischen den direkt von den Kolchosen gelieferten Waren (Pflichtablieferungen und Regierungseinkäufe), den über die MTS gelieferten Waren (Abgeltung der von den MTS in den Kolchosen geleisteten Arbeit) und den Ablieferungen der Sowchosen kritisierte<sup>63</sup>.

*Erzeugerpreis in Rubel auf den Zentner*

dir. Lieferung d. Kolchosen      Lieferung über die MTS      Sowchosen

|          |      |      |      |
|----------|------|------|------|
| Getreide | 55   | 85   | 33   |
| Fleisch  | 364  | 848  | 808  |
| Milch    | 97   | 180  | 127  |
| Wolle    | 2581 | 3028 | 1848 |

Eine statistische Erhebung in den MTS der Großrussischen Republik ergab, daß die Verwaltungsausgaben häufig mehr als 20 vH und die Kosten der Unterhaltung und Instandsetzung der Traktoren und Maschinen mehr als 28 vH der gesamten Produktionsausgaben ausmachten<sup>64</sup>.

Zu dieser unrationellen Organisation gesellt sich noch die trotz schärfster staatlicher Kontrollen weiterbestehende Tendenz der Kolchosbauern selbst, während der Arbeitszeit mehr an die Bestellung ihrer Privatparzellen zu denken als an diejenige des Kolchosbodens. Der innere Aufbau der Kolchosen und vor allem das System der Arbeitsnormen (Trudodjen) bietet ihnen hierzu noch mannigfaltige Möglichkeiten. Den staatlichen Organen ist es infolgedessen auch nicht möglich, das Arbeitspotential der Kolchosen auch nur einigermaßen zu übersehen und feste Leistungsnormen für alle Betriebe festzusetzen, so wie dies in den Sowchosen geschieht. Die Planungsstellen können deshalb die Arbeitskraft der Kolchosen schlecht in ihre Kalkulationen einsetzen.

**2. Vorbereitende Maßnahmen zur Ueberleitung der Kolchosen in das Sowchosensystem:**

a) Uebertragung der Produktionsmittel und des Bedienungspersonals der MTS auf die Kolchosen

Nach der Reorganisation der Kolchosen im Jahre 1950 ließ sich die Zuteilung je einer MTS-Brigade auf jeden Kolchos leichter durchführen als vorher. Da diese Brigaden jedoch technisch und administrativ

Bestandteile der MTS blieben, blieb das traditionelle Durcheinandergreifen der verschiedenen Instanzen auch jetzt noch bestehen.

Die ab 1954 vorgenommene Umwandlung derjenigen Kolchosmitglieder, welche die Traktoren und Maschinen der MTS bedienten, in direkt vom Staat bezahlte Angestellte gab den MTS zwar die Möglichkeit, sich leichter als bisher qualifizierte Arbeitskräfte zu sichern, aber der Leerlauf der Verwaltung und das chaotische System vielfältiger Zuständigkeiten von Kolchos und MTS blieben unverändert bestehen. In einigen Gebieten versuchte man dem durch die Bildung von Einheitsbrigaden (Zusammenfassung von Traktoren- und Maschinenpersonal und Kolchosbauern) unter der Leitung eines vom Staat bezahlten Brigadenchefs Abhilfe zu schaffen, doch blieben auch hier günstige Ergebnisse aus. So wurde ab 1956 das Problem der Zusammenfassung von MTS und Kolchos unter einheitlicher Leitung (vor allem in den Fällen, wo eine MTS nur einen einzigen Kolchos bediente) immer dringender; in einigen Gebieten wurde die Zusammenfassung schon durchgeführt.

Schließlich hat vor kurzem N. S. Chruschtschow die einzig mögliche vernünftige Lösung des Problems angekündigt: *die Uebertragung der Produktionsmittel der MTS auf die Kolchosen*. Er erklärte:

„Da die Kolchosen jetzt gefestigt sind und Kader ausgebildet haben, die mit jedem Problem fertig werden können, und da die Parteikomitees gründlich in die Leitungsbefugnisse (der Kolchosen) eindringen können, weil die Komiteemitglieder die notwendige hohe theoretische Ausbildung haben, ist es nicht mehr notwendig, die MTS mit der Rolle der Produktionslenker zu beauftragen. Die MTS hören auf, die politische Rolle zu spielen, die sie in der ersten Etappe des Aufbaus der Kolchosen innegehabt haben<sup>65</sup>.“

Chruschtschow kündigte weiterhin an, daß diese Produktionsmittel den Kolchosen nicht als Staatseigentum überlassen würden, sondern von ihnen als Kollektiveigentum gekauft werden sollen. Eine solche Methode kann gewiß von neuem den Bestrebungen der Bauern nach Selbstständigkeit gegenüber dem Staat und Ausbau ihrer eigenen Anwesen Vorschub leisten, doch beabsichtigen die Parteistellen, dieser Tendenz einen Riegel vorzuschieben, um einerseits zu verhindern, daß die gesamte Kolchoswirtschaft auseinanderfällt, und um andererseits die staatliche Aufsicht über die Kolchosen zu verstärken.

Zu diesem Zwecke ist folgendes vorgesehen:

1. Es wird ein Gesetz zur Regelung der Arbeitsbedingungen aller Arbeiter, Angestellten und Kolchosbauern vorbereitet, mit dessen Hilfe man der Arbeitsunwilligkeit und insbesondere der weitverbreiteten Neigung der Landbewohner steuern will, jeder festen Beschäftigung zu entgehen und sich von Gelegenheitsarbeit zu ernähren.

Chruschtschow erläuterte den Sinn dieser Maßnahmen in seiner Ansprache vor avantgardistischen



Kolchosbauern Weißrußlands in Minsk, in der er ausführte, wenn ein Mitglied der sozialistischen Gesellschaft sich nicht unter moralischem Einfluß zur Besserung bekehre, so müsse man „*die vom Gesetz vorgesehenen Maßnahmen treffen. Der Staatsanwalt muß Euch hier helfen, und sein Eingreifen wird sich als nützlich erweisen.*“

2. Den Kolchosbauern wird nun empfohlen, ihre Kuh (die sie bis jetzt privat halten dürfen) den Kolchosen oder Sowchosen zu verkaufen, „damit die Frau, die sich im allgemeinen darum kümmert, ruhiger auf dem Felde arbeiten kann“. Hier soll eine wesentliche Bezugsquelle für die 1,5 Millionen Kälber und 300 000 Kühe erschlossen werden, welche die in neugewonnenem Land wie auch auf dem Boden der bisherigen Kolchosen entstandenen Sowchosen aufkaufen sollen. Die Bauern sollen im Prinzip ihren Viehbestand nur freiwillig verkaufen, doch ist eine solche Freiwilligkeit im bestehenden System nicht viel mehr als eine Redensart, denn die Kolchosleiter werden alles daransetzen, um den Parteistellen zu beweisen, daß ihre Bauern sich „verständnisvoll und des Vertrauens der Partei würdig“ zeigen, schon um nicht hinter ihren Kollegen in anderen Kolchosen im „Wettbewerb“ zurückzustehen. Chruschtschow selbst stellte in dem Kolchos Kolinowska, wo er schon 1956 den Verkauf des privaten Viehbestandes der Bauern „empfohlen“ hatte, befriedigt fest, daß dort alle Kolchosmitglieder ihre Kühe verkauft hätten. An diesem Beispiel kann man sich leicht ausrechnen, daß es praktisch zu einem Zwangsverkauf bei den Bauern kommen wird. Dann mag das Zentralkomitee der Partei ruhig, wie in der Zeit der zwangsweisen Kollektivierung, „die Uebertretungen, die Irrtümer und die Verletzung des Prinzips der freien Zustimmung durch gewisse Parteimitglieder“ verurteilen — die vollzogene Tatsache besteht.

3. Den Kolchosen wird empfohlen, Klubs, Kindergärten, Kinderkrippen, Bäckereien, Wäschereien und Kantinen einzurichten, um den Frauen die Teilnahme an der Kollektivarbeit zu ermöglichen. Chruschtschow wies hier besonders auf die Notwendigkeit von Kantinen für die Kolchosbauern hin, in denen das Essen gegen Naturalien oder durch Verrechnung der Stundenlöhne ausgegeben wird.

4. Schließlich sollen in den Kolchosen Internatschulen eingerichtet werden, in denen die Kinder der Bauern einen den Parteilinien entsprechenden Unterricht erhalten. Diese in den Betriebs- und öffentlichen Einrichtungen der Kolchosen getätigten Investitionen tragen neben den Vorteilen einer größeren Rationalisierung besonders zur Konzentration der Finanzkraft der Betriebe in den Gemeinschaftsfonds bei. Die sowjetischen Agrartheoretiker beabsichtigen damit aber keinesfalls

einen Zug zur genossenschaftlichen Eigentumsbildung, sondern eine „grundlegende Transformation“ zugunsten des Typus des Staatseigentums<sup>66</sup>.

Im Lichte dieser Reformen gesehen, scheint der Tatsache, daß den Kolchosen ein *gemeinsames Eigentum an den Produktionsmitteln* übertragen wird, für die weitere Entwicklung dieser Betriebsform keine überragende Bedeutung zuzukommen. Es muß hier daran erinnert werden, daß auch das *genossenschaftliche Eigentum* der nach 1917 noch bestehenden ländlichen Gemeinschaften die Partei keineswegs daran gehindert hat, 1930, nach der Durchführung der allgemeinen Kollektivierung, deren Existenz als „überflüssig“ zu bezeichnen, um mit den Worten N. D. Kasanzews zu sprechen<sup>67</sup>.

N. S. Chruschtschow hat überdies in seinem Bericht vor dem Plenum des ZK der Kommunistischen Partei über die weitere Entwicklung der Kolchosen und die Reorganisation der MTS eine Deutung dieses gemeinsamen Eigentums der Kolchosen und der dadurch dem Staat zufallenden Rechte gegeben, aus der hervorgeht, daß, nach einem Leitartikel der *Prawda*, „*dieses Eigentum durch die kollektive Arbeit der Kolchosbauernschaft unter wirksamer Beteiligung der Arbeiterklasse, des gesamten Volkes und der entscheidenden Hilfe des Staates geschaffen wird. Es nähert sich so mehr und mehr dem Staatseigentum an*“<sup>68</sup>.

In seinem Bericht, den sogenannten „Thesen“ zur Landwirtschaft, betonte Chruschtschow die Rolle des Staates und der Industriearbeiterschaft bei der Ausstattung der Kolchosen mit Maschinen, Traktoren und qualifizierten Arbeitskräften; er erklärte, daß „der Reichtum jedes Kolchos mit der entscheidenden Hilfe des Staates geschaffen wurde und dieser Reichtum im Grunde dem ganzen Volk gehört“<sup>69</sup>. Noch deutlicher wurde der Parteichef in seiner Erklärung, daß „in Zukunft der Besitz der Kolchosen auf die Ebene des Staatsbesitzes gehoben werden wird. Je schneller wir die sozialistischen Produktivkräfte der Landwirtschaft entwickeln, um so schneller kommt der Zeitpunkt, wo im Grunde der Unterschied zwischen Staats- und Kolchosbesitz verschwindet. Unter diesem Gesichtspunkt muß der Verkauf der technischen Mittel der MTS an die Kolchosen betrachtet werden“<sup>70</sup>.

Es wird hier deutlich, daß die Reorganisation der MTS und die Eigentumsbildung der Kolchosen keinesfalls theoretisches oder taktisches Abweichen von der sowjetischen Generallinie bedeutet und daß vielmehr das Endziel der völligen Verstaatlichung weiter verfolgt wird.

Die Ansicht des Experten N. Diakonow (noch vor der Verkündung der MTS-Reform durch Chruschtschow) über die Notwendigkeit, „die Leitungsfunktionen von Partei und Staat in der Landwirtschaft zu heben“ und „ein Höchstmaß von direkten Beziehungen zwischen den Landwirtschaftsorganen



und den Sowchosen und Kolchosen herzustellen sowie die Lenkung der Landwirtschaft zu vereinheitlichen und die Sowchosen und MTS den Behörden der Republiken unterzuordnen<sup>71</sup>, läßt das Bestreben erkennen, die Landwirtschaft ähnlich zu reorganisieren, wie dies mit der Schaffung der „Wirtschaftsverwaltungsgebiete“ für die Industrie geschehen ist, d. h. die Betriebe den neuen Sownarchosen (Volkswirtschaftsräten) zu unterstellen<sup>72</sup>.

Im übrigen zieht der Staat aus dem Verkauf der Produktionsmittel an die Kolchosen eine Reihe von beträchtlichen Vorteilen:

1. Ein Teil der Geldmittel der Kolchosen wird abgeschöpft, wodurch die Inflation aufgefangen wird, die durch die Erhöhung der Agrarpreise ausgelöst worden ist. Diese Preiserhöhungen waren nämlich vorgenommen worden, obwohl ihnen keinesfalls eine entsprechende Erhöhung der Arbeitsproduktion und Konsumgüterindustrie gegenüberstand.

2. Der Staat kann nun die landwirtschaftlichen Erzeugnisse wieder direkt von den Kolchosen kaufen, und zwar zu von ihm festgesetzten Preisen, welche günstiger sind als die Preise, die bisher über die MTS für die als Abgeltung in Naturalien gelieferten Produkte bezahlt wurden.

3. Taktisch gesehen, verhinderte diese Methode, die Produktionsmittel als Kollektiveigentum zu verkaufen, statt sie als Staatseigentum zur Nutzung zu überlassen, einen psychologischen Schock in der Bauernschaft, und sie vermied, zumindest vorläufig, die Kritik des Auslandes an der immer stärkeren Entwicklung des „Staatskapitalismus“.

Diese taktischen Erwägungen haben die Sowjetführer aber nicht daran gehindert, dennoch Produktionsmittel der MTS in der Form *staatlichen Eigentums* an Kolchosen zu übertragen, die gleichzeitig in *Sowchosen umgewandelt* wurden.

So geht zum Beispiel aus dem aus Anlaß des 40. Jahrestages der Revolution von 1917 veröffentlichten Statistischen Handbuch<sup>73</sup> hervor, daß die Verringerung der MTS von 9000 im Jahre 1953 auf 8000 im Jahre 1956 zurückzuführen ist auf die *Uebertragung der „Produktionsbasis“ der MTS an die neugegründeten Sowchosen* einerseits und die *Konzentration eines Teils der MTS* andererseits.

Da nun aber die Zahl der MTS seit 1953 um 1000, die der Kolchosen um 14 400 (von 93 300 auf 78 900) zurückgegangen ist, kann man annehmen, daß das Verschwinden von 1000 MTS mit der Umwandlung einer großen Zahl von Kolchosen in Sowchosen einherging. Von der geringen Anzahl von Kolchosen abgesehen, die noch nach 1953 zusammengelegt wurden, ergibt sich also, daß 15,4 vH der 1953 vorhandenen Kolchosen bereits in Sowchosen umgewandelt worden sind. Im Februar 1958 erreichte dieser Anteil nach neuesten Angaben<sup>74</sup> bereits 16,4 vH.

Zu dieser systematischen, wenn auch unauffällig betriebenen Verstaatlichungspolitik trug auch bei,

daß die in den neuen Sowchosen beschäftigten ehemaligen Kolchosmitglieder den Status von Staatsangestellten erhielten, der dem Bedienungspersonal der Traktoren und Maschinen schon 1953/54 auferlegt worden war. Der Anteil der Kolchosbauern ging von 41,2 vH der Beschäftigtenzahl im Jahre 1955<sup>75</sup> auf 40 vH im Jahre 1956<sup>76</sup> zurück, entsprechend erhöhte sich der Anteil der Landarbeiter und Angestellten auf 59,5 vH, während der Anteil der selbständigen Bauern und Handwerker mit 0,5 vH konstant blieb.

Die kürzlich von *Chruschtschow* angekündigte Agrarreform gewinnt im Lichte dieser Tatsachen ihre wahre Bedeutung. Wie schon betont, fällt die scheinbare Aufwertung des gemeinschaftlichen Eigentums der Kolchosen wenig ins Gewicht gegenüber der hier konsequent verfolgten Politik der Verstaatlichung und der Stärkung des Sowchosensystems. Es ist unschwer zu sehen, daß es sich hier nicht um eine revolutionäre Neuorientierung der sowjetischen Agrarpolitik, sondern um eine weitere Etappe auf dem Weg zum oft proklamierten Endziel handelt.

b) Die Versuche zur Reorganisation der Kolchosen nach den Betriebsmethoden der Sowchosen

Seit 1954 hat man insbesondere im Amurgebiet begonnen, in einigen Kolchosen versuchsweise folgende Maßnahmen einzuführen:

1. die Aufstellung eines einheitlichen Produktions- und Finanzierungsplans, wobei die Amortisationsrate der Produktionsmittel und andere Betriebsgrößen einfach von den Sowchosen übernommen wurden<sup>77</sup>;

2. die Aufstellung eines Einheitswertes für die Arbeitsnormen (Trudodjen);

3. die Schaffung eines festen Lohnfonds.

Mit diesen Maßnahmen soll eine ebenso genaue Berechnung der Lohn- und Produktionskosten wie in den Sowchosen erreicht werden. In der Tat war bisher, wie bereits erwähnt, eine echte Kostenrechnung der Kolchosen schon infolge des von den Kolchosbauern häufig für ihre eigenen Zwecke umgangenen Systems der Arbeitsnormen nicht möglich gewesen. In den Sowchosen dagegen konnten die Betriebskosten exakter ermittelt werden, weil sie auf einer genauen Berechnung der geleisteten Arbeitstage und auf einem genormten Lohnsystem beruhen. Die erfolgreiche Erprobung dieser Maßnahmen in den Kolchosen würde das Trudodjensystem überflüssig machen, dessen Abschaffung von den sowjetischen Fachleuten bereits ins Auge gefaßt ist<sup>78</sup>. G. G. *Kotow* deutete bereits 1956 den Uebergang vom Trudodjensystem zum Normsystem an<sup>79</sup>, und ein anderer Experte, A. W. *Romanzew*, trat zur gleichen Zeit ebenfalls dafür ein, in den Kolchosen und MTS die Aufstellung fester Normen einzuführen<sup>80</sup>.

Mit der Abschaffung der Trudodjen verlieren die Bauern den letzten Rest genossenschaftlichen Eigen-



tums an der Erzeugung des Kolchos, sie werden damit Lohnarbeiter. Die Tatsache, daß sie in der ersten, jetzigen Phase vom Kolchos entlohnt werden und nicht vom Staat, ändert nichts an der sich hier immer stärker bemerkbar machenden Tendenz der Ueberführung aller landwirtschaftlichen Betriebe in die staatliche Form der Sowchosen<sup>81</sup>.

Für eine Uebergangszeit werden beide Arten nebeneinander bestehen bleiben: der staatliche Lohn (Monatslohn) in den Sowchosen und der auf der Grundlage des genormten Arbeitstages gezahlte Lohn in den Kolchosen, die sich in fortschreitendem Uebergang zum Staatsbetrieb befinden. Das Tempo dieses

Uebergangs geht aus der Tatsache hervor, daß im Bezirk Tombow im Amurgebiet das neue System der Produktionsplanung und des festen Monatslohns seit 1956 „auf Grund der Initiative der Parteiorganisationen in allen Kolchosen des Bezirks“ angewandt wurde<sup>82</sup>. Diese Formulierung scheint anzudeuten, daß sich die Verstaatlichungskampagne ähnlich vollziehen wird wie die von 1929 bis 1934 durchgeführte Zwangskollektivierung, wo die Bauern nicht einzeln oder in Gruppen zum Beitritt aufgefordert wurden, sondern die Kollektivform in ganzen Bezirken, Gebieten und Territorien geschlossen durchgesetzt wurde.

### Schlußbemerkung

Die vorliegende Untersuchung soll einen Ueberblick vermitteln über die Ziele und die Methoden der sowjetischen Agarpolitik und die wechselnde Taktik, die von der kommunistischen Führung zu ihrer Verwirklichung verfolgt wurde. Es stellt sich die Frage, ob es der Partei gelingen wird, in nächster Zeit auch gesetzlich den Prozeß der völligen Umgestaltung der Bauernschaft in eine Masse von Lohnempfängern zum Abschluß zu bringen. Die von der Partei vor allem seit 1953 getroffenen Maßnahmen sprechen für eine solche Annahme. Was die Bauern selbst angeht, so läßt sich ihre Reaktion trotz zahl-

reicher Anzeichen für ihre Ablehnung jeglicher Form kollektiver oder staatlicher Ausbeutung noch nicht absehen. Der russische Charakter und auch die seit 1930 von der Kommunistischen Partei in allen Teilen der Sowjetgesellschaft geschaffenen Bedingungen<sup>83</sup> lassen vermuten, daß die Antwort der Bauernschaft im entscheidenden Augenblick entweder die Resignation oder der Aufstand gegen das gesamte Sowjetsystem im Sinne des „Alles oder Nichts“ der Gebrüder Karamasow sein wird.

Übersetzung des Manuskriptes aus dem Französischen: Dr. Walter Schütze, Paris.

### Anmerkungen

(Die Titel der Werke russischer Autoren sind hier in Deutsch wiedergegeben)

- <sup>44</sup>) „Handbuch der Volkswirtschaft“, a. a. O., S. 500.
- <sup>45</sup>) „Statistisches Handbuch“, a. a. O., S. 100, 108 und 110; *Prawda* vom 20. Juli und 13. Oktober 1957.
- <sup>46</sup>) „Der Erfolg von 40 Jahren Sowjetmacht in Zahlen“, Moskau 1957, S. 161.
- <sup>47</sup>) *Voprossy Ekonomiki*, 7/1957, S. 59.
- <sup>48</sup>) *Prawda* vom 1. März 1958.
- <sup>49</sup>) *Voprossy Ekonomiki*, 7/1957, S. 61.
- <sup>50</sup>) I. Benediktow, a. a. O., S. 46.
- <sup>51</sup>) *Prawda* vom 27. März 1957.
- <sup>52</sup>) N. Diakonow, a. a. O., S. 63.
- <sup>53</sup>) *Voprossy Ekonomiki*, 7/1957, S. 63. (Ich möchte hier Mme. I. Kniazieff vom I. N. S. E. E. dafür danken, daß sie mich auf diesen Artikel aufmerksam gemacht hat.)
- <sup>54</sup>) Ebenda, S. 66 und 67.
- <sup>55</sup>) Der Gesamtwert des Gemeinschafts-Eigentums der Kolchosen, des sogenannten „ungeteilten Fonds“, für das Gebiet der Sowjetunion betrug im Jahre 1955: 87 Milliarden Rubel. Bei einer Zahl von 87 000 Kolchosen im gleichen Jahr ergibt sich so für jeden Kolchos ein Durchschnittswert von rund 1 Million Rubel; die wirtschaftlich schwachen Kolchosen verfügten oft aber über weniger als 100 000 Rubel. (Nach dem „Statistischen Handbuch“, a. a. O., S. 128.)
- <sup>56</sup>) „Statistisches Handbuch“, a. a. O., S. 100.
- <sup>57</sup>) *Prawda* vom 13. Oktober 1957.
- <sup>58</sup>) N. Diakonow, a. a. O., S. 65.
- <sup>59</sup>) Ebenda, S. 68.
- <sup>60</sup>) G. Kotow in: *Trud*, 5. Juni 1954.
- <sup>61</sup>) *Iswestija* vom 3. Februar 1955.
- <sup>62</sup>) I. Benediktow, a. a. O., S. 56.
- <sup>63</sup>) Rede N. S. Chruschtschows in Minsk, nach *Prawda* vom 25. Januar 1958.
- <sup>64</sup>) I. Benediktow, a. a. O., S. 55–56.
- <sup>65</sup>) Rede N. S. Chruschtschows in Minsk, nach *Prawda* vom 25. Januar 1958.
- <sup>66</sup>) K. Ostrowitjanow, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, in: *Prawda* vom 3. März 1958.

- <sup>67</sup>) A. a. O., S. 68.
- <sup>68</sup>) *Prawda* vom 2. März 1958.
- <sup>69</sup>) *Prawda* vom 1. März 1958.
- <sup>70</sup>) Diesem Problem wird ein weiterer Beitrag des Autors gewidmet werden.
- <sup>71</sup>) „Die Gesetzgebung des Kolchosen-Besitzes“, Moskau 1948, S. 35.
- <sup>72</sup>) Zu den Sownarchosen siehe: D. Nacu, „Réorganisation du système de la Planification en URSS“ in: *Europe de l'Est et Union Soviétique*, Heft 2/1957; und D. Nacu, „Die Reorganisation des Systems der Planwirtschaft in der Sowjetunion“ in *Europa-Archiv* 22/1957, S. 10 806 ff.
- <sup>73</sup>) „Der Erfolg von 40 Jahren Sowjetmacht in Zahlen“, Moskau 1957, S. 167.
- <sup>74</sup>) Bericht N. S. Chruschtschows über die innere Entwicklung der Kolchosen und über die Reorganisation der MTS, nach *Prawda* vom 1. März 1958.
- <sup>75</sup>) „Statistisches Handbuch der Wirtschaft der Sowjetunion“, Moskau 1956, S. 19.
- <sup>76</sup>) „Der Erfolg von 40 Jahren Sowjetmacht...“, a. a. O., S. 11.
- <sup>77</sup>) S. A. Ignatow, M. M. Stupnikow und A. P. Germanow, „Einheitlicher Produktions- und Finanzierungsplan und monatliche Entlohnung der Arbeit in den Kolchosen“, Moskau 1955, S. 13.
- <sup>78</sup>) M. P. Ossadko, „Der Trudodjen und seine Entlohnung“, Moskau 1956, S. 168.
- <sup>79</sup>) *Voprossy Ekonomiki*, 10/1956, S. 154.
- <sup>80</sup>) Ebenda, S. 158.
- <sup>81</sup>) Diese Frage wird vom Verfasser behandelt in: „La Vie interne des kolkhozes et sovkhos. Formes d'organisation et de rémunération du travail“, Editions de Minuit, Paris (im Druck).
- <sup>82</sup>) S. A. Ignatow, M. M. Stupnikow, A. P. Germanow, a. a. O., S. 78.
- <sup>83</sup>) D. Nacu, „Structures, Superstructures et Consciences en URSS après 40 ans de pouvoir soviétique“ in: *Europe de l'Est et l'Union Soviétique*, Heft 4/1957.



## Die Ergebnisse der NATO-Konferenzen in Paris und Kopenhagen

### Redaktionelle Vorbemerkung

Die Regierungschefs der 15 Mitgliedstaaten der NATO hatten im Dezember 1957 auf ihrer Konferenz in Paris beschlossen, der fortschreitenden Einführung modernster Waffen einschließlich Raketen bei den sowjetischen Streitkräften durch eine entsprechende Erhöhung der Verteidigungskraft der NATO zu begegnen. Zu diesem Zwecke wurde die Anlage von Lagern mit Atomsprengköpfen und die Ausrüstung der NATO-Streitkräfte in Europa mit Mittelstreckenraketen beschlossen. Die militärischen Stellen der NATO wurden beauftragt, Empfehlungen über die Einbeziehung dieser Waffen in die gemeinsame Verteidigung vorzulegen. (Vgl. Abs. 18 bis 21 des Kommuniqués über die Pariser Konferenz der Regierungschefs, Europa-Archiv 2/1958, S. 10 474.)

Die Berichte der militärischen Stellen über die Einführung der modernen Waffen wurden von den Verteidigungsministern der Mitgliedstaaten vom 15. bis zum

17. April 1958 auf einer Konferenz in Paris erörtert und als Grundlage für die Verteidigungsstrategie der NATO gebilligt. (Vgl. das unten wiedergegebene Kommuniqué der Konferenz.)

Vom 5. bis zum 7. Mai 1958 traten in Kopenhagen die Außenminister der Mitgliedstaaten zur diesjährigen Frühjahrstagung des Nordatlantikrates zusammen. Anlässlich der Entgegennahme des Berichtes des Generalsekretärs über die Tätigkeit des Bündnisses stimmte der Rat den Ergebnissen der Konferenz der Verteidigungsminister zu. Hauptthema der Ratstagung waren jedoch nicht Verteidigungs-, sondern politische Fragen, so insbesondere die mit der Vorbereitung einer „Gipfel“-Konferenz zusammenhängenden Probleme sowie Abrüstungsfragen. Der Wortlaut des Kommuniqués des Nordatlantikrates ist unten im Anschluß an das Kommuniqué der Verteidigungsminister wiedergegeben.

### Kommuniqué der Konferenz der Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten der NATO in Paris vom 15. bis zum 17. April 1958

1. In Uebereinstimmung mit der Entscheidung der auf der Ebene der Regierungschefs am 19. Dezember letzten Jahres abgehaltenen Konferenz des Nordatlantikrates trafen die Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten der NATO am 15., 16. und 17. April 1958 unter dem Vorsitz des Generalsekretärs, Herrn Paul-Henri Spaak, im Palais de Chaillot zusammen.

2. Die Minister nahmen ausführliche und wertvolle Berichte des Militärausschusses, der Standing Group und der Alliierten Oberbefehlshaber über den gegenwärtigen Stand der Streitkräfte des Bündnisses, über die fortschreitende Einführung der modernsten Waffen und Ausrüstungen sowie über die von der NATO-Verteidigung in den bevorstehenden Jahren benötigten Streitkräfte entgegen. Sie nahmen ferner Berichte über den Fortschritt der von den Regierungschefs im Dezember veranlaßten Projekte entgegen. Auf der Grundlage dieser Berichte fand zwischen den Ministern und den militärischen Führern der NATO eine höchst nützliche Diskussion statt.

3. Um den andauernden Bemühungen zu begegnen, welche die sowjetischen Führer zur Ausrüstung ihrer starken Streitkräfte mit den modernsten Waffen unternehmen, erörterten die Minister Mittel und Wege, um die Hilfsquellen des Bündnisses auf die beste Weise auszunutzen und eine größere Schlagkraft seiner Streitkräfte

zu erreichen. Sie bekräftigten erneut ihre Unterstützung der grundlegenden Strategie der NATO zur Erhaltung des Friedens und der Verteidigung der Mitgliedstaaten. Diese Verteidigungsstrategie soll auch in Zukunft auf die Konzeption einer starken Abschreckung gegründet sein, zu der sowohl der Verteidigungsschild mit seinen herkömmlichen und nuklearen Waffen gehört als auch die nukleare Vergeltungsmacht.

4. Die Minister einigten sich ferner über gewisse Maßnahmen, durch die eine bessere Koordinierung und eine erweiterte Zusammenarbeit im Hinblick auf die Verteidigungsforschung, die Waffenentwicklung und -produktion sowie auf die Organisation der Streitkräfte erzielt werden soll.

5. Nach diesen Verhandlungen, die ihre Einigkeit und gemeinsame Zielsetzung bestätigte, sind die Minister zuversichtlich, daß die fortschreitende Modernisierung der NATO-Streitkräfte auf der Grundlage der vereinbarten strategischen Pläne das Bündnis in die Lage versetzen wird, seine Verteidigungsstärke aufrechtzuerhalten, während weitere Bemühungen zur Wiederherstellung des internationalen Vertrauens durch eine wirksame und kontrollierte Abrüstung unternommen werden.

Quelle: NATO Information Division, Press Release vom 17. April 1958. Uebersetzung des Europa-Archivs.

### Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates in Kopenhagen vom 5. bis zum 7. Mai 1958

1. Der Nordatlantikrat hat vom 5. bis 7. Mai 1958 in Kopenhagen sein Ministertreffen abgehalten.

2. Die Außenminister der fünfzehn NATO-Staaten haben ihr gegenseitiges Verständnis und ihre Einheit in der Zielsetzung vertieft und gestärkt. NATO, eine defensive Organisation, ist jetzt sehr viel mehr als nur ein militärisches Bündnis. Sie ist im Begriff, eine wahre Gemeinschaft freier Nationen zu werden. Innerhalb dieser Gemeinschaft verfolgen die teilnehmenden Länder, ohne ihre Unabhängigkeit aufzugeben, eine Politik enger Zu-

sammenarbeit in Friedenszeiten, die in diesem Maße in der Geschichte ohne Beispiel ist. Diese Entwicklung ist eines der bedeutsamsten und vielversprechendsten Ereignisse unserer Zeit.

3. Der Rat hielt Rückschau über die Tätigkeit des Bündnisses und überprüfte die internationale Lage. Als erstes Thema der Diskussion lag dem Rat ein vom Generalsekretär unterbreiteter Bericht vor. Der Rat stimmte der Analyse der geleisteten Arbeit des Bündnisses im vergangenen Jahr zu. Die Minister waren sich insbesondere



darin einig, daß die hervorstechendste Leistung der bemerkenswerte Fortschritt ist, der bei der Stärkung der politischen Konsultation gemacht wurde. Diese wurde bei einer zunehmenden Anzahl von Problemen erfolgreich angewendet und hat zu einer Koordination der Politik in wichtigen Fragen gemeinsamen Interesses geführt. Der Rat brachte auch seine Zufriedenheit über die Ergebnisse der kürzlich abgehaltenen Konferenz der Verteidigungsminister und den guten Start zum Ausdruck, der auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Zusammenarbeit gemacht wurde.

4. Die Minister erkennen an, daß politische Einigkeit und die wirksame Verteidigungsorganisation nicht ausreichen. Auch wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Bündnismitgliedern ist lebenswichtig. Es sollen alle Anstrengungen gemacht werden, um den wirtschaftlichen Wohlstand zu gewährleisten, insbesondere durch eine Ausdehnung des internationalen Handels und durch Hilfe an die unterentwickelten Länder. Konsultationen über Methoden und technisches Material für eine solche Zusammenarbeit werden innerhalb des Bündnisses stattfinden. Die Minister messen dem erfolgreichen Abschluß der gegenwärtigen Wirtschaftsverhandlungen und der Errichtung enger Bande zwischen den europäischen Ländern und der ganzen freien Welt besondere Bedeutung bei.

5. Während ihrer Erörterung der internationalen Lage haben die Minister die Frage einer möglichen Gipfelkonferenz besprochen. Der Rat ist der Auffassung, daß Gipfeltreffen wünschenswert sind, sofern sie Aussichten auf Einigung in wichtigen Fragen bieten. Der Rat meint jedoch, daß Konferenzen auf höchster Ebene nicht der einzige oder notwendigerweise beste Weg für die Verhandlungsführung oder die Verringerung internationaler Spannungen sind. In jedem Fall müssen solche Konferenzen sorgfältig vorbereitet werden und in einer günstigen Atmosphäre stattfinden.

6. Die Minister bedauerten, daß die Sowjetunion während der letzten Wochen die Vorbereitungen für eine mögliche Gipfelkonferenz dadurch erschwert hat, daß sie unvernünftige Bedingungen stellte. Die Sowjetunion hat in letzter Zeit die internationale Spannung dadurch verschlimmert, daß sie im Sicherheitsrat gegen den Vor-

schlag der Vereinigten Staaten, die Risiken eines Ueberraschungsangriffes über die Arktis zu verringern, ihr Veto eingelegt hat.

7. Trotz der Enttäuschung und der Zweifel, zu denen die sowjetische Haltung Anlaß gibt, lassen sich die NATO-Regierungen nicht entmutigen und werden auch weiterhin an dem Prinzip der Verhandlung festhalten.

8. Sollte zum jetzigen Zeitpunkt eine Gipfelkonferenz stattfinden, so sollte sie gewisse wichtige Probleme, darunter die deutsche Frage, erörtern, die von den Regierungschefs in Genf im Jahre 1955 herausgestellt wurden und in denen unglücklicherweise bisher wenig oder kein Fortschritt in Richtung auf eine Lösung gemacht wurde. Eine kontrollierte Abrüstung, die so inbrünstig von allen Völkern gewünscht wird, sollte eine der Hauptfragen auf der Tagesordnung sein. Die Vorschläge der Westmächte, die am 29. August 1957 gemacht wurden und die von einer großen Mehrheit in den Vereinten Nationen gebilligt wurden, könnten eine vernünftige Grundlage für diese Erörterungen darstellen.

9. Der Rat hat die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß es sich trotz der wiederholten sowjetischen Weigerung doch noch als möglich erweisen wird, technische Experten-erörterungen zwischen den Vertretern der Sowjetunion und der in erster Linie betroffenen Westmächte über detaillierte Maßnahmen für eine Abrüstungskontrolle einzuleiten. Ein Uebereinkommen über die zum Beispiel zur Verhinderung von Ueberraschungsangriffen oder zur Ortung von Kernexplosionen erforderlichen Maßnahmen könnte viel dazu beitragen, die Möglichkeiten für ein Abrüstungsabkommen aufzuzeigen, seine Aussichten zu verbessern und seine Anwendung, wenn es erzielt wurde, zu beschleunigen. Zur Vorbereitung des Weges zu einem solchen Abkommen wird der Rat die Möglichkeit von Untersuchungen und Experimenten über die technischen Probleme einer Inspektion und Kontrolle erwägen.

10. Abschließend bestätigten die Minister die volle Uebereinstimmung ihrer Regierungen mit den grundlegenden Prinzipien des Bündnisses, seinen Zielen und den Methoden zu ihrer Erreichung.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 85 vom 9. Mai 1958.

## Die Konferenz der Außenminister der DDR, Polens und der Tschechoslowakei in Prag vom 10. bis zum 12. Mai 1958

### Redaktionelle Vorbemerkung

Am 25. März 1958 beschloß der Deutsche Bundestag, daß die Streitkräfte der Bundesrepublik „mit den modernsten Waffen so ausgerüstet werden, daß sie den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen und den notwendigen Beitrag zur Sicherung des Friedens wirksam leisten können“. Dieser Beschluß wurde von den Ländern des Ostblocks in einer großen Zahl von offiziellen Erklärungen, Reden, Rundfunkkommentaren und Presseartikeln heftig angegriffen. Der Oberste Sowjet der UdSSR und die Volkskammer der DDR haben in der zweiten Aprilhälfte die Parlamente der Westmächte und der Nachbarstaaten Deutschlands aufgefordert, eine atomare Aufrüstung der Bundesrepublik zu verhindern; ähn-

liche Schritte unternahmen auch die Parlamente anderer Ostblockstaaten.

Außenpolitische Maßnahmen im Zusammenhang mit der durch den Bundestags-Beschluß geschaffenen Lage waren auch eines der Hauptthemen des Treffens der Außenminister der DDR, Polens und der Tschechoslowakei, das vom 10. bis zum 12. April in Prag stattfand. Daneben benutzten die drei Außenminister diese Konferenz, um den vom polnischen Außenminister, Adam Rapacki (der wegen Krankheit nicht selbst auf der Konferenz anwesend war), vorgelegten Plan einer atomarwaffenfreien Zone in Mitteleuropa erneut zu propagieren. (Vgl. die Dokumente zum Rapacki-Plan in Europa-Archiv 2/1958, S. 10 482 ff., und 5—6/1958, S. 10 601 ff.)



## Wortlaut des Kommuniqués

Vom 10. bis 12. April 1958 fand in Prag eine Zusammenkunft der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, der Tschechoslowakischen Republik und der Volksrepublik Polen statt. An den Beratungen nahmen teil: der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechoslowakischen Republik, Václav David, und der Amtierende Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Polen, Marian Naszkowski. Die Minister erörterten einige Fragen, die mit der gegenwärtigen Entwicklung der internationalen Lage zusammenhängen und die Interessen der drei Länder berühren.

Die Beratung, die in freundschaftlicher Atmosphäre verlief, ergab volle Übereinstimmung der Auffassungen und führte zu einmütigen Schlußfolgerungen in allen behandelten Fragen.

Die drei Minister sind der Auffassung, daß der Beschluß des westdeutschen Bundestages über die Ausrüstung der Streitkräfte der Bundesrepublik mit Atom- und Raketenwaffen die Spannungen in Europa verschärft. Trotz wiederholter Versicherungen der Westmächte, daß die Deutsche Bundesrepublik nicht mit Atomwaffen ausgerüstet werden wird, sollen jetzt die westdeutschen Streitkräfte mit Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika diese Waffen erhalten. Der wiedererstehende deutsche Imperialismus und Militarismus stellt die Hauptgefahr für den Frieden in Europa dar. Die Deutsche Bundesrepublik ist der einzige europäische Staat, in dem zielbewußt der Revanchismus gefördert wird und offen territoriale Forderungen erhoben werden.

Der Beschluß des Bundestages, der in einer Zeit gefaßt wurde, in der die Völker um internationale Entspannung bemüht sind und die Einstellung des Atomwetttrüstens fordern, ruft die begründete Beunruhigung und Empörung der europäischen Völker hervor.

Die Politik der Bundesregierung steht im Gegensatz zu dem Verlangen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands nach Abrüstung und Frieden. Die Sicherung des Friedens in Europa, die Entspannung der Lage in Deutschland selbst und die Annäherung der beiden deutschen Staaten waren und sind Gegenstand wiederholter konstruktiver Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik.

Angesichts der gegenwärtigen Lage hat der Vorschlag der polnischen Regierung, im Herzen Europas eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen, erhöhte Bedeutung gewonnen. Der Vorschlag der polnischen Regierung hat die Zustimmung breiter Schichten der Bevölkerung aller europäischen Länder, darunter auch Westdeutschlands, gefunden.

Ein Gebiet, das frei von Atomwaffen ist, kann nicht Ausgangspunkt eines Atomkrieges sein. Daher ist die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone ein wesentlicher Schritt zur Erhaltung des Friedens, der zugleich zur Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens beitragen und die Regelung anderer Fragen, vor allem der Abrüstungsfragen, erleichtern wird.

Nachdem die Regierungen der Deutschen Demokrati-

schen Republik und der Tschechoslowakischen Republik ihr Einverständnis zur Verwirklichung des Planes der Volksrepublik Polen gegeben haben, trägt die Bundesregierung die alleinige Verantwortung dafür, daß diese bedeutsame Maßnahme zur Sicherung des Friedens in Europa bis jetzt nicht verwirklicht wurde.

Die drei Minister bestätigen aufs neue die Bereitschaft ihrer Regierungen, in der vorgeschlagenen atomwaffenfreien Zone ein System der breiten und wirksamen Kontrolle zu schaffen, wie es die polnische Regierung in ihrem Memorandum vom 14. Februar 1958 vorgeschlagen hat. Sie betonten gleichzeitig, daß die Verwirklichung des Planes Schritte zur Verminderung der Streitkräfte und der konventionellen Waffen auf dem Gebiet der vorgeschlagenen Zone ermöglichen würde.

Die drei Minister bestätigen die Bereitschaft ihrer Regierungen, über Einzelfragen des Planes mit interessierten Staaten zu diskutieren.

Von wesentlicher Bedeutung ist die Unterstützung des Vorschlages der polnischen Regierung durch die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die sich darüber hinaus bereit erklärt hat, gemeinsam mit den anderen Atommächten eine Garantie über die Nichtanwendung der Kernwaffen gegen diese Zone zu übernehmen. Die drei Minister geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Westmächte, die bis jetzt einer Stellungnahme dazu ausgewichen sind, sich der Initiative der Sowjetunion anschließen werden.

Die drei Minister stellen fest, daß die Einberufung der von der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vorgeschlagenen Gipfelkonferenz, die dazu beitragen soll, die internationale Spannung zu mindern und vordringliche internationale Probleme zu lösen, von größter Bedeutung ist. Sie wenden sich gegen die Bestrebungen bestimmter Kräfte der westlichen Länder, die Einberufung der Gipfelkonferenz zu erschweren oder sogar zum Scheitern zu bringen, zum Beispiel durch Einbeziehung von Fragen in die Tagesordnung der Konferenz, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten darstellen würden.

Die drei Minister begrüßen den bedeutsamen Beschluß des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die einseitige sofortige Einstellung von Kernwaffenversuchen. Sie geben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens trotz des von ihnen zur Zeit eingenommenen negativen Standpunktes sich dem Beschluß der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken anschließen und die Versuche mit diesen Waffen ebenfalls einstellen. Damit würde der Weg zur Lösung weiterer Abrüstungsprobleme geebnet werden.

Die drei Minister unterstreichen, daß die zuverlässigste Grundlage der Sicherheit ihrer Länder und des Friedens die Einheit des sozialistischen Lagers und die Friedenspolitik des ersten und mächtigsten sozialistischen Staates, der Sowjetunion, und aller anderen sozialistischen Länder ist.

Im Verlaufe der Beratungen tauschten die drei Minister ihre Auffassungen über außenpolitische Maßnahmen aus, die ihre Regierungen treffen könnten. Gleichzeitig stellten die drei Minister fest, daß die Regierungen der Deutschen



Demokratischen Republik, der Tschechoslowakischen Republik und der Volksrepublik Polen weiterhin alles tun werden, um den Frieden in Europa zu erhalten und zu festigen. Die Außenminister der Deutschen Demokrati-

schen Republik, der Tschechoslowakischen Republik und der Volksrepublik Polen sind überzeugt, daß die Ergebnisse ihrer Beratungen diesem edlen Ziele dienen werden.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 87 vom 13. April 1958.

## Die Ergebnisse der amerikanisch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Washington vom 31. Oktober 1957 bis zum 15. Februar 1958

### Redaktionelle Vorbemerkung

Die im Winter 1957/58 geführten amerikanisch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen sind eine Fortsetzung der im Frühjahr 1957 geführten Verhandlungen. Als Ergebnis der in der Zeit vom 26. Februar bis zum 7. Juni 1957 geführten Verhandlungen wurde eine Vereinbarung über den Ankauf von Waren und Ausrüstungen in den Vereinigten Staaten durch Polen im Gesamtwert von 48,9 Millionen Dollar getroffen. Im Verlauf dieser Verhandlungen war gleichzeitig der Text eines zusätzlichen Abkommens über den Ankauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den Vereinigten Staaten durch Polen im Gesamtwert von 46,1 Millionen Dollar vorbereitet worden. Eine Unterzeichnung dieses Abkommens war bei Abschluß der Verhandlungen jedoch noch nicht möglich, da die erforderliche Erweiterung des „Agricultural Trade Development and Assistance Act“ (Public Law 480) durch den amerikanischen Kongreß erst noch zu vollziehen war. (Vgl. „Die Ergebnisse der amerikanisch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Washington vom 26. Februar bis zum

7. Juni 1957“ in *Europa-Archiv* 16/1957, S. 10 118 bis 10 120.) Nachdem der Kongreß die entsprechende Gesetzesvorlage gebilligt hatte, konnte das Ergänzungsabkommen am 14. August 1957 unterzeichnet werden und in Kraft treten. (Vgl. *The Department of State Bulletin*, Vol. XXXVII, No. 950 vom 9. September 1957, S. 444.)

Bei Abschluß der amerikanisch-polnischen Verhandlungen am 7. Juni 1957 wurde von polnischer Seite das Interesse geäußert, künftig noch weitere Käufe landwirtschaftlicher und Investitionsgüter in den Vereinigten Staaten zu tätigen. Von amerikanischer Seite wurde zu verstehen gegeben, daß hierüber zu einem noch zu vereinbarenden Termin weitere Besprechungen stattfinden sollten. Diese Besprechungen wurden auf Vorschlag der polnischen Botschaft in Washington am 30. Oktober 1957 aufgenommen und fanden am 15. Februar 1958 mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung über die Wirtschaftsverhandlungen und einem Notenaustausch über die Wechselkurse ihren Abschluß.

### Kommuniqué des amerikanischen Außenministeriums vom 15. Februar 1958

Regierungsvertreter der Vereinigten Staaten und Polens gaben am 15. Februar eine gemeinsame Erklärung über die Wirtschaftsbesprechungen zwischen den beiden Ländern ab, die am 31. Oktober 1957 begonnen hatten.

Wie aus der gemeinsamen Erklärung hervorgeht, haben die beiden Regierungen Kredit- und Kaufabmachungen über die Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und anderer Rohstoffe, verschiedener Maschinen und Ausrüstungsgegenstände von den Vereinigten Staaten nach Polen abgeschlossen. Ein Betrag bis zur Höhe von 25 Millionen Dollar, der von der Export-Import-Bank in Washington bereitgestellt wird, wird Polen in Form eines Kredites gewährt. Außerdem ist in dem Abkommen ein Betrag von 73 Millionen Dollar für den Verkauf nach Polen von Weizen, Futtermitteln, Baumwolle, Pflanzenfetten und Trockenmilch gegen Landeswährung (polnische Zlotys) entsprechend dem Agricultural Trade Development and Assistance Act (Public Law 480) vorgesehen.

Polnische Zlotys, welche die Vereinigten Staaten gemäß dem Abkommen über landwirtschaftliche Ueberschußprodukte erhalten, werden in einem Verhältnis von 24 Zlotys zu einem Dollar, dem günstigsten Wechselkurs, auf einem besonderen, in Dollar geführten Konto angelegt. Die Vereinigten Staaten können über solche Zlotys für ihre Zwecke, einschließlich der Ausgaben der amerikanischen Botschaft in Warschau, verfügen. Das Abkommen sieht vor, daß die polnische Regierung vom 1. März 1963 an diejenigen Zlotys, welche die Vereinigten Staaten nicht benötigen, in Raten von höchstens 2 810 000 Dollar im Jahr gegen Dollar zurückkaufen wird.

Die polnische Regierung hat den Wunsch zum Ausdruck gebracht, zusätzliche Käufe landwirtschaftlicher Er-

zeugnisse, anderer Rohstoffe sowie landwirtschaftlicher und industrieller Maschinen und Ausrüstungsgegenstände auf Kredit oder gegen Zlotys in den Vereinigten Staaten zu tätigen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich bereit erklärt, mit der polnischen Regierung zu einem für beide Seiten passenden Zeitpunkt über solche zusätzlichen Käufe zu verhandeln und in Verbindung damit im besonderen die erforderlichen Maßnahmen zu erwägen, die Polen befähigen, solche Käufe in den Vereinigten Staaten zu finanzieren. Da es unter den Bedingungen des vorliegenden Abkommens nicht möglich gewesen ist, den gegenwärtigen Bedürfnissen der polnischen Agrarwirtschaft im Hinblick auf die Versorgung mit Brotgetreide voll entgegenzukommen, die Vereinigten Staaten jedoch der Möglichkeit Rechnung tragen, daß Entscheidungen der polnischen Regierung über ihre Getreidepolitik für die Jahre 1958—1959 in nächster Zukunft getroffen werden müssen, ist die Regierung der Vereinigten Staaten, falls sie von der polnischen Regierung darum ersucht wird, bereit, die Möglichkeit zukünftiger Verkäufe einer zusätzlichen Menge von Brotgetreide durch die Regierung der Vereinigten Staaten gemäß den Bestimmungen des Titels I des Public Law 480 zu erörtern.

Die beiden Regierungen sind ferner übereingekommen, auf normalem diplomatischem Wege weitere Wege und Mittel einer Erleichterung des Handels zwischen den Vereinigten Staaten und Polen zu erörtern, einschließlich der Möglichkeit, daß die Vereinigten Staaten auf Polen die Meistbegünstigungsklausel anwenden.

Frühere Abkommen zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten und Polens, die am 7. Juni 1957 und am 14. August 1957 abgeschlossen wurden, sahen Kredit-



und Kaufabmachungen für die Lieferung von Waren mit einem Exportwert in Höhe von 95 Millionen Dollar nach Polen vor. Der größte Teil dieser Waren ist jetzt gekauft und nach Polen verschifft worden. Gemäß den im Jahre 1957 getroffenen Vereinbarungen unter Public Law 480, welche die Lieferung landwirtschaftlicher Waren mit einem Exportwert von 65 Millionen Dollar vorsahen, hat die Regierung der Vereinigten Staaten rund 407 000 Tonnen Weizen, 41 300 Tonnen Baumwolle, 17 200 Tonnen Talg und 1000 Tonnen Sojabohnenöl nach Polen geliefert, und weitere 6000 Tonnen Baumwolle werden in Kürze verschifft werden. Unter dem 30-Millionen-Dollar-Kredit des Abkommens vom 7. Juni 1957, der von der Export-Import-Bank bereitgestellt wurde, sind zusätzlich 111 000 Tonnen Weizen, 57 000 Tonnen Sojabohnen und 2000 Tonnen Baumwolle nach Polen geliefert worden. Käufe von Bergwerksausrüstungen, die in diesen Kredit mit einem Betrag von 4 Millionen Dollar einbezogen wurden, sind ebenfalls getätigt worden, und die Ausrüstung wird in Kürze verschifft werden.

Die Auslieferung der Waren, die unter den im Jahre 1957 geschlossenen Abkommen geliefert wurden, hat zur Auffüllung der Getreidereserven in Polen sowie zur Verbesserung der Versorgung mit bestimmten, von der polnischen Industrie benötigten Rohstoffen geführt.

Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Polens werden in Kürze Verhandlungen über eine Pauschal-Regelung der amerikanischen Vermögensansprüche durch

die polnische Regierung beginnen. Die Regierung der Vereinigten Staaten überprüft gegenwärtig die Angaben über den Schätzwert der Ansprüche, die sich aus der Verstaatlichung oder anderen Beschlagnahmungen amerikanischen Eigentums durch die polnischen Behörden herleiten. Die Verhandlungen mit der polnischen Regierung über die Festsetzung der Pauschal-Abfindung werden beginnen, sobald diese Ansprüche geprüft worden sind.

Die Wirtschaftsbesprechungen wurden für die Regierungen der Vereinigten Staaten und Polens von folgenden Vertretern geführt:

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von  
Wilson T. M. Beale, Jr., Stellvertretender Unterstaatssekretär für Wirtschaftsangelegenheiten;  
Marshall M. Smith, Stellvertretender Unterstaatssekretär für internationalen Handel;  
Horace J. Davis, Landwirtschaftsministerium;  
David Richardson, International Cooperation Administration;

Frederick M. Cone, Export-Import-Bank;

Für die polnische Regierung von

Tadeusz Lychowski, Gesandter, Botschaft der Polnischen Volksrepublik;

Stanislaw Raczkowski, Finanzberater, Botschaft der Polnischen Volksrepublik;

Edward Iwaszkiewicz, Direktor der Polnischen Einkaufsagentur, Botschaft der Polnischen Volksrepublik.

## Gemeinsame Erklärung vom 15. Februar 1958 über die Wirtschaftsverhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Polen

Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Regierungsvertretern der Vereinigten Staaten und Polens, die am 31. Oktober 1957 begannen, wurden heute abgeschlossen.

Im Ergebnis dieser Verhandlungen haben die beiden Regierungen Vereinbarungen über die Lieferung landwirtschaftlicher und anderer Erzeugnisse von den Vereinigten Staaten nach Polen wie folgt getroffen:

1. Gemäß den Richtlinien des Agricultural Trade Development and Assistance Act werden die Vereinigten Staaten Polen gegen Bezahlung in Landeswährung entsprechend einer zwischen den beiden Regierungen getroffenen Vereinbarung Weizen, Baumwolle, Futtermittel, Pflanzenöle und Trockenmilch verkaufen. Der Exportwert der Güter, die unter diese Vereinbarung fallen, beträgt zusammen mit den Transportkosten der Waren, die von unter amerikanischer Flagge fahrenden Schiffen befördert werden, 73 Millionen Dollar.

2. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird der polnischen Regierung einen Kredit bis zur Höhe von 25 Millionen Dollar, der von der Export-Import-Bank in Washington bereitgestellt wird, für den Ankauf zusätzlicher Landwirtschaftserzeugnisse, anderer Rohstoffe und verschiedener Maschinen und Ausrüstungsgegenstände sowie für die Bezahlung der Transportkosten gewähren. Der Kredit ist in Dollar zurückzuzahlen und wird mit 4½ vH verzinst. Der größte Teil des Kredites wird in einem Zeitraum von 20 Jahren amortisiert, beginnend im Jahre 1963.

3. Das Abkommen gemäß dem Agricultural Trade Development and Assistance Act sowie der von der Export-Import-Bank bereitgestellte 25-Millionen-Dollar-

Kredit geben Polen die Möglichkeit, in den Vereinigten Staaten folgende Einkäufe zu tätigen:

| Ware   | Menge<br>(ungefährer<br>Wert<br>in Tonnen) | Ungefährer<br>Exportwert<br>in Millionen<br>Dollar |
|--|--|--|
| <i>Abkommen über landwirtschaftliche Ueberschußprodukte<br/>(Public Law 480)</i> |  |  |
| Weizen . . . . .   | 400 000                                    | 25,7   |
| Gerste . . . . .   | 165 000                                    | 7,2  |
| Mais . . . . .   | 50 000                                     | 2,6  |
| Hirse . . . . .  | 20 000                                     | 0,8  |
| Baumwolle . . . . .  | 100 000 Ballen                             | 16,8   |
| Sojabohnenöl und / oder<br>Baumwollöl . . . . .                                  | 26 000                                     | 9,9  |
| Trockenmilch . . . . .   | 15 000                                     | 3,3  |
| Seetransport (geschätzter Wert) . . . . .  |  | 6,7  |
|  |  | 73,0   |

### Kredit der Export-Import-Bank

|   |      |
|---|------|
| Maschinen und Ausrüstung für die Nahrungsmittel-,<br>Leder-, Textil- und Metallindustrie . . . . .                                  | 5,4  |
| medizinische Geräte . . . . .   | 1,0  |
| Posten zur Ergänzung der industriellen Produktion,<br>wie Drahtseile, Handmotorsägen, Antriebsketten,<br>Schleifmittel usw. . . . . | 4,0  |
| ungegerbte Häute und Felle . . . . .  | 2,4  |
| Kunstseidengarne (Rayon) . . . . .  | 1,0  |
| Synthetische Fasern wie Dynel, Orlon . . . . .  | 1,0  |
| Kunststoffe . . . . .   | 1,0  |
| Konserven von Citrusfrüchten (Säfte und Schnitze)<br>Seetransport (geschätzter Wert) . . . . .                                      | 0,2  |
|   | 9,0  |
|   | 25,0 |



## Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Polnischen Volksrepublik über landwirtschaftliche Überschußprodukte

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Regierung der Polnischen Volksrepublik, In Anerkennung des Wunsches, den Handel in landwirtschaftlichen Erzeugnissen zwischen ihren beiden Ländern in einer Weise auszudehnen, welche den üblichen Absatz dieser Erzeugnisse durch die Vereinigten Staaten nicht beeinträchtigt und die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Güter nicht ungebührlich beeinflusst;

In der Erwägung, daß der Verkauf von in den Vereinigten Staaten hergestellten landwirtschaftlichen Gütern gegen Zlotys dazu beitragen wird, solch eine Ausweitung des Handels zu erreichen;

In dem Wunsche, die Abmachungen, nach denen die Verkäufe landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Titel I des abgeänderten Agricultural Trade Development and Assistance Act von 1954 getätigt werden, und die Maßnahmen, welche die beiden Regierungen einzeln und gemeinsam zur Förderung des Handels in solchen Gütern treffen werden, zu präzisieren, sind wie folgt übereingekommen:

### Artikel I

#### Verkäufe gegen Landeswährung

Unter Vorbehalt der Erteilung von Einkaufsgenehmigungen durch die Regierung der Vereinigten Staaten und deren Annahme durch die Regierung der Polnischen Volksrepublik verpflichtet sich die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, den Verkauf folgender landwirtschaftlicher Erzeugnisse gemäß Titel I des abgeänderten Agricultural Trade Development and Assistance Act von 1954 an von der Regierung der Polnischen Volksrepublik bevollmächtigte Käufer zu finanzieren:

| Ware   | Wert<br>(in Millionen Dollar) |
|--|-------------------------------|
| Weizen . . . . .                             | 25,7                          |
| Gerste . . . . .                             | 7,2                           |
| Mais . . . . .                               | 2,6                           |
| Hirse . . . . .                              | 0,8                           |
| Baumwolle . . . . .                          | 16,8                          |
| Sojabohnenöl und / oder Baumwollöl . . . . . | 9,9                           |
| Trockenmilch . . . . .                       | 3,3                           |
| Transportkosten . . . . .                    | 6,7                           |
|  | 73,0                          |

Einkaufsgenehmigungen werden nicht später als 90 Kalendertage nach Inkrafttreten dieses Abkommens ausgegeben. Sie schließen Vorschriften für die Beschaffung und Auslieferung der Waren, für die Zeit und Bedingungen der für solche Käufe einzuzahlenden Zlotys und für andere diesbezügliche Fragen ein.

### Artikel II

#### Verwendung der Zlotys

1. Die beiden Regierungen kommen überein, daß die Zlotys, welche die Regierung der Vereinigten Staaten für die Verkäufe gemäß diesem Abkommen erhält, von der Regierung der Vereinigten Staaten entsprechend Abschnitt 104 des abgeänderten Agricultural Trade

Development and Assistance Act von 1954 verwendet werden:

für die Erschließung neuer Märkte für amerikanische landwirtschaftliche Erzeugnisse entsprechend Unterabschnitt a);

zur Finanzierung des Ankaufes von Gütern oder Dienstleistungen für andere Länder, entsprechend Unterabschnitt d);

zur Begleichung von Verbindlichkeiten der Vereinigten Staaten entsprechend Unterabschnitt f);

zur Finanzierung des Kulturaustausches entsprechend Unterabschnitt h);

zur Finanzierung der Uebersetzung, Publikation und Verteilung von Büchern und Zeitschriften entsprechend Unterabschnitt i).

2. Die gemäß diesem Abkommen anfallenden Zlotys werden von der Regierung der Vereinigten Staaten für die in Absatz 1 dieses Artikels festgesetzten Zwecke in einer Art und Reihenfolge, welche die Regierung der Vereinigten Staaten bestimmt, ausgegeben. Es wird vereinbart, daß die beiden Regierungen im Falle des Ankaufs von Gütern oder Dienstleistungen für andere Länder über Typen, Mengen und Preise miteinander verhandeln werden.

### Artikel III

#### Hinterlegung von Zlotys

1. Der auf das Konto der Vereinigten Staaten einzuzahlende Zlotybetrag soll der durch die Regierung der Vereinigten Staaten erstattete oder vorfinanzierte Dollarwert der gelieferten Waren sein, umgerechnet in Zloty zum höchsten aller Kurse (d. h. der höchste Zloty-Betrag pro US-Dollar), die von der Regierung der Polnischen Volksrepublik oder einer ihrer Dienststellen festgesetzt und am Tage der Dollarauszahlungen seitens der Vereinigten Staaten gültig sind. Dieser Dollarwert versteht sich einschließlich Seefracht und Transportkosten, die gemäß dem Abkommen durch die Regierung der Vereinigten Staaten erstattet oder vorfinanziert werden, ausgenommen Sonderkosten für Seefracht, die aus einem Verlangen der Vereinigten Staaten entstehen, daß diese Erzeugnisse mit Schiffen unter amerikanischer Flagge befördert werden sollen.

2. Die beiden Regierungen sind übereingekommen, daß folgendes Verfahren bezüglich der Einzahlung von Zlotys auf das Konto der Vereinigten Staaten angewandt werden soll:

a) Am Tage der Einzahlung solcher Zlotys auf das Konto der Vereinigten Staaten werden diese zum selben Wechselkurs, zu dem sie eingezahlt wurden, umgerechnet und der Regierung der Vereinigten Staaten auf einem in Dollar geführten Sonderkonto der Polnischen Nationalbank gutgeschrieben.

b) Bei Abhebungen von Zlotys von diesem in Dollar geführten Sonderkonto der Vereinigten Staaten zu den in Artikel II dieses Abkommens umschriebenen Zwecken, ausgenommen den Ankauf von Waren oder Dienstleistungen für andere Länder, wird von der Polnischen Nationalbank der höchste aller Kurse (d. h. der höchste Zloty-Betrag pro US-Dollar) angewendet, die von der Regierung der Polnischen Volksrepublik oder einer ihrer Dienst-



stellen festgesetzt und am Tage der Abhebung gültig sind; wenn dieser Kurs allerdings ungünstiger wäre als der, zu dem die Zlotys gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels eingezahlt wurden, soll der in Absatz 1 genannte Kurs angewendet werden.

c) Die Begleichung des Kaufs von Gütern oder Dienstleistungen für andere Länder, auf die in Artikel II des vorliegenden Abkommens Bezug genommen wird, soll erfolgen, indem das in Dollar geführte Sonderkonto mit dem Dollarwert solcher zwischen beiden Regierungen vereinbarten Ankäufe belastet wird.

d) Wenn auf diesem in Dollar geführten Sonderkonto nach dem 1. März 1963 noch ein bis dahin nicht verwendetes Guthaben verbleibt, so erklärt sich die Regierung der Polnischen Volksrepublik damit einverstanden, daß die Polnische Nationalbank der Regierung der Vereinigten Staaten, falls diese es wünscht, vom 1. März 1963 an und an jedem folgenden 1. März den Betrag von jährlich 2 810 000 Dollar in amerikanischer Währung gegen entsprechende Belastung des in Dollar geführten Sonderkontos auszahlt.

#### Artikel IV

##### Allgemeine Verpflichtungen

1. Die Regierung der Polnischen Volksrepublik verpflichtet sich, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, daß gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens gekaufte landwirtschaftliche Ueberschußprodukte in andere Länder weiterverkauft oder geliefert oder zu anderen als binnenwirtschaftlichen Zwecken verwendet werden (es sei denn, Weiterverkauf, Weiterlieferung oder sonstige Verwendung wurden ausdrücklich

von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika genehmigt), und zu garantieren, daß der Ankauf solcher Erzeugnisse nicht benutzt wird, um zusätzliche Mengen solcher oder ähnlicher Waren für den Export in andere Länder frei zu machen.

2. Die beiden Regierungen sind übereingekommen, geeignete Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, um zu garantieren, daß Ver- oder Ankäufe landwirtschaftlicher Ueberschußprodukte gemäß diesem Abkommen die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht ungebührlich beeinflussen und den üblichen Absatz dieser Erzeugnisse durch die Vereinigten Staaten nicht beeinträchtigen.

#### Artikel V

##### Konsultation

Die beiden Regierungen werden auf Ersuchen einer von ihnen über alle Angelegenheiten beraten, die mit der Anwendung dieses Abkommens oder mit der Ausführung von gemäß diesem Abkommen getroffenen Abmachungen zusammenhängen.

#### Artikel VI

##### Inkrafttreten

Das Abkommen tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Vertreter, die dazu in gehöriger Form bevollmächtigt waren, das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

Geschehen zu Washington am 15. Tage des Februar 1958 in zwei Ausfertigungen, eine in englischer und eine in polnischer Sprache.

### Notenwechsel über den Wechselkurs

#### Amerikanische Note

Exzellenz,

ich habe die Ehre, mich auf das heute unterzeichnete Abkommen über landwirtschaftliche Ueberschußprodukte zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Polnischen Volksrepublik und im besonderen auf Artikel III, Absatz 1 betreffend den Wechselkurs für die Hinterlegung von Zlotys durch die Regierung der Polnischen Volksrepublik als Zahlung für landwirtschaftliche Ueberschußprodukte zu beziehen.

Ich möchte bekräftigen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten das Abkommen so versteht, daß, solange keine Aenderung des gegenwärtigen polnischen Wechselkurssystems stattfindet, ein Kursverhältnis von 24 Zloty zu einem Dollar als „der höchste aller Kurse (d. h. der höchste Zloty-Betrag pro US-Dollar) die von der Regierung der Polnischen Volksrepublik oder einer ihrer Dienststellen festgesetzt sind“, angesehen wird.

Ich würde es begrüßen, die Bestätigung Eurer Exzellenz zu obiger Auffassung zu erhalten.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die erneute Versicherung meiner größten Hochachtung.

Für den Staatssekretär:

Wilson T. M. Beale, Jr.

Stellvertretender Unterstaatssekretär für  
Wirtschaftsangelegenheiten

#### Polnische Note

Exzellenz,

ich habe die Ehre, mich auf Ihre Note vom 15. Februar 1958 zu beziehen, die wie folgt lautet:

(es folgt die obenstehende amerikanische Note)

Ich habe die Ehre, im Namen meiner Regierung die in obenstehender Note dargelegte Auffassung zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner größten Hochachtung.

Tadeusz Lychowski  
Gesandter

## Die Stellungnahme der Vereinigten Staaten zum Rapacki-Plan

### Redaktionelle Vorbemerkung

Am 14. Februar 1958 überreichte die polnische Regierung den Vereinigten Staaten und einer Reihe europäischer Länder ein Memorandum, in dem gewisse Präzisierungen zum Rapacki-Plan einer atomwaffenfreien Zone

gegeben wurden (vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 5—6/1958, S. 10 602). Die unten wiedergegebene Antwort der amerikanischen Regierung wurde vom amerikanischen Botschafter in Warschau am 3. Mai 1958 überreicht.



## Note der Vereinigten Staaten an die polnische Regierung vom 3. Mai 1958

Exzellenz,

ich habe die Ehre, den Empfang der Note von Außenminister Rapacki vom 14. Februar 1958 mit dem Memorandum zu bestätigen, das die Vorschläge der polnischen Regierung für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa im einzelnen darlegt.

In Anerkennung der Tatsache, daß die Initiative der polnischen Regierung dem Wunsch entstammt, zur Erlangung eines stabilen und beständigen Friedens beizutragen, hat die amerikanische Regierung diese Vorschläge ernsthaft und sorgfältig geprüft. Auf der Grundlage dieser Prüfung ist sie zu dem Schluß gekommen, daß diese Vorschläge im Umfang zu begrenzt sind, um die Gefahr eines Atomkrieges zu vermindern oder eine verlässliche Basis für die Sicherheit Europas zu bieten. Sie befassen sich weder mit dem wesentlichen Problem der fortgesetzten Kernwaffenproduktion durch die derzeitigen Atommächte, noch setzen sie die Tatsache in Rechnung, daß die augenblicklichen wissenschaftlichen Techniken nicht ausreichen, um vorhandene Kernwaffen zu entdecken. Der vorgeschlagene Plan betrifft auch nicht die eigentlichen Machtzentren, die zur Führung eines Atomangriffs in der Lage sind, und damit würde seine Wirksamkeit von den guten Absichten der Länder abhängen, die außerhalb dieses Gebietes liegen. Die Vorschläge übersehen die zentralen Probleme der europäischen Sicherheit, weil sie keine Methode für eine ausgeglichene und gerechte Begrenzung der militärischen Kräfte an die Hand geben und die eigentliche Ursache der Spannung in Europa verewigen würden, indem sie die Fortsetzung der Spaltung Deutschlands akzeptieren.

Ein Abkommen, welches darauf begrenzt wäre, das von Ihrer Regierung angeführte Gebiet von Kernwaffen freizuhalten, ohne daß andere Arten der Begrenzung gegeben sind, würde — selbst wenn es einer Inspektion unterworfen werden könnte — die Sicherheit der westeuropäischen Länder angesichts der Größe und über einen weiten Raum stationierten militärischen Kräfte der Sowjetunion gefährden. Wenn nicht mit Kernwaffen ausgerüstet, würden sich die westlichen Streitkräfte in Deutschland unter den gegenwärtigen Umständen gegenüber der zahlenmäßig größeren Masse der Sowjettruppen, die in geringer Entfernung von Westeuropa stationiert und — wie dies die sowjetischen Führer kargestellt haben — mit den modernsten und zerstörerischsten Waffen, einschließlich Raketen aller Art, ausgerüstet sind, erheblich im Nachteil befinden.

Die oben angeführten Erwägungen haben die Vereinigten Staaten veranlaßt, in Verbindung mit anderen westlichen Mächten den Vorschlag zu machen, daß die Staaten die Produktion von Kernwaffenmaterial stoppen, die Versuche mit derartigen Waffen einstellen und damit beginnen, ihre gegenwärtigen Waffenvorräte zu reduzieren. Die Vereinigten Staaten haben weiter vorgeschlagen, umfassendere Inspektionsgebiete gegen einen Ueberraschungsangriff zu schaffen, darunter ein Gebiet in Europa, das etwa von Großbritannien bis zum Ural reicht. Wir sind auch weiterhin hierzu bereit. Sie werden sich außerdem erinnern, daß die Westmächte bei den Londoner Abrüstungsverhandlungen vorschlugen, über eine begrenzte Zone in Europa zu diskutieren. Was die Raketen anbetrifft, so werden Sie sich erinnern, daß die Vereinigten

Staaten vor mehr als eineinhalb Jahren vorschlugen, mit der Prüfung der Inspektion und Kontrolle zu beginnen, die notwendig ist, um die Verwendung des Weltraumes für ausschließlich friedliche Zwecke sicherzustellen, die jetzt durch die Entwicklung von solchen neuartigen Flugkörpern wie den interkontinentalen Raketen und den Raketengeschossen mittlerer Reichweite bedroht wird.

Die Vereinigten Staaten haben zusammen mit anderen westlichen Ländern ebenfalls vorgeschlagen, daß eine umfassende und wirksame europäische Sicherheitsvorkehrung in Verbindung mit der Wiedervereinigung Deutschlands getroffen wird. Die vorgeschlagenen Abmachungen würden sowohl für eine Begrenzung der Streitkräfte als auch der Rüstungen Sorge tragen sowie Maßnahmen für die Verhinderung eines Ueberraschungsangriffs in diesem Gebiet und Sicherheiten für Gegenmaßnahmen im Falle einer Aggression vorsehen.

In Ihrer Note wird davon gesprochen, daß das Vorhandensein gegnerischer Militärgruppierungen in Mitteleuropa für die Spannung in diesem Gebiet verantwortlich ist. Es sollte nicht notwendig sein, daran zu erinnern, daß die gegenwärtige Teilung Europas in erster Linie aus der Entscheidung der Sowjetunion herrührt, den osteuropäischen Ländern die Teilnahme an dem europäischen Wiederaufbauplan nicht zu gestatten. Es ist auch nicht notwendig, die zahlreichen Versicherungen zu wiederholen, die hinsichtlich des defensiven Charakters der Nordatlantikpaktorganisation gegeben worden sind, der sich in ihrer gesamten Organisations- und Kommandostruktur widerspiegelt. Die gesamte Geschichte der Schaffung und Entwicklung dieser Organisation legt dafür Zeugnis ab, obwohl man sich von einigen Seiten immer wieder bemüht, es anders darzustellen.

Solange wirksame Vorkehrungen entweder allgemeiner oder regionaler Natur, die eine wahre Sicherheit fördern würden, fehlen, und angesichts der gegenwärtigen Politik und der gegenwärtigen Rüstung der Sowjetunion haben die Länder Westeuropas zusammen mit Kanada und uns, die wir mit ihnen verbündet sind, keine andere Möglichkeit, als den erforderlichen Rahmen der integrierten militärischen Stärke der NATO zu entwickeln und sich für defensive Zwecke die moderne Entwicklung auf dem Gebiet der Waffen und der Technik zunutze zu machen.

Die Auffassungen, die ich im Namen meiner Regierung hier dargelegt habe, zeigen die Hauptgründe auf, warum die Vereinigten Staaten der Ansicht sind, daß die Vorschläge der polnischen Regierung für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa nicht dazu beitragen würden, ihre wiederholt zum Ausdruck gebrachten Ziele zu fördern. Trotzdem wissen die Vereinigten Staaten die Initiative der polnischen Regierung bei der Suche nach einer Lösung dieser Probleme zu würdigen. Die Vereinigten Staaten hoffen, daß dieser Notenwechsel die polnische Regierung in die Lage versetzen wird, die amerikanischen Vorschläge hinsichtlich der europäischen Sicherheit und der Abrüstung besser zu verstehen. Ich bin überzeugt, daß die verbesserten Beziehungen zwischen Polen und den Vereinigten Staaten als Grundlage für eine bessere Verständigung zwischen unseren beiden Ländern sowohl hinsichtlich dieser Probleme als auch in bezug auf andere Fragen dienen werden.

Quelle: *Amerika-Dienst* vom 9. Mai 1958.



## Informationen und Berichte

### Die OEEC und der Gemeinsame Markt

#### *Eine Studie zur Freihandelszone*

Die OEEC veröffentlichte am 15. April 1958 eine Studie von Marc Quin, einem Mitglied ihres Sekretariats, unter dem Titel „L'OEEC et le Marché Commun“. Mit dem entschiedenen und bewußt provozierenden Untertitel „Warum Europa eine Wirtschaftsunion von 17 Ländern braucht“ gibt der Verfasser seiner Arbeit den Charakter eines Pamphlets. Er präsentiert die Broschüre damit als ein persönliches — wenn auch von der OEEC weitgehend gebilligtes — Plädoyer zugunsten der Freihandelszone, und zwar in einem Augenblick, da durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung die FHZ-Verhandlungen gefährlich ins Stocken geraten sind.

Der Verfasser zeigt, wie die anfänglich ergebnislosen Bemühungen der OEEC um weitere Zollsenkungen in Europa nach langen Verhandlungen schließlich im März 1957 in den EWG-Vertrag einmündeten. Damit war das Zollproblem innerhalb der OEEC aber nur zum Teil gelöst. Mit der EWG wurde nämlich das mühsam erarbeitete Prinzip der Nichtdiskriminierung — das u. a. in der Funktionsweise der Europäischen Zahlungsunion seinen unmittelbaren Ausdruck fand — verletzt. Denn die allmähliche Beseitigung der Zölle in der EWG führt automatisch zu Diskriminierungen gegenüber den übrigen OEEC-Ländern. Damit war die weitere Zusammenarbeit im Rahmen des Wirtschaftsrates ernsthaft gefährdet. Als Ausweg aus diesem Dilemma bot sich eine europäische Freihandelszone an, die im Entwurf seit Juli 1956 im Rahmen der OEEC diskutiert wird und jetzt den sechs EWG-Ländern zur Stellungnahme vorliegt.

Der Begriff der Freihandelszone ist im GATT-Abkommen enthalten und beinhaltet hier eine — vom GATT zu genehmigende — Abweichung vom Grundsatz der Meistbegünstigung. Das bedeutet, daß nur in Ausnahmefällen ein Land berechtigt ist, gegenüber Mitgliedsländern des GATT verschiedene Zollsätze für ein Produkt anzuwenden. Damit wurden von vornherein gewisse Zolldifferenzierungen zugelassen, wie sie bei Schaffung des GATT bereits bestanden hatten (Beispiele hierfür sind das Commonwealth-Präferenzsystem oder das Zollabkommen zwischen Frankreich und seinen überseeischen Gebieten).

Die Studie erinnert in diesem Zusammenhang an ein historisches Faktum: bei den Verhandlungen über die Havanna-Charta, der Vorläuferin des GATT, ist der Begriff der Freihandelszone auf Antrag der französischen Delegation in die Satzung aufgenommen worden. Zweierlei wird damit widerlegt: daß die FHZ eine „britische Erfindung“ sei und daß ihre Bedeutung darin bestehe, die Wirtschafts- und Handelsdoktrin eines längst überholten Liberalismus, unter Aufopferung der berechtigten sozialen Ansprüche an die Wirtschaftspolitik, wieder aufleben zu lassen.

Warum also, so fragt der Autor, machen die übrigen OEEC-Länder nicht von Art. 237 des EWG-Vertrags Gebrauch und schließen sich dem Gemeinsamen Markt an? Einmal würde der Gemeinsame Markt der Sechs, innerhalb dessen ein Ausgleich der Vorteile und Lasten angestrebt worden ist, durch den Beitritt anderer Länder

sein wirtschaftliches Gleichgewicht verlieren. Er müßte von Grund auf neu ausgehandelt werden, und eine nochmalige Ratifizierung in allen Mitgliedstaaten würde erforderlich werden. Zum anderen sind aber auch die elf anderen OEEC-Länder durchaus nicht geneigt, sich der EWG anzuschließen. Sofern sie Niedrigzollländer sind (beispielsweise die skandinavischen Länder und die Schweiz), müßten sie eine Erhöhung ihrer Zölle beim Eintritt in den Gemeinsamen Markt befürchten und damit eine Beeinträchtigung ihrer Handelsposition. Für Großbritannien würde ein Beitritt zum Gemeinsamen Markt die Aufgabe des Commonwealth-Vorzugszollsystems voraussetzen, ein Preis, den man weder im Interesse Großbritanniens selbst noch im Interesse Europas und der Welt fordern sollte. Wieder andere Länder (wie Oesterreich und die Schweiz) verfolgen eine Politik der Neutralität, die sich mit der Mitgliedschaft in der EWG schlecht vereinbaren läßt. In allen diesen Ländern aber scheint schließlich die öffentliche Meinung zu einem so weitgehenden wirtschaftlichen und politischen Obligo, wie es der Gemeinsame Markt fordern würde, noch nicht genügend vorbereitet zu sein.

Die Alternative besteht folglich in der Verbindung zwischen der EWG und den 11 übrigen europäischen Ländern oder — auch das untersucht der Bericht — in bilateralen Abmachungen zwischen den Sechs und jedem einzelnen der Elf (sowie zwischen den elf Ländern untereinander). Mit diesem Netzwerk von bilateralen Verträgen wären freilich die Fortschritte des europäischen Multilateralismus gründlich zunichte gemacht und ein Rückfall in die Zeit des „handelspolitischen Tauziehens“ unvermeidbar. Somit bleibt als sinnvolle Alternative der Entwurf zu einer europäischen Freihandelszone, an der auch die EWG-Länder ein starkes wirtschaftliches Interesse haben sollten. Ihr Außenhandel insgesamt macht ein Fünftel ihres Nationaleinkommens aus, wovon sie, wenn man den Güteraustausch untereinander einmal unberücksichtigt läßt, 30 vH in die übrigen OEEC-Partnerländer exportieren. Gerade dieser Teil ihres Außenhandels bringt der EWG jährlich einen Ueberschuß von 1,5 Milliarden Dollar, so daß ihr Bestreben, den gesamteuropäischen Handel möglichst noch zu intensivieren, keinesfalls aber beeinträchtigen zu lassen, im wohlverstandenen Selbstinteresse der EWG-Länder liegt.

Sehr eingehend werden die während der vergangenen beiden Jahre diskutierten Probleme und Schwierigkeiten der FHZ dargestellt; beispielsweise das unlösbar erscheinende Problem der Ursprungskontrolle, die Harmonisierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sowie der Gesetzgebung, die Freizügigkeit von Arbeit und Kapital, die Notwendigkeit von Ausweichklauseln, Fragen der Landwirtschaft, die Vorzugsstellung Großbritanniens im Commonwealth u. ä. Hier sei als Beispiel die Darstellung des Sonderproblems der unterentwickelten Länder herausgegriffen. Der Vorwurf gegen die FHZ gehe dahin, so sagt Quin, daß sie eine Verbindung von wirtschaftlich sehr heterogenen Partnern anstrebe, während die EWG eine Union von sechs im großen und ganzen gleichartigen Volkswirtschaften, mit etwa gleichem Stand wirtschaftlicher Entwicklung, darstelle. Es sei aber



fraglich, ob das wirtschaftliche Gefälle zwischen den Sechs tatsächlich geringer ist als das zwischen den skandinavischen Ländern, der Schweiz, Oesterreich und Großbritannien.

Gleichwohl gebe es unter den Elf einige Länder mit ganz spezifischen Entwicklungsproblemen und Wachstumsschwierigkeiten. Gerade diese könnten ihre Schutzmaßnahmen, insbesondere die Einfuhrkontrollen, nicht im gleichen Tempo abbauen wie die hochentwickelten Industriestaaten, gegen die sie mit ihrer geringeren Produktivität zu konkurrieren hätten. Ihre Sorge richte sich vornehmlich auf Absatzmärkte für ihre Agrarprodukte, auf Entwicklungskapital und technische Hilfen zur Förderung und zum Neuaufbau eigener Industrien. Trotz dieser Schwierigkeiten könne man solche Länder, die ja allesamt loyale Mitglieder der OEEC seien, nicht aus der FHZ ausschließen, vor allem aus politischen Gründen nicht. Es wäre also Aufgabe der anderen, diese schwächeren Partner durch eine freizügigere Importpolitik zu unterstützen und ihnen mit finanziellen Mitteln und technischer Hilfe die Anpassung zu erleichtern. Die dazu erforderliche Uebergangszeit, in deren Verlauf die Entwicklungsländer ihre Industrien allmählich der europäischen Konkurrenz aussetzen wollen, müsse deshalb notwendig länger sein als für die übrigen FHZ-Partner.

Aus dem Katalog dieser zum Teil freilich noch ungelösten Probleme geht jedenfalls so viel hervor — so schließt der Autor seine ausgewogene und trotz der Kürze umfassende Studie —, daß die gelegentlich vorgebrachte Befürchtung, die Freihandelszone bleibe hinter den wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen zurück, zu Unrecht bestehe. Zwar habe die Freihandelszone in der Tat keine politische Föderation Europas zum Ziel; aber schon der Versuch, eine Spaltung Europas zwischen den Sechs und den übrigen elf Ländern zu verhindern, müsse als ein politisches Moment ersten Ranges angesehen werden, ebenso wie die Aussicht auf eine Erhöhung des Lebensstandards in dem erweiterten europäischen Markt. Den EWG-Ländern komme dabei das Verdienst zu, den Anstoß zur FHZ gegeben und den Weg geebnet zu haben, auf dem im Verein mit den elf übrigen Ländern eine europäische Wirtschaftsunion möglich geworden ist.

N. Kohlhasse

### Die 13. Tagung der ECE<sup>1</sup>

#### *Die Atmosphäre der Konferenz*

Die 13. Tagung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE), die vom 9. bis zum 24. April 1958 in Genf abgehalten wurde, fand in der westlichen Welt vergleichsweise wenig Beachtung und Widerhall, obwohl die Beteiligung sehr stark war und 29 Länder mit größeren Delegationen vertreten waren. Wie zu erwarten, standen im Mittelpunkt der Diskussionen die hergebrachten europäischen Probleme, die schon seit Jahren Gegenstand des Meinungsaustausches der Gesamtheit der europäischen Nationen sind. Die brennenden Fragen der ökonomischen Auswirkungen, welche die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Mitglieder selbst und für die übrigen europäischen Nationen haben kann und wird, wurden ebenso wie die

Probleme der etwaigen Bildung einer europäischen Freihandelszone wegen der Schwierigkeiten, sie schon zu diesem Zeitpunkt gedanklich erschöpfend zu klären, der Behandlung auf einer späteren Tagung vorbehalten. Hinzu kam, daß die intersessionelle Konferenz aller Signatarstaaten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens<sup>2</sup> während der letzten Sitzungstage der ECE parallel lief und gerade die Probleme zum Diskussionsgegenstand hatte, die der Vertrag zur Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die übrigen GATT-Mitglieder aufwirft, zu denen eine Vielzahl von europäischen Ländern gehört. So muten die zum Abschluß der ECE-Tagung gefaßten 14 Resolutionen über die Arbeit der Kommission im kommenden Jahr sehr traditionell an, wenngleich ihre strikte Durchführung neue und weittragende ökonomische Folgen haben dürfte.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der seit einem Jahr als Nachfolger von Gunnar Myrdal amtierende ECE-Generalsekretär Sakari S. Tuomioja und der zugleich mit seiner Amtsübernahme erneuerte Stab des Sekretariats die intensiven Bemühungen der letzten zehn Jahre werden verstärken müssen, um die immer schwieriger werdende Aufgabe zu lösen, eine für die westliche Welt annehmbare Form der wirtschaftlichen Koexistenz und Kooperation zwischen den europäischen Staatsgebilden verschiedener Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur zu finden.

Auf der soeben abgeschlossenen Tagung schienen zunächst die Ostblockländer unter Führung der Sowjetunion die dominierende Rolle zu spielen, gingen doch alle Entwürfe zu Resolutionen, mit denen der ECE Funktionen übertragen werden sollten, die schon von anderen internationalen Institutionen wahrgenommen werden, auf östliche Initiative zurück. Die Ostblockländer erstrebten vor allem eine Verbesserung des Warenverkehrs unter den Mitgliedern und einen Austausch von Erfahrungen, Informationen, Lizenzen und Patenten solcher Industriezweige, in denen die westlichen Volkswirtschaften einen Vorsprung besitzen, so daß vor allem der Ostblock Nutznießer solcher Beschlüsse geworden wäre. Auch auf dem Gebiete der Energiewirtschaft und zwecks Steigerung der Arbeitsproduktivität sollte eine regelmäßige Kontaktnahme zwischen Ost und West so weit in die Wege geleitet werden, daß eine — gleichfalls von sowjetischer Seite vorgeschlagene — west-östliche Konferenz der Wirtschaftsminister nur die erforderlichen Maßnahmen zu beschließen gehabt hätte. Durch die westliche Stimmenmehrheit in der Kommission wurden die östlichen Resolutionsentwürfe jedoch zurückgewiesen und in eine die berechtigten Interessen aller Beteiligten berücksichtigende Formulierung gefaßt.

Nachdem die westeuropäischen Mitglieder den Standpunkt vertreten hatten, daß die gegenwärtigen Probleme nicht hinreichender und geeigneter Anlaß genug für ein Ministertreffen wären — es sei denn, ein solches würde auf einer Gipfelkonferenz beschlossen —, zog die Sowjetunion ihren Antrag zurück. Daraufhin wurde auch der Gegenvorschlag Großbritanniens und anderer Länder, der nächsten Tagung in der Zwischenzeit vom Committee for the Development of Trade auszuarbeitende Pläne zu unterbreiten und auf eine Ministerkonferenz zu verzichten, aus der Debatte gezogen.

Der Versuch der Ostblockstaaten, die gleichberechtigte Aufnahme der DDR, die gegenwärtig nur durch Be-

<sup>1</sup>) Vgl. den Bericht über die zwölfte ECE-Tagung in Europa-Archiv 13/1957, S. 9967.

<sup>2</sup>) Darüber wird in einer der nächsten Folgen berichtet.



obachter vertreten ist, in die ECE zu erreichen, schlug auch in diesem Jahre fehl: ein entsprechender tschechoslowakischer Antrag wurde von der Mehrheit der Konferenz abgelehnt.

#### *Die Resolutionen*

Immerhin findet man unter den Beschlüssen für das laufende Arbeitsprogramm der Kommission und ihrer Experten-Gruppen an erster Stelle die Resolution, den Austausch von wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Informationen, von Veröffentlichungen dieser Art, von internationalen Bibliographien und von Verzeichnissen der verfügbaren Dokumentarfilme unter den Mitgliedern weiter zu fördern. Wenngleich dieses Ergebnis auch hinter dem zunächst von der Sowjetunion erstrebten Ziel zurückbleibt, so ist damit doch der regelmäßige Wirtschaftskontakt zwischen den Kommissions-Partnern gewährleistet. Zudem wurde beschlossen, die Untersuchung von Energieproblemen durch die Unterkommissionen zu intensivieren. Zukünftig gegenseitig besondere Erleichterungen für Geschäftsreisende, Touristen und Studiengruppen zu gewähren, war Anliegen sowohl der östlichen wie auch der westlichen Ländergruppen. Man hofft, auch auf diese Weise die wirtschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit in sozialen Fragen unter den beteiligten europäischen Ländern zu festigen, mit dem Ziel, den Lebensstandard aller Völker zu verbessern, die Vollbeschäftigung aller Volkswirtschaften zu erreichen und den ökonomischen und sozialen Fortschritt zu fördern.

Neben den Beschlüssen allgemeinen Charakters wurden noch einige mehr spezieller Natur gefaßt, von denen insbesondere hervorzuheben wären die Resolutionen zum Studium a) der Probleme, die durch Gewässerverunreinigungen auftauchen; b) der weltwirtschaftlichen Fragen, die im Zusammenhang mit den Produktionen von Kunststoffen und Chemiefasern und der Verdrängung der natürlichen Rohstoffe auftauchen; c) der Zusammenarbeit bei Produktivitätsberechnungen; und vor allem d) der ökonomischen Aspekte friedlicher Nutzung nuklearer

Energien. Die Entschließung, auch auf dem Konsumgütersektor einen Erfahrungsaustausch über die Produktionstechnik einzuleiten, war hart umstritten, weil die westlichen Volkswirtschaften gerade auf diesem Gebiet einen Vorsprung vor den östlichen besitzen, den sie damit — ohne entsprechende Gegengaben erwarten zu dürfen — preisgeben fürchten.

#### *Die Zukunftsprojekte*

Bevor es zu jenen Beschlüssen kam, widmete sich die Session der Ueberprüfung der bisherigen Tätigkeit der Kommission und ihrer Experten-Gruppen und der langfristigen Zukunftsprojekte. Besondere Aufmerksamkeit schenkte sie den Energieproblemen. Eine Anzahl von Delegierten wies dabei mit Nachdruck auf die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit der europäischen Länder bei der Erschließung neuer Energiequellen, bei der hydroelektrischen Nutzung der viele europäische Länder berührenden Donau und bei der Anlage von Oelleitungen zwischen der Sowjetunion und anderen europäischen Ländern hin. Auch den Fragen einer Belebung des sowjetischen Exports von Erdgas und der polnischen Kohleausfuhr nach westeuropäischen Ländern und des weiteren Ausbaus der jugoslawischen Elektrizitätsgewinnung aus Braunkohle mit kapitalmäßiger Unterstützung anderer interessierter Länder wurden berührt, ohne daß es bereits zu konkreten Beschlüssen über die Durchführung derartiger Projekte kam. Auch der ungarisch-tschechoslowakische Vorschlag, jährlich eine europäische Energie-Bilanz aufzustellen, fand noch keinen entsprechenden Widerhall.

Insgesamt blieb das Ergebnis der Diskussionen und Resolutionen der diesjährigen ECE-Konferenz recht mager. Sie stand zu sehr im Schatten der intersessionalen GATT-Tagung, auf der Probleme von weltwirtschaftlichem Rang zur Debatte standen.

Das Präsidium führte der polnische Nationalökonom Oskar Lange; ihm zur Seite stand als Vizepräsident wiederum der Italiener I. Notarangeli.

*Dr. Hannedore Kahmann*



## Zeittafel vom 1. bis zum 15. Mai 1958

### Die Ereignisse in Europa

#### Bulgarien

- 5.—8. Besuch einer polnischen Partei- und Regierungsdelegation unter Führung des 1. Sekretärs der PVAP, Wladyslaw Gomulka, und des Ministerpräsidenten, Josef Cyrankiewicz. In einer gemeinsamen Erklärung wird die sowjetische Initiative zur Einstellung der Kernwaffenversuche begrüßt, gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland protestiert und die Einberufung einer „Gipfel“-Konferenz gefordert. Versuche, das politische System der osteuropäischen Länder auf einer solchen Konferenz zu erörtern, werden als Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Länder bezeichnet.

#### Dänemark

7. Ministerpräsident Hans C. Hansen erklärt in einem Interview mit der amerikanischen Nachrichtenagentur *United Press*, Dänemark beabsichtige gegenwärtig nicht, ein Angebot auf Lieferung von Mittelstreckenraketen anzunehmen. Zur Begründung dieser Haltung weist Hansen darauf hin, daß Verteidigungsmaßnahmen in dem Gebiet, zu dem Dänemark gehört, stets zu heftigen Reaktionen in den östlichen Ländern geführt hätten. Die Mitarbeit Dänemarks in der NATO werde jedoch von einer klaren Mehrheit des dänischen Volkes unterstützt.

#### Deutschland

1. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, die am 26. April in Ost-Berlin zusammengetreten war, faßt in Berlin-Spandau einen Beschluß zur Frage der atomaren Bewaffnung, in dem sie alle verantwortlichen Politiker bittet, „alles zu tun, was zu einer allgemeinen Abrüstung nicht nur der Atomwaffen, sondern auch der konventionellen Waffen führen kann“. Die Synode bittet die Weltmächte um die Einstellung der Kernwaffenversuche. Die beiden Regierungen in Deutschland werden gebeten, „alles zu tun, um die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu sichern, dem Frieden zu dienen und eine atomare Bewaffnung deutscher Streitkräfte zu vermeiden“. Gleichzeitig wird in dem Beschluß festgestellt, daß innerhalb der Synode tiefe Gegensätze bestünden, die von der Ueberzeugung, daß schon die Herstellung von Massenvernichtungswaffen Sünde vor Gott sei, bis zu der Ueberzeugung reichten, daß in gewissen Situationen ein Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott zu verantworten sei. Zur Frage der Militärseelsorge beschließt die Synode, einen Ausschuß mit der Ueberprüfung des Militärseelsorgevertrages zu beauftragen. In einer Reihe von Verlautbarungen nimmt die Synode zu Fragen des Unterrichts und der Erziehung Stellung; sie beschließt, in Gesprächen mit Vertretern der DDR „nach Wegen zu suchen, die sowohl den Anliegen des Staates wie denen der Christen gerecht werden“.
3. Der Ministerrat der DDR beschließt die Erhebung einer Wasserstraßen-Benutzungsgebühr für alle

Schiffe, die nicht in der DDR beheimatet sind. Begründet wird diese Maßnahme mit der Notwendigkeit von Schutzbauten in den Gebieten, die durch den Stau der auf dem Gebiet der Bundesrepublik im Bau befindlichen Elbstause Geesthacht in Mitleidenschaft gezogen würden. Die Bundesregierung bezeichnet diese Maßnahme am 5. Mai als einen politischen Willkürakt, der gegen die bestehenden Viermächte-Vereinbarungen über den Interzonenverkehr verstoße. Sie erklärt sich bereit, durch die Stause Geesthacht eventuell verursachte Schäden nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu begleichen. Der Binnenschiffsverkehr zwischen der Bundesrepublik und Berlin kommt in den folgenden Tagen völlig zum Erliegen.

6. Bundeskanzler Adenauer richtet Schreiben an die Senate von Hamburg und Bremen, in denen er erklärt, daß die Bundesregierung die in den beiden Ländern geplanten Volksbefragungen über Atomwaffen für verfassungswidrig halte. Er kündigt an, daß die Bundesregierung das Bundesverfassungsgericht anrufen werde, falls die Volksbefragungen beschlossen würden. Die gleiche Ankündigung ergeht in einem Schreiben an die hessische Landesregierung, falls diese nicht bis zum 15. Mai Maßnahmen gegen die in den Städten Frankfurt, Offenbach und Darmstadt geplanten Volksbefragungen ergreife.
7. Zwischen der Bundesregierung und einer Wirtschaftsdelegation der Vereinigten Arabischen Republik werden in Bonn Vereinbarungen getroffen, die eine Erweiterung der technischen Hilfeleistung der Bundesrepublik und eine Erleichterung langfristiger deutscher Investitionen in der VAR vorsehen. Die Delegation der VAR erklärt sich bereit, deutsche kirchliche, karitative und kulturelle Vermögenswerte freizugeben und über eine Regelung der Frage privater deutscher Vermögen in der VAR zu verhandeln.
- 7.—10. Der türkische Staatspräsident, Celal Bayar, stattet der Bundesrepublik und West-Berlin einen Staatsbesuch ab. Auf einem Empfang in Bonn werden von Präsident Bayar und Bundespräsident Heuss die dauerhafte deutsch-türkische Freundschaft, die Gemeinsamkeit der Sicherheitsinteressen beider Länder in der NATO und die Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands hervorgehoben.
8. Der amerikanische Außenminister, John Foster Dulles, stattet West-Berlin einen Besuch ab. In einer Rede vor dem Abgeordnetenhaus bekräftigt er im Namen der Vereinigten Staaten die bestehende Sicherheitsgarantie der drei Westmächte für Berlin.

Der Bremer Landtag beschließt gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der Deutschen Partei, am 22. Juni im Lande Bremen eine Volksbefragung über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr durchzuführen.

Die Hamburger Bürgerschaft beschließt gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, am 8. Juni im Lande



Hamburg eine Volksbefragung über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr durchzuführen.

9. Der Deutsche Bundestag ratifiziert nahezu einstimmig den deutsch-österreichischen Vertrag vom 15. Juni 1957 zur Regelung vermögensrechtlicher Beziehungen.
12. Nach Verkündung des Volksbefragungsgesetzes durch den Hamburger Senat (s. oben) beantragt die Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht eine einstweilige Anordnung zur Aussetzung der Volksbefragung. Der Bremer Senat beschließt am 13. Mai, die Verkündung des Volksbefragungsgesetzes zu verschieben.

Der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, beantwortet das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 4. April über die Einstellung der Kernwaffenversuche (vgl. Zeittafel in EA 9/1958, Sowjetunion). In seinem Schreiben begrüßt Grotewohl den sowjetischen Schritt und fordert die Westmächte auf, ihre Kernwaffenversuche ebenfalls einzustellen. Er erwähnt, daß die Bundesregierung sich trotz Aufforderung nicht bereit gefunden habe, den Chruschtschow-Brief gemeinsam mit der Regierung der DDR zu beantworten. Grotewohl beklagt, daß die Bundesregierung nicht bereit sei, „von ihrer Politik der atomaren Aufrüstung und der Sabotage einer Gipfelkonferenz abzugehen“. Die ständige Forderung der Bundesregierung nach einem Junktim zwischen Abrüstung und Wiedervereinigung widerspreche den Interessen des deutschen Volkes.

14. Das Präsidium des Nationalrates der Nationalen Front in der DDR unter Vorsitz von Prof. Erich Correns veröffentlicht eine Erklärung, in der der Bundesregierung vorgeworfen wird, die Entspannung zu torpedieren, das Zustandekommen einer „Gipfel“-Konferenz zu verhindern und einen Atomkrieg vorzubereiten. In der Erklärung wird behauptet, die Bundesregierung sei der „Hauptfeind einer friedlichen Lösung der Weltprobleme“.

Der hessische Ministerpräsident, Georg-August Zinn, weigert sich in einem Schreiben an Bundeskanzler Adenauer, die geforderten Maßnahmen gegen die in Frankfurt, Offenbach und Darmstadt geplanten Volksbefragungen über die atomare Bewaffnung zu ergreifen.

### Frankreich

8. Der mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragte frühere Ministerpräsident René Plevin gibt seinen Auftrag zurück. Staatspräsident René Coty beauftragt Pierre Pflimlin (MRP) mit der Bildung der Regierung.
13. In Algier wird unter Führung des Generals Jacques Massu ein „Ausschuß des öffentlichen Wohls“ gebildet, der in einem Telegramm an Staatspräsident Coty die Bildung einer „Regierung des öffentlichen Wohls“ in Frankreich fordert. Der Ausschuß richtet einen Appell an General Charles de Gaulle, eine solche Regierung unter seiner Führung zu bilden. Am Abend des 13. Mai gibt der Oberbefehlshaber in Algerien, General Raoul Salan, bekannt, daß er die Geschicke Algeriens vorübergehend in seine Hand nehme. Am gleichen Tage tritt in Paris die Nationalversammlung zur Debatte über die Investitur Pierre Pflimlins als Ministerpräsident zusammen. Pflimlin bezeichnet die Ereignisse in Algerien als einen Auf-

ruhr gegen das republikanische Gesetz und appelliert an die militärischen Führer, ihrer Verantwortung gegenüber der Republik nachzukommen.

14. Die Nationalversammlung stimmt mit 274 gegen 129 Stimmen bei 137 Enthaltungen für die Investitur der Regierung Pflimlin. In der neuen Regierung übernehmen René Plevin das Außenministerium, Maurice Faure das Innenministerium, Edgar Faure das Wirtschaftsministerium, Pierre de Chevigné das Verteidigungsministerium und André Mutter das Algerien-Ministerium. Der Präsident der Republik, René Coty, richtet einen Aufruf an die Armee, in dem er ihr befiehlt, unter der Autorität der Regierung ihre Pflicht zu erfüllen. Die Regierung verfügt die Unterbrechung aller Verbindungen zwischen dem Mutterland und Algerien; sie beauftragt den Oberbefehlshaber in Algerien, General Salan, mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in Algerien. In Algier veröffentlicht der „Ausschuß des öffentlichen Wohls“ eine Erklärung, in der er der Regierung Pflimlin den Gehorsam verweigert.
15. General Raoul Salan versichert auf einer Kundgebung in Algier, daß er auf der Seite der Algerien-Franzosen stehe. Er schließt seine Ansprache mit dem Ruf: „Es lebe General de Gaulle!“ In Paris erklärt General de Gaulle auf einer Pressekonferenz, er sei zur Uebernahme der Macht bereit. Die Gewerkschaftsverbände rufen ihre Mitglieder zur Unterstützung der Regierung und zum Schutz der Republik auf. Die Sozialistische Partei beschließt, in die Regierungskoalition einzutreten. Guy Mollet wird stellvertretender Ministerpräsident, Jules Moch übernimmt das Innenministerium.

### Griechenland

11. Die Wahlen zur Abgeordnetenversammlung haben folgendes Ergebnis:

|                                    | Stimmen (vH) | Sitze <sup>1</sup> |
|------------------------------------|--------------|--------------------|
| Nationale Radikale Union . . . . . | 41,2         | 173 (165)          |
| Union der Demokratischen           |              |                    |
| Linken . . . . .                   | 24,3         | 78 ( 17)           |
| Liberalen Partei . . . . .         | 20,7         | 36 ( 69)           |
| Fortschrittliche Demokratische     |              |                    |
| Union . . . . .                    | 10,6         | 9 ( 7)             |
| Volkspartei . . . . .              | 2,9          | 4 ( 3)             |

<sup>1</sup>) In Klammern die Zahl der Sitze im bisherigen Parlament.

13. Der Vorsitzende der Nationalen Radikalen Union, Konstantin Karamanlis, wird mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt.

### Großbritannien

3. Beendigung eines am 28. April begonnenen Besuchs des Ministerpräsidenten von Libyen, Abdul Majid Kubar. In einem Kommuniqué wird erklärt, es sei die internationale Lage unter besonderer Berücksichtigung Nordafrikas und des Mittleren Ostens erörtert worden. Die britische Regierung habe die Fortsetzung der britischen Finanzhilfe und der Unterstützung für den Ausbau der libyschen Armee für weitere fünf Jahre zugesagt.
7. In einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen erklärt die britische Regierung, der Luftangriff auf jemenitische Grenzbefestigungen am 6. Mai (vgl. Jemen) sei in Ausübung des Rechtes der Selbstverteidigung erfolgt. In einer am 8. Mai an



Jemen gerichteten Note wird gegen die Beschießung britischer Flugzeuge von jemenitischem Gebiet aus protestiert.

#### Jugoslawien

9. Die Zeitung *Kommunist* veröffentlicht eine Erwiderung auf den Angriff, den die chinesische *Volkszeitung* am 5. Mai gegen den Bund der Kommunisten Jugoslawiens gerichtet hat (vgl. Volksrepublik China). *Kommunist* bezeichnet es als „reine Zeitverschwendung“, anzunehmen, daß die jugoslawischen Kommunisten von ihren innen- und außenpolitischen Positionen abrücken würden. Den chinesischen Kommunisten wird vorgeworfen, sie verfolgten das Ziel, eine konstruktive Klarstellung der Probleme zu verhindern, denen der zeitgenössische Sozialismus sich gegenübersteht.

#### Rumänien

- 12.—15. Besuch einer polnischen Partei- und Regierungsdelegation unter Führung des Ersten Sekretärs der PVAP, Wladyslaw Gomulka, und des Ministerpräsidenten, Josef Cyrankiewicz. Ueber die Besprechungen mit der rumänischen Regierung wird eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, eine Behandlung der Frage des Staatensystems in Rumänien und Polen auf einer eventuellen Gipfelkonferenz werde als Einmischung in die inneren Angelegenheiten beider Länder betrachtet werden. Die beiden Delegationen treten dafür ein, die Ausrüstung der deutschen Bundeswehr mit Kernwaffen zu verhindern.

#### Schweiz

11. Die Vorlage über die verfassungsmäßige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes wird in einer Volksabstimmung mit 418 960 gegen 348 361 Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 52,2 vH angenommen.
- 12.—14. Der österreichische Bundespräsident, Adolf Schärf, stattet der Schweiz einen Staatsbesuch ab. Auf einer Pressekonferenz erklärt er, Neutralität bedeute nicht Isolierung. Kleine, neutrale Länder setzten sich gegen die großen am besten durch, wenn sie für ihre gemeinsamen Interessen gemeinsame Wege suchen.

#### Sowjetunion

2. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei richtet Schreiben an die sozialistischen Parteien der westeuropäischen Länder, in denen diese vor einer atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland gewarnt werden. Den sozialistischen Parteien wird ein Meinungsaustausch über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit vorgeschlagen.
3. Die Botschafter der drei Westmächte überreichen der Sowjetregierung Antwortnoten ihrer Regierungen auf das sowjetische Aide-mémoire vom 26. April (vgl. dessen Wortlaut in EA 10/1958, S. 10 755). In ihren Antworten erklären sich die drei Westmächte bereit, die Besprechungen über die Vorbereitung einer „Gipfel“-Konferenz durch getrennte Unterredungen ihrer Botschafter mit Außenminister Gromyko zu führen. Als Antwort überreicht Gromyko den Botschaftern am 5. Mai in getrennten Unterredungen ein Aide-mémoire, in dem die Sowjetregierung auf eine schnelle Durchführung der Vorarbeiten für ein Außenministertreffen drängt.

9. Ministerpräsident Chruschtschow beantwortet das Schreiben des amerikanischen Präsidenten vom 28. April (vgl. Zeittafel in EA 10/1958, Vereinigte Staaten). Chruschtschow erklärt sich mit der Aufnahme von Expertenbesprechungen über die Kontrolle von Kernwaffenversuchen einverstanden, fordert aber die Vereinigten Staaten erneut auf, sofort ihre eigenen Kernwaffenversuche einzustellen.

Die *Prawda* veröffentlicht einen Artikel, der scharfe Angriffe auf den Bund der Kommunisten Jugoslawiens und auf den jugoslawischen Staatspräsidenten, Marshall Tito, enthält. Das vom Laibacher Parteitag (vgl. Zeittafel in EA 10/1958, Jugoslawien) angenommene Parteiprogramm wird als Versuch einer Revision des Marxismus-Leninismus bezeichnet. Präsident Tito wird vorgeworfen, er habe die Außenpolitik der Sowjetunion entstellt und den amerikanischen Imperialismus gerechtfertigt, wofür er von den Vereinigten Staaten durch eine Wirtschaftshilfe belohnt worden sei. Die *Prawda* droht die Einstellung der sowjetischen Wirtschaftshilfe für Jugoslawien an. Am 11. Mai wird bekanntgegeben, daß der vorgesehene Jugoslawien-Besuch des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Marshall Woroschilow, verschoben worden sei.

12. Die Sowjetregierung richtet eine Note an die britische Regierung, in der sie diese auffordert, von der geplanten Wiederaufnahme ihrer Kernwaffenversuche im Pazifik abzusehen.

15. Zum Abschluß eines am 29. April begonnenen Staatsbesuchs des Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel Nasser, wird eine Gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der beide Regierungen für die friedliche Koexistenz, für die Einberufung einer „Gipfel“-Konferenz, für die Abrüstung, die Einstellung der Kernwaffenversuche und das Verbot der Kernwaffen sowie für den Abschluß von Nichtangriffsverträgen eintreten. Sie verurteilen den Kolonialismus „in allen seinen Erscheinungen und Aspekten“, die Aufrechterhaltung von Stützpunkten in fremden Ländern, die „Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Jemen“ und den „barbarischen Krieg Frankreichs gegen das algerische Volk“. Sie erklären ihre Besorgnis anlässlich der „Einmischung gewisser ausländischer Regierungen in die inneren Angelegenheiten Indonesiens“.

Die Sowjetregierung gibt den erfolgreichen Start eines 1,3 Tonnen schweren künstlichen Erdsatelliten bekannt.

#### Tschechoslowakei

5. Außenminister Vaclav David empfängt den norwegischen Botschafter, Finnegrøn, und teilt ihm mit, die Regierung der ČSR protestiere in aller Form gegen die vom norwegischen Außenminister, Halvard Lange, aufgestellte Behauptung, in der Tschechoslowakei befänden sich sowjetische Abschubrampen für Atomraketen (vgl. Zeittafel in EA 10/1958, Norwegen).

#### Ungarn

- 9.—12. Besuch einer polnischen Partei- und Regierungsdelegation unter Führung des Ersten Sekretärs der PVAP, Wladyslaw Gomulka, und des Ministerpräsidenten, Josef Cyrankiewicz. In einer gemeinsamen



Erklärung wird der Revisionismus als die größte Gefahr für die Einheit des sozialistischen Lagers bezeichnet. Die Ausrüstung der deutschen Bundeswehr mit Kernwaffen wird scharf verurteilt. Das Kommuniqué stellt die volle Uebereinstimmung in allen die beiden Länder und kommunistischen Parteien in-

teressierenden Fragen fest. Es begrüßt die Initiative der Sowjetunion für eine „Gipfel“-Konferenz und für die Einstellung der Kernwaffenversuche. Die Absicht der Westmächte, interne Fragen der sozialistischen Länder auf die Tagesordnung einer eventuellen Gipfelkonferenz zu bringen, wird scharf abgelehnt.

## Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

### AFRIKA

#### Algerien

13. Bildung eines „Ausschusses des öffentlichen Wohls“. Weitere Ereignisse siehe unter Frankreich.

#### Marokko

8. König Mohammed V. kündigt in einer Rundfunkansprache an, er werde eine Reihe von Gesetzen erlassen, die eine Umwandlung Marokkos in eine konstitutionelle Monarchie ermöglichen. Der König ernennt den Generalsekretär des Istiqlal und ehemaligen Außenminister, Ahmed *Balafrej*, zum Ministerpräsidenten.
12. Die Zusammensetzung der neuen Regierung wird bekanntgegeben. Ihr gehören u. a. an: Ahmed *Balafrej* als Ministerpräsident und Außenminister, Mohammed *Lyazidi* als Verteidigungsminister und Messaoud *Chiquer* als Innenminister.

### AMERIKA

#### Argentinien

1. Präsident Arturo *Frondizi* wird in sein Amt eingeführt. In seiner Kongreßbotschaft fordert er das ganze Volk auf, die wirtschaftliche Stagnation durch entschlossene Arbeit zu überwinden. Er betont die Notwendigkeit einer umfassenden und großzügigen Amnestie. Das Ziel seiner Regierung werde die allgemeine Rechtssicherheit sein. Sie werde keine Verstaatlichungen mehr vornehmen. Die Außenpolitik der Regierung werde auf der Solidarität mit den Ländern der Neuen Welt beruhen und auf der entschlossenen Mitarbeit in den Vereinten Nationen. Der neuen Regierung gehören u. a. an: Carlos Alberto *Florit* als Außenminister, Alfredo *Vitolo* als Innenminister und Emilio Donato *des Carril* als Schatzminister.

#### Kolumbien

4. Aus den Präsidentschaftswahlen geht der Kandidat der Nationalen Front, Alberto *Lleras Camargo*, mit großer Mehrheit als Sieger hervor.

#### Vereinigte Staaten

3. Präsident *Eisenhower* gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten Noten an die elf Staaten, die sich während des Geophysikalischen Jahres an wissenschaftlichen Arbeiten in der Antarktis beteiligen, gerichtet haben. In diesen Noten sei ein Vertrag vorgeschlagen worden, durch den sichergestellt werden soll, daß dieses Gebiet auch in Zukunft ausschließlich friedlichen Zwecken dient. Das Abkommen solle bestehende Ansprüche nicht berühren, aber künftige Rivalitäten verhindern. Es solle auf einer internationalen Konferenz der interessierten Staaten ausgearbeitet werden.

4. Note an die polnische Regierung zum Rapacki-Plan (vgl. den Wortlaut auf S. 10 799 dieser Folge).
14. Das Repräsentantenhaus verabschiedet das Auslandhilfegesetz für das Rechnungsjahr 1958/59 in Höhe von 3,6 Milliarden Dollar, d. s. rund 300 Millionen Dollar weniger, als Präsident *Eisenhower* gefordert hatte.
15. Vizepräsident Richard M. *Nixon* kehrt von einer „good will“-Reise durch die südamerikanischen Länder zurück. Während dieser Reise war es in Uruguay, Argentinien, Bolivien, Peru, Kolumbien und Venezuela zu Demonstrationen gegen *Nixon* und die Vereinigten Staaten gekommen. In Lima (Peru) und Caracas (Venezuela) war *Nixon* tätlichen Angriffen ausgesetzt. Bei seiner Rückkehr erklärt der Vizepräsident diese Vorfälle mit der schlechten Wirtschaftslage in den südamerikanischen Ländern, die es den Kommunisten leicht mache, Demonstrationen gegen die Vereinigten Staaten zu organisieren.

### ASIEN

#### Arabische Föderation

10. Das irakische Parlament billigt einstimmig die Verfassung der Arabischen Föderation. Da das jordanische Parlament die Verfassung schon im März gebilligt hat, tritt der Zusammenschluß der beiden Staaten zur Arabischen Föderation am 13. Mai in Kraft.

#### Volksrepublik China

5. Das Organ der Kommunistischen Partei, die *Pekinger Volkszeitung*, kritisiert in scharfer Form das auf dem 7. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens aufgestellte Parteiprogramm. Es sei antimarxistisch, revisionistisch und bürgerlich-nationalistisch anstatt proletarisch-internationalistisch. Die jugoslawischen Kommunisten hätten damit die ideologische Basis des Marxismus-Leninismus aufgegeben und sich außerhalb des sozialistischen Lagers gestellt. Die *Volkszeitung* stellt fest, die Kritik des Kominform von 1948 an den jugoslawischen Kommunisten sei grundsätzlich berechtigt gewesen.
6. Dem britischen Geschäftsträger in Peking wird eine Note mit dem Ersuchen überreicht, sie an die 16 Länder zu übermitteln, die am UN-Kommando in Korea beteiligt sind. In der Note werden diese Länder beschuldigt, die Frage der Ueberwachung von Wahlen in ganz Korea zu benützen, um den Abzug ihrer Truppen hinauszuschieben. Es wird eine Konferenz vorgeschlagen, die ein Abkommen für ganz Korea nach Abzug aller fremden Truppen ausarbeiten soll.

#### Indonesien

5. Die Zentralregierung gibt bekannt, daß ihre Truppen die Hauptstadt der Aufständischen in Sumatra, Bukittinggi, besetzt haben.



### Jemen

2. Die Regierung protestiert in einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gegen den Aufmarsch britischer Truppen in dem zum Protektoratsgebiet von Aden gehörigen Sultanat Lahedsch.
6. Britische Flugzeuge antworten auf Beschießung von jemenitischem Gebiet mit einem Angriff auf jemenitische Grenzbefestigungen bei Qataba.

### Korea/Süd

2. Die Wahlen zu der um 30 Sitze erweiterten Nationalversammlung haben folgendes Ergebnis (in Klammern die Zahl der Sitze in der bisherigen Nationalversammlung): Liberale 125 Sitze (133), Demokraten 81 Sitze (46), Unabhängige und kleine Parteien insgesamt 27 Sitze (24).

### Libanon

9. Im Anschluß an die Beisetzung eines ermordeten Oppositionsführers kommt es zu Demonstrationen

gegen die Regierung und Staatspräsident Camille Chamoun. Das Zentrum der Unruhen verlagert sich in den folgenden Tagen in die nordlibanesischen Hafenstadt Tripolis. Dort wird die amerikanische Bibliothek von Aufrührern zerstört. Am 12. Mai beginnt ein von der Opposition ausgerufenen Generalstreik. Am 13. Mai bietet Ministerpräsident Sami Solh den Rücktritt der Regierung an, um Staatspräsident Chamoun Verhandlungen mit der Opposition zu ermöglichen. Chamoun führt am gleichen Tage Besprechungen mit den Botschaftern der drei Westmächte. Die Regierung protestiert am 14. Mai in einer Note an die Vereinigte Arabische Republik gegen deren Unterstützung der Aufstandsbewegung. Die Annahme der Note wird verweigert. Außenminister Charles Malik beschuldigt auf einer Pressekonferenz am gleichen Tage die VAR, die Unabhängigkeit des Libanon zerstören zu wollen.

## Internationale Organisationen

### Organisation der Vereinten Nationen

2. Der Sicherheitsrat setzt die Debatte über Sicherheitsfragen in der Arktis (vgl. Zeittafel in EA 10/1958) fort. Der amerikanische Resolutionsentwurf für eine Inspektionszone in der Arktis, in den der schwedische Abänderungsvorschlag vom 29. April aufgenommen wurde, erhält 10 Stimmen, wird aber durch das Veto der Sowjetunion abgelehnt. Der sowjetische Resolutionsentwurf gegen die Alarmflüge amerikanischer Bomber in der Arktis wird mit 9 gegen 1 Stimme bei Stimmenthaltung Schwedens abgelehnt. In New York wird die am 15. April begonnene 25. Sitzungsperiode des Wirtschafts- und Sozialrates beendet. Der Rat beschloß die Errichtung einer Wirtschaftskommission für Afrika und eines Exekutiv Ausschusses für den Hohen Kommissar für das Flüchtlingswesen. (Ein Bericht über die Tagung folgt in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs.)

### Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT)

2. In Genf wird die am 14. April begonnene Tagung des Interseasonalen Ausschusses beendet, die sich mit der Stellung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im GATT und mit den verbleibenden Einfuhrbeschränkungen der Bundesrepublik Deutschland befaßte. (Ein Bericht wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinen.)

### Europäische Gemeinschaften

- 13.—14. Das Europäische Parlament tritt in Straßburg zu seiner ersten ordentlichen Sitzungsperiode zusammen. Der Präsident der Hohen Behörde der EGKS, Paul Finet, legt dem Parlament den Sechsten Gesamtbericht der Hohen Behörde über die Tätigkeit der Gemeinschaft vor, zu dem die Fraktionen ihre ersten Stellungnahmen abgeben. In der Frage des Sitzes der europäischen Gemeinschaften beschließt das Parlament, seine Stellungnahme auf die Sitzung vom 21. Juni zu vertagen, da die gegenwärtigen innenpolitischen Ereignisse in einigen Mitgliedstaaten zur Zeit die Aufmerksamkeit der Abgeordneten zu sehr in Anspruch nehmen.

### Europarat

3. Abschluß des 1. Teils der Zehnten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung. (Der Bericht der „Mitteilungen des Europarats“ über diese Tagung wird in der nächsten Folge des Europa-Archivs erscheinen.)

### Nordatlantikpakt-Organisation

- 5.—7. Ministertagung des Nordatlantikrates in Kopenhagen. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 10 793 dieser Folge.) Anlaßlich der Ratstagung veröffentlichen die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs eine gemeinsame Erklärung, in der sie betonen, daß sie ihre Länder nicht als die einzigen westlichen Nationen betrachten, die an einer „Gipfel“-Konferenz oder einer vorausgehenden Außenministerkonferenz teilnehmen könnten. Andere Staaten, z. B. Italien, könnten eingeschlossen werden.

### Internationale Handelskammer (IHK)

7. Der Rat der IHK tritt in einer nach zweitägiger Sitzung in Paris veröffentlichten Erklärung für die Errichtung einer engen Verbindung zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den anderen Mitgliedstaaten der OEEC ein. Der Rat erklärt sich für ein elastisches Verfahren bei der Überwindung der aus der Beibehaltung der autonomen Handelspolitik der Länder der Freihandelszone resultierenden Schwierigkeiten. Er regt ferner an, daß die wirtschaftlich schwächer entwickelten Länder nötigenfalls erst zu einem späteren Zeitpunkt in die Freihandelszone einbezogen werden sollten.

### Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)

- 12.—14. In Brüssel tagt die Fünfte Europäische Regionalkonferenz des IBFG, die sich vornehmlich mit der gewerkschaftlichen Stellungnahme zum Projekt der europäischen Freihandelszone befaßt. (Ein Bericht wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinen.)



## Bücher und Broschüren

Bosch, Werner: Die Sozialstruktur in West- und Mitteldeutschland. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1958. 240 S. m. 43 stat. Uebersichten. Auslieferung f. d. Buchhandel: Deutscher Bundes-Verlag, Bonn. (Aus der Arbeit des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen). Kart. DM 7,80.

Diese Arbeit, die im Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz entstand, untersucht, in welchen Bereichen und in welchem Grade sich die Sozialstruktur der Bundesrepublik und der Sowjetzone auf Grund der Gegensätzlichkeit der beiderseitigen Wirtschaftsordnungen voneinander unterscheiden. In ihrem ersten Teil werden Aufgabe, Problem und Methode der Untersuchung dargelegt, im zweiten Teil werden die Nominaleinkommen in West- und Mitteldeutschland bestimmt; im dritten Teil wird aus den Einzelvergleichen der Lage der wichtigsten Berufsgruppen der eigentliche Sozialstrukturvergleich entwickelt. Damit leistet diese Veröffentlichung eine wesentliche Vorarbeit zu weiteren Untersuchungen über das Problem Marktwirtschaft — Zentralverwaltungswirtschaft in seinen ökonomischen und sozialpolitischen Aspekten.

Das Buch ist für den wissenschaftlichen und dienstlichen Gebrauch kostenlos beim Büro Bonner Berichte, Bonn, Joachimstraße 10, erhältlich.

van Campen, S.I.P.: The Quest for Security. Some Aspects of Netherlands Foreign Policy 1945—1950. Den Haag: Martinus Nijhoff 1958. XV, 308 S. (Publications under the direction of the Netherlands Institute of International Affairs, Bd. 2).

Nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs, dessen Ablauf die Nutzlosigkeit der niederländischen Neutralitätspolitik deutlich erwiesen hatte, betrachtete es die Regierung der Niederlande als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, eine Neuorientierung der Außenpolitik vorzunehmen, welche die Sicherheit des Landes als das wesentlichste nationale Interesse verstehen mußte. Während der innere Wiederaufbau und das Indonesienproblem diesen Aspekt der Außenpolitik überschatteten und in der öffentlichen Meinung den Vorrang einnahmen, vollzog die Regierung, nach anfänglichem Abwarten einer Klärung der weltpolitischen Situation, die Anpassung ihrer Politik an die veränderten Gegebenheiten. Getragen von dem Vertrauen in die Vereinten Nationen und das System der kollektiven Sicherheit, entschloß sie sich erst dann zu einer engeren Bindung an die westlichen Alliierten, als die West-Ost-Beziehungen zunehmend gespannter wurden und die auch für die Niederlande vitale Deutschlandfrage eine Lösung fand, die ihren Forderungen nach umfangreichen westdeutschen Reparationen keine große Chance mehr ließ. Das Fehlschlagen der Londoner Viermächtekonferenz von 1947 und der Brüsseler Pakt bedeuteten den Wendepunkt der niederländischen Außenpolitik: die westeuropäische Integration und das nordatlantische Verteidigungsbündnis, unter Einbeziehung der Deutschen Bundesrepublik, schienen der niederländischen Regierung eine bessere Sicherheitsgarantie zu sein als die bisherigen Formen einer vagen internationalen Zusammenarbeit. Wie sich diese Erkenntnis langsam und nicht ohne äußeren Druck in der niederländischen Außenpolitik der Jahre 1945—1950 niederschlug und durchsetzte, wird vom Verfasser ausführlich und mit eindringlicher Klarheit — stets unter besonderer Hervorhebung des Aspektes der nationalen Sicherheit — behandelt. Mit dieser Studie, die zur Hälfte der einschlägigen Dokumentation der hier skizzierten Entwicklung gewidmet ist, wird eine spürbare Lücke im Schrifttum zur jüngsten europäischen Politik geschlossen.

W. Schulz-Weidner

Compton, Arthur Holly: Die Atombombe und ich. Ein persönlicher Erlebnisbericht. Frankfurt a. M.: Nest Verlag GmbH. 1958. Uebersetzung: Erwin Schuhmacher.

480 S. Kart. DM 16,80. Democratic Institutions in The World Today. Editor: Werner Burmeister. Published under the auspices of The London Institute of World Affairs. London: Stevens & Sons Ltd. 1958. X, 157 S. 17 s 6d.

Die sechs Abhandlungen dieses Buches gehen auf Vorträge in der Erwachsenenbildung zurück, wodurch ihre Absicht und ihre Methode bestimmt werden. Es handelt sich also nicht um wissenschaftliche Untersuchungen im strengen Sinne, dafür geben sie doch auf knappem Raum einen faßlichen Ueberblick der demokratischen Entwicklung in der letzten Zeit. Die Beiträge begnügen sich nicht mit einer Geschichte der Institutionen, sondern gehen auf die eigentlich politischen Aspekte des Themas ein. Für Westeuropa werden vergleichend Frankreich, Italien und die Bundesrepublik Deutschland dargestellt, die anderen Vorlesungen behandeln die Vereinigten Staaten, den islamischen Mittelosten sowie Afrika. Das Buch schließt mit zwei Arbeiten über Asien, von denen die eine allgemein Süd- und Südostasien im Auge hat, während die andere einen Vergleich zwischen Indien und dem volksdemokratischen China unternimmt.

E. Kitzmüller

Cuba y Canada. Investigación Económica Comparativa. La Habana, Cuba: Instituto de Investigaciones Económicas, Universidad Católica de Santo Tomas de Villanueva 1957. 128 S.

Deutsches Atomenergierecht. Ergänzbare Sammlung geltender Vorschriften auf dem Gebiet der Atomenergie. Hrsg. Prof. Dr. iur. Georg Erler und Dr. iur. Hans Kruse. 9. Ergänzungslieferung: Deutsches Landesrecht und Euratomrecht. Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co. 1958. DM 10,30.

Mit der 9. Ergänzungslieferung werden die Texte einer Reihe von internationalen Vereinbarungen, darunter die Entschließung des Rates der OEEC vom 17. Dezember 1957, betreffend die Errichtung einer Europäischen Kernenergiebehörde und das Abkommen zwischen der Republik Oesterreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den Amtssitz der IAEA in Wien, vorgelegt. Besonderes Interesse verdienen der Organisationsplan der Deutschen Atomkommission (Stand vom 1. Januar 1958) und eine kurze Uebersicht über die Atomenergieorganisation in der Bundesrepublik.

Deutsches Recht seit 1867 (Bundes-, Ostzonen-, Reichs-, Berliner und Besatzungsrecht) und völkerrechtliche Verträge. Systematische Uebersicht (Fundstellennachweis in sachlicher Ordnung). Bearbeitet von Prof. Dr. Dr. h. c. Alfred Dehlinger. 31. Auflage (Stand vom 1. Januar 1958). Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer 1958. 135 S. Kart. DM 9,80.

Das Jahr 1957 brachte auf allen Rechtsgebieten zahlreiche wichtige Gesetze und Rechtsverordnungen. So hat sich ein umfangreicher Rechtsstoff angesammelt, der zu dem alten hinzugekommen ist. Durch die 31. Auflage des „Dehlinger“ ist das Werk wieder auf den neuesten Stand gebracht. Es gibt einen vollständigen Ueberblick über das noch geltende Reichsrecht aus der Zeit von 1867 bis 1945, über die Gesetzgebung des Bundes, das Besatzungsrecht sowie über die völkerrechtlichen Verträge. Eingearbeitet ist auch — wie bisher — das Recht von Berlin-West und -Ost sowie das Recht der Sowjetzone. Wie seine Vorgänger wird der neue „Dehlinger“ ein schnelles und zuverlässiges Feststellen der noch geltenden Vorschriften ermöglichen und dadurch in der täglichen Arbeit eine wertvolle Hilfe sein.

Economic Growth in the United States. Its Past and Future. A Statement on National Policy by the Research and Policy Committee of the Committee for Economic Development. New York Februar 1958. 63 S.



Europa. Vermächtnis und Verpflichtung. Herausgegeben von Hansgeorg Loebel. Frankfurt a. M.: Walter Kerber Verlag 1957. 392 S. m. Abb.

Begriffliches Denken und bildhafte Anschauung sind hier verbunden zur Demonstration Europas. 35 bekannte Gelehrte und Denker fragen in lose aneinander gereihten Essays nach wesentlichen Zügen der europäischen Wirklichkeit, sie handeln von den geistigen Grundlagen Europas, seinen Ordnungsformen, seinem geschichtlichen Schicksal, von Bildung, Kunst und Literatur, von seiner materiellen Kultur und auch von den Einigungsbestrebungen der Gegenwart. Mit drei Ausnahmen kommen alle Autoren aus Deutschland, wodurch das Werk Profil erhält und Einseitigkeit zugleich. Hingegen bringen die 128 ganzseitigen Fotos eine gute Mischung der verschiedenen Landschaften, Lebensbereiche und Epochen Europas. E. Kitzmüller

Goodwin, Geoffrey L.: Britain and the United Nations. Prepared for the Royal Institute of International Affairs and the Carnegie Endowment for International Peace. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London: Oxford University Press 1957. XIII, 478 S. £ 1/18.—.

Laws and Regulations on the Regime of the Territorial Sea. New York: United Nations 1957. LI, 811 S. (United Nations Legislative Series ST/LEG/SER.B/6; Sales No. 1957, V. 2). \$ 7.—.

Meyer-Lindenberg, Hermann: Völkerrecht. Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag 1957. 254 S. (Schaeffers Grundriß des Rechts und der Wirtschaft, Abt. II: Öffentliches Recht und Volkswirtschaft, 32. Band). DM 9,80.

Nach langer Unterbrechung liegt wieder ein Schaeffer-Band über das Völkerrecht vor. Von den Grundlagen und der Geschichte des Völkerrechts ausgehend, werden zunächst die Entwicklung der Völkerrechtslehre und die Quellen (völkerrechtliche Verträge, Gewohnheitsrecht usw.) behandelt. Daran schließt sich eine eingehende Darstellung der Subjekte des Völkerrechts, der Regelung internationaler Streitigkeiten, der regionalen und weltweiten Zusammenschlüsse (UNO) sowie der internationalen Zusammenarbeit (Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Handel, Rechtspflege, Arbeitnehmerschutz usw.). In den letzten Kapiteln werden schließlich das völkerrechtliche Unrecht, das Kriegsrecht und die Neutralität dargestellt.

Die übersichtliche Gliederung des Stoffes, die Beschränkung auf das Wesentliche und die flüssige Darstellungsweise lassen den Band insbesondere für Studierende und für den staatsbürgerlichen Unterricht geeignet erscheinen.

Michael, Franz H., und George E. Taylor: The Far East in the Modern World. London: Methuen & Co. Ltd. 1956. X, 724 S.

Den Autoren des vorliegenden Bandes ist die erstaunliche Leistung geglückt, auf relativ knappem Raum eine geschichtliche Darstellung der Länder des Fernen Ostens zu liefern, die alle wesentlichen innerstaatlichen und internationalen Entwicklungsphasen berührt, ohne dabei an Lebendigkeit des Stils oder an Klarheit der Grundkonzeption zu verlieren.

Die Bedeutung und Neuartigkeit dieses Werkes liegt einerseits in der Vielfalt der Perspektiven, welche die geistige, wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung der fernöstlichen Staaten gleichermaßen erhellen; andererseits aber in dem Vermögen, aus diesen Teilanalysen eine Darstellung kontinentaler und weltpolitischer Wirkungszusammenhänge zu entwickeln, welche die Geschichte der Kontakte zwischen West und Ost von den Anfängen der europäischen Kolonial-expansion bis zu dem Moment hin verfolgt, in dem der Machtaufstieg des kommunistischen China und die afro-asiatische Konferenz von Bandung auf das wachsende weltpolitische Gewicht des Fernen Ostens hinweisen. Entstehung und Zielsetzung der amerikanischen und russischen Fernostpolitik finden besondere Beachtung. Hervorragend ist die Analyse der Reichs- und Gesellschaftsstruktur des kaiserlichen China. Ohne den Deckmantel ethischer Neutralität zu beanspruchen, ist es den Autoren gelungen, die Probleme des chinesischen Bürgerkrieges und der amerikanischen Vermittlungsversuche zwischen 1946 und 1948 mit beachtlicher Objektivität zu behandeln. Der leichte englische Stil dieses Buches, das sich nicht an Experten, sondern an einen weiten Kreis gebildeter Laien wendet, wird es auch vielen deutschen Lesern ermöglichen, sich mit diesem Werk zu befassen, das als moderne Gesamtdarstellung der fernöstlichen Geschichte in keinem deutschsprachigen Buch ein Äquivalent findet. G. K. Kindermann

Muhammad, V. A. Seyid: The Legal Framework of World Trade. Published under the auspices of The London Institute of World Affairs. London: Stevens & Sons Ltd. 1958. XV, 348 S. (The Library of World Affairs, No. 40). £ 2/2.—.

Die außerordentlich komplizierte Materie der Rechtsnormen, die für den internationalen Handel gelten, ist nur schwer von den wirtschaftlichen Tatbeständen dieses Handels abzutrennen. Die vorliegende Untersuchung ist in der Hauptsache eine eingehende juristische Analyse des GATT, wobei die zugrunde liegenden wirtschaftlichen Bewegungen, die dem GATT ein besonderes Gepräge geben, berücksichtigt sind. Die Bedeutung anderer internationaler Organisationen, die potentiell oder aktuell für den Welthandel bedeutsam sind, wird gewürdigt. Dabei wird auch das Verhältnis von GATT und den Einrichtungen des europäischen Handels (Gemeinsamer Markt und Freihandelszone) kurz behandelt. In der Ausstattung mit Indices und einer ausgesuchten Bibliographie entspricht das Werk dem besten Standard des London Institute of World Affairs. E. Kitzmüller

Vernon, Raymond: Trade Policy in Crisis. Princeton, New Jersey: Princeton University, International Finance Section 1958. 24 S. (Essays in International Finance, No. 29).

## Bibliographien

Les Organismes Internationaux et l'Organisation Internationale. Bibliographie sélective. Etablie par G. P. Speckaert. Publiée avec l'Aide de l'UNESCO et la Collaboration de la Fédération Internationale de Documentation. Bruxelles: Union des Associations Internationales 1956. 116 S. bfrs. 100.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödighermer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Berlin; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Copyright: 1958 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 11.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 12.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 43.50 zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.